

Günter Piening

Die **Macht**
der **Migration**

ZEHN GESPRÄCHE
ZU MOBILITÄT
UND KAPITALISMUS

herausgegeben von Massimo Perinelli

mit Naika Foroutan, Peter Birke, Ulrike Hamann, Paul Mecheril,
Vassilis S. Tsianos, María do Mar Castro Varela, Rainer Bauböck,
Denise Garcia Bergt, Bernd Kasperek & Manuela Bojadžijev



Günter Piening

Die Macht der Migration

Zehn Gespräche zu Mobilität und Kapitalismus

herausgegeben von Massimo Perinelli

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

U N R A S T

www.rosalux.de/stiftung/ifg.html

Die Drucklegung wird finanziell gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License. Nach dieser Lizenz dürfen die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden unter der Bedingung, dass die Namen der Autor_innen und der Buchtitel inkl. des Verlags genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und er unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben wird. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Günter Piening: Die Macht der Migration

1. Auflage, März 2018

ISBN 978-3-89771-249-2

© UNRAST-Verlag, Münster

Postfach 8020, 48043 Münster – Tel. (0251) 66 62 93

www.unrast-verlag.de – kontakt@unrast-verlag.de

Mitglied in der assoziation Linker Verlage (aLiVe)

Umschlag: ky, Berlin

Satz: UNRAST Verlag, Münster

Druck: CPI-books, Clausen & Bosse, Leck



Inhalt

Vorwort zu Macht der Migration <i>von Massimo Perinelli</i>	7
Die Macht der Migration – eine Einleitung <i>von Günter Piening, Massimo Perinelli</i>	9
Migration als Chiffre <i>Gespräch mit Naika Foroutan</i>	19
Die schwierige Solidarität <i>Gespräch mit Peter Birke</i>	31
Wider die autoritäre Transformation Europas <i>Gespräch mit Vassilis S. Tsianos</i>	43
Warum Migration provoziert <i>Gespräch mit Paul Mecheril</i>	51
Eine neue soziale Bewegung? <i>Gespräch mit Ulrike Hamann</i>	59
Bürgerrechte statt Ausschluss <i>Gespräch mit Rainer Bauböck</i>	69
In kolonialer Tradition <i>Gespräch mit Maria do Mar Castro Varela</i>	77
Besser als jede Schule <i>Gespräch mit Denise Garcia Bergt</i>	85
Demokratisierung der Grenze <i>Gespräch mit Bernd Kasperek</i>	89
Gesucht: Ein neues linkes Koordinatensystem <i>Gespräch mit Manuela Bojadžijev</i>	97
Über die Autor_innen	105

Vorwort zu Macht der Migration

Wenn der vorliegende Interviewband mit der Erkenntnis beginnt, dass wir uns im Zeitalter der Migration befinden, dann meint diese Feststellung weder das dystopische Schreckgebilde der ›Überfremdung‹, wie es rechtspopulistische und antidemokratische Strömungen allgegenwärtig zeichnen. Noch ist sie bloße Anerkennung der Faktizität der demografischen Entwicklungen, die weiß, dass nach Generationen von Eingewanderten unsere postmigrantische Gesellschaft unumkehrbar ist.

Vielmehr formuliert die These vom Zeitalter der Migration eine Absage an retrotopische Fantasien – auch innerhalb der Linken – über eine Rückkehr zu früheren Formen vermeintlicher wohlfahrtsstaatlicher Ordnung. Nicht nur machen die Interviewten deutlich, dass die Zeiten national-sozialer Klassenharmonie in den Koordinaten von Vollbeschäftigung und Reichtumsumverteilung mit dem Ende der Blockkonfrontation unwiederbringlich vorbei sind, sondern auch, dass die ›guten Jahre‹ immer schon auf der umfassenden Ausbeutung von Generationen von Fremd-, Gast- und Vertragsarbeiter*innen ›erwirtschaftet‹ wurden.

Die Interviewpartner*innen, sämtlichst Expert*innen zu Fragen von Migration, Rassismus und Grenzregimen, zeigen aber auch, dass die jahrzehntelangen Kämpfe der migrantischen Subalternen gegen Entrechtung und für Partizipation demokratisierende Effekte auf die hiesige Gesellschaft hatten. Das Widerstehen, Unterlaufen oder Ausweichen exkludierender Strukturen und die notgedrungene Fähigkeit zur Neuerfindung aller Lebensbereiche unter den Bedingungen permanenter Ausbeutung, Illegalisierung, Stigmatisierung, Hierarchisierung, Entwürdigung und Ausgrenzung haben neue affektive, ökonomische und soziale Rechte und Lebensweisen erstritten, die dieses Land zum Besseren geführt haben. Diese die Gesellschaft nachhaltig verändernden Interventionen waren und sind für eine Linke stets anschlussfähig – oder müssten es sein. Die Interviews erinnern uns daran, Migration nicht nur solidarisch zu begleiten, sondern als Linke empathisch zu begrüßen.

Dass wir uns im Zeitalter der Migration befinden, wird aktuell durch die Ereignisse des langen Sommers der Migration 2015 unmissverständlich unterstrichen. Die zu Hundertausenden neu Eingewanderten, die das europäische Grenzregime in beispielloser Entschlossenheit über-

rannten, erinnern die Welt nicht nur an den Zusammenhang von hiesigem Reichtum und dortiger Zerstörung, nicht nur an die Grundlagen globaler Ungleichheit, an postkoloniale Ausbeutung und die Funktionalität des nicht mehr enden wollenden Krieges, sondern sie machen es unmöglich, die Augen vor diesem Zusammenhang zu verschließen.

Aber in den letzten beiden Jahren der Masseneinwanderung aus dem globalen Süden nach Europa ist noch mehr geschehen. Wie bereits in vergangenen Zyklen der Einwanderung reartikulierten die neuen Bürger*innen die europäische Idee der Überwindung des hässlichen Nationalismus und öffneten die Gesellschaften auf eine demokratisierende Weise. Trotz Rechtsruck und Rechtspopulismus >verführten< sie Millionen von Alteingesessenen – viele von ihnen mit eigener Migrationserfahrung – zu politischer Solidarität, zu kommunitaristischem Handeln und damit zur Belebung der lokalen Commons, zu neuartigen affektiven Freundschafts-, Familien- und Liebesbeziehungen, zur Erweiterung eines nicht-homogenen >Wir< und schließlich zum Niederreißen so manchen (ideologischen) Gartenzauns.

Günter Piening macht sich im vorliegenden Buch auf die Suche nach diesen heterotopischen Momenten der Migration, nach ihrer Macht, sich den schlechten Verhältnissen zu entziehen und zu widersetzen und damit Wege aufzuzeigen, ein anderes, besseres Miteinander für alle zu verwirklichen.

Die Analysen und Perspektiven der Expert*innen, die in dieser Konstellation zum ersten Mal im vorliegenden Band der Rosa Luxemburg Stiftung versammelt werden konnten, sind einzigartig. Sie fordern uns heraus, aber machen auch Mut und Spaß und schaffen eine Vorstellung von dem, was ist und von dem, was sein wird.

Massimo Perinelli
Rosa Luxemburg Stiftung

Die Macht der Migration – eine Einleitung

Günter Piening, Massimo Perinelli

Hat Migration ein besonderes Zeitalter? Wenn ja, dann befinden wir uns sicher in selbigem. An der Beschäftigung mit Migration kommt niemand vorbei. Migration betrifft alle. Überall. >Migration< meint mehr als den eigentlichen Akt des Weggehens, des Unterwegsseins, des Ankommens, mehr als die Zahl von 250 Millionen Migrant*innen, die die Statistik der UNO aufführt. Migration ist zu einem Auslöser geworden für gesellschaftliche Debatten, wissenschaftliche Diskurse und politische Kräfteverschiebungen, für mediale Hassattacken und manifeste Gewalt. Migration ist Resonanzboden für unterschiedlichste Konfliktthemen und -ebenen: Globalisierung, Grenze, Nationalstaat, nationale Identität, Solidarität und Konkurrenz, Gerechtigkeit, Lebensstil ...

Hinter den politischen Konflikten um Grenzen und Verteilungsfragen verbirgt sich eine viel tiefer liegende essentielle Frage: Wer ist >Wir<, das politische Subjekt, und wer gehört nicht dazu?

Einerseits: Die plurale Gesellschaft in der Defensive ...

Wie stark dieses Phänomen >Migration< wirkt, erleben wir heute in der europaweiten Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den politischen Lagern: Migrationsfragen sind ein Treibsatz für den Vormarsch national-konservativer und rechter Positionen. Vertreter*innen von an Solidarität, Menschenrechten und Chancengleichheit ausgerichteten Positionen sind in der Defensive und schon froh, wenn sie Restbestände verteidigen können, die vor einigen Jahren noch unumstritten schienen.

Diese Differenz zwischen linken Forderungen und den realen Entwicklungen scheint unüberbrückbar: Jetzt ein >globales Recht auf Migration< zu fordern, scheint vermessen. Sätze wie »Desertion und Exodus sind eine machtvolle Form des Klassenkampfes in der imperialen Postmoderne und zugleich gegen sie«¹ klingen angesichts des zigtausendfachen Sterbens im Mittelmeer und des Leidens in den Flüchtlingslagern

1 Hardt, Michael; Negri, Antonio; *Empire* (dt.) 2003, *Empire: Die neue Weltordnung*. Durchges. Studienausg. Frankfurt (Main) [u.a.]: Campus-Verlag.

wie intellektueller Zynismus. Und »No border, no nation« erscheint eher als Ausdruck einer oppositionellen Trotzhaltung, die sich mit ihrer Wirkungslosigkeit abgefunden hat und um Mehrheitsfähigkeit gar nicht mehr wirbt.

Der Abschottungsstimmungsmache nach außen entspricht eine Mobilisierung gegen Heterogenität im Inneren: »Die Zeit des Zelebrierens von ›Diversity‹ scheint erst einmal vorbei zu sein. Immer mehr ruft die Allgemeinheit nach Ausgrenzung, Homogenisierung und auch nach einfachen Antworten auf immer komplexer werdende soziale und politische Realitäten. Hingenommen wird ein gewaltvolles (nicht nur diskursives) Einschreiten gegenüber Minderheiten ebenso wie das immer verschärfte Intervenieren der Regierungen in den privaten Lebensbereich. Wir haben es mit einer schleichenden und schrittweisen Totalisierung europäischer Gesellschaften zu tun, die von einer drohenden und deswegen von Akteuren wie Sarkozy oder Seehofer leichtfertig imitierten rechten Hegemonie getragen wird«, formulieren, fast ein wenig resigniert, María do Mar Castro Varela und Paul Mecheril.²

... andererseits: Neue Möglichkeiten für linke Politik

Doch gleichzeitig gibt es unerwartete Erfahrungen von Solidarität und Empathie, unterlaufen Bürger*innen in Stadt und Land die staatlich verordnete Un-Willkommenskultur. Das weckt Hoffnung und darum ist in den einschlägigen Texten überraschend viel von Potenzialen, Möglichkeiten und Chancen die Rede, die wachsen könnten, und davon, was passieren müsste, damit sie Wirklichkeit werden. Kaum eine Analyse, die in ihrem Fazit nicht mit diesem ›müsste‹ endet.

Dabei stehen im Wesentlichen drei gesellschaftliche (Lern-)Prozesse im Fokus, an die angeknüpft werden könnte und müsste:

1. Die das Grenzregime in die Defensive zwingende, eigensinnige Kraft der Migration

Die aktuelle Entwicklung zwingt zu einer Überprüfung der bisherigen Vorstellung von Migration. Die einseitige Fixierung auf die Opferrolle der Migrant*innen, die den Diskurs bestimmt, erscheint

2 Castro Varela, María do Mar; Mecheril, Paul. Hrsg. 2016: Die Dämonisierung der Anderen: Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld: transcript.

zunehmend fragwürdig. Migrant*innen sind eben nicht nur Opfer, sondern Migration macht die Subjekte zu Akteuren, die in der Lage sind, das Grenzregime in die Defensive zu bringen. Indem sie sich der staatlichen Kontrolle entziehen, entstehen autonome Räume und Netzwerke, in denen widerständiges Potential wachsen kann. Migration selbst ist also als politische Praxis zu verstehen, die den sozialen und ökonomischen Status quo unmittelbar infrage stellt.³

2. Die unter dem Stichwort ›Willkommensinitiativen‹ entstandenen gesellschaftlichen Bündnisse

Die vielen kleinen Kämpfe und Konflikte, die vielen neuen sozialen Zusammenhänge und Vernetzungen, die in der praktischen Arbeit entstanden sind, haben »einen transversalen Politikansatz vorangetrieben, bei dem Differenzen nicht essentialisiert, aber dennoch unterschiedliche Lebensrealitäten und -erfahrungen von Menschen anerkannt werden. Charakteristisch ist zudem das Verschmelzen mit anderen Kämpfen, wie etwa mit Arbeitskämpfen; mit jenen der gentrifizierungskritischen Bewegungen um das Recht auf Stadt, d.h. um Commons und freien Zugang zu sozialer und öffentlicher Infrastruktur; mit jenen der Geflüchteten um das Recht auf Bleiben, auf Bewegungsfreiheit und für soziale und politische Partizipation.«⁴

3. Eine neue Aktualität von Transformation

Die Verwerfungen im Zusammenhang mit Migration haben Fragen auf die Tagesordnung gesetzt, vor denen lange und gerne die Augen verschlossen wurden. Mit den Geflüchteten sind die zerstörerischen Folgen von Globalisierung und ›imperialer Lebensweise‹ für den globalen Süden und die sicht- und spürbare Widersprüchlichkeit von Grenzen und nationalstaatlicher Zugehörigkeit in unseren Alltag eingedrungen. Die Situation nicht als ›Flüchtlingskrise‹, son-

3 Hier sei vor allem auf das Konzept ›Autonomie der Migration‹ verwiesen, thesenhaft etwa: Bojadžijev, Manuela / Karakayali, Serhat (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld: transcript. 203–209.

4 Ilker Ataç, Stefanie Kron, Sarah Schilliger, Helge Schwiertz, Maurice Stierl (2015): Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausgabe. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1 (2). URL: <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/01.atac,kron,schilliger,schwiertz,stierl--einleitung.html>.

dern als Teil der multiplen Krise des aktuellen Kapitalismus zu begreifen, eröffnet neue Perspektiven für linke Praxis und »stellt eine Chance dar, einen post-nationalen und post-kolonialen Entwurf von Bürger*innenschaft und sozialer Grundsicherung zu entwickeln, der eine Alternative darstellt zur falschen Dichotomie zwischen einem europäischen Projekt von oben, das auf Zentralisierung und fortgesetzte Neoliberalisierung setzt, und der drohenden Re-Nationalisierung Europas.«⁵

Anliegen des Buchs: Bezüge herstellen, Perspektiven klären

Ausgangspunkt dieses Buches ist diese Distanz zwischen (irgendwie) linken Forderungen und der gesellschaftlichen Stimmung, zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Es will dazu beitragen, eine Vergewisserung über die Begründungszusammenhänge linker Politik in einer Zeit herzustellen, in der die bisherigen an Menschenrechten, humanistischen Idealen und Liberalismus ausgerichteten Grundsätze in die Krise geraten sind (sonst wären wir ja nicht in der Defensive!).

Ganz bewusst wird damit die aktuell dominante Stimmung, die mal gelähmt, mal aufgeregt auf die Erfolge der Rechtspopulisten starrt und viel über Scham und andere linke Entfremdungen nachdenkt, nicht zum Ausgangspunkt der Analyse gemacht. Stattdessen ist es das Ziel, positive Anknüpfungspunkte für radikaldemokratische Strategien zu identifizieren, isolierte Prozesse in einen größeren Zusammenhang zu stellen, die Herausbildung von Akteursgruppen und deren Vernetzung zu beschreiben und Potenziale für weiterreichende Transformationen freizulegen. Politische Projekte »bekommen« eine Perspektive, der Lähmung wird entgegengewirkt.

Das Buch versteht sich somit auch als Beitrag, um Migrationspolitik als Transformationsprojekt zu begreifen. Die Diskussion um Transformationsprojekte⁶ weist bisher eine ökonomische Engführung auf. Ansätze zu Migration, (transnationalen) Bürgerrechten und Citizenship,

5 Hess, Sabine; Kasperek, Bernd (2015): Das Scheitern des Grenzregimes; in: Prager Frühling. Magazin für Freiheit und Sozialismus 10/2015; url: <http://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1242.das-scheitern-des-grenzregimes.html>.

6 z.B. Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg: VSA-Verlag.

Grenze und Nationalstaat u.Ä. fehlen. Das führt zu einer Schwächung linker Politik insgesamt, denn auch hier (und nicht nur in der Ökonomie) spielt mehr und mehr die Musik, die die Verhältnisse zum Tanzen bringen kann.

Das Buch lässt zehn wichtige Impulsgeber*innen des deutschen und europäischen Migrationsdiskurses zu Wort kommen. Sie beziehen Stellung zu den Entwicklungen und Perspektiven in zentralen Handlungsfeldern migrationspolitischer Debatten: Solidarität und Konkurrenz, Recht auf Freizügigkeit, Citizenship und Zugehörigkeit, Grenzregime, Kämpfe der Migration, Rassismus.

Zunächst reflektiert Naika Foroutan über die gegenwärtige Verfasstheit unsere Gesellschaft, für die der Begriff ›postmigrantisch‹ eine Chance bietet, den notwendigen Paradigmenwechsel zu denken und damit zu einer echten Inklusion aller zu kommen. Weil Klasse, Schicht, soziale Ungleichheit, Sexismus, Gender und Rassismus mit dem Thema Migration verbunden und artikuliert werden, bietet sich die Möglichkeit, so die Autorin, mit dem Begriff als Chiffre für Pluralität für das Versprechen von Gleichheit zu kämpfen. »Deutschland, postmigrantisch« wäre die Formel für die Integration einer Gesellschaft als Ganzes.

Peter Birke konkretisiert diese Perspektive im Bereich der Arbeitskämpfe. Er macht deutlich, dass migrantische Kämpfe immer auch Klassenkämpfe waren und sind, auch und gerade wenn sie den engen Kontext von betrieblichen Auseinandersetzungen verlassen und alle Lebensverhältnisse thematisieren. Birke schärft außerdem den Blick auf die Arbeiterbewegung, die immer heterogen verfasst und vor allem von zwei gegensätzlichen Zeitlichkeiten – Solidarität und Konkurrenz – geprägt war und ist. Diese »totale Unzuverlässigkeit« der Arbeiter in Bezug auf Rassismus und rechte Strömungen, auf die viele Linke mit Distanz und Ratlosigkeit reagieren, begreift der Autor als eine Herausforderung, Anknüpfungspunkte zu finden, um die existenten Forderungen nach universalen sozialen Rechten zu stärken.

Vassilis S. Tsianos erweitert die Perspektive auf Klasse um das Moment globaler Mobilität, welche die Subalternen der Welt in die Lage versetzt, den reichen Norden herauszufordern. Hier rückt die beständige Überschreitung von Grenze als zentrale Disziplinierungsinstitution in den Fokus linker Transformationsprozesse. Die postkoloniale Mobilität von Arbeitskraft hat weitreichende Effekte für die Demokratisierung

von Gesellschaften. Tsianos beleuchtet dafür die (historische) Rolle des Wohlfahrtsstaates als Instrument fein abgestufter rassistischer, sexistischer und klassenmäßiger Ausschlüsse. Dagegen schlägt er eine transnationale Komplizenschaft vor, die in der Lage sei, einen »postnationalen Republikanismus« auszuhandeln.

Auf den Subjektivierungsaspekt von Rassismus kommt Paul Mecheril zu sprechen, wenn er der Frage nachgeht, wie das geopolitische Selbstbestimmungsrecht, das immer mehr Menschen ausüben, weiße Vorherrschaft in eine Krise gestürzt hat. Mit der eigenen Privilegiertheit konfrontiert wird den Flüchtlingen nicht verziehen, dass sie leiden und uns mit ihrem Leid zu Leibe rücken. Daher sei es für die Wohlstandsprofiteure schwer, Rassismus anzuerkennen und Solidarität auszuüben, da dies eine grundlegende Legitimationskrise der eigenen Lebensweise nach sich ziehen würde. Statt paternalistischer Barmherzigkeit schlägt Mecheril eine »Solidarität unter Unverschwisterten« vor, die nicht mehr in den Koordinaten nationaler Gemeinschaft gedacht werden könne. In der Frage »Was geht mich der Andre an?« liege die Herausforderung für eine transformative Pädagogik. Deren Aufgabe müsse es sein, die globalen Verflechtungen leiblich spürbar zu machen und so eine »migrationsgesellschaftliche Herzensbildung« zu unterstützen.

Auch Ulrike Hamann spricht von den affektiven Dimensionen der sogenannten Willkommensbewegung, in der immerhin jede*r zehnte Bundesbürger*in engagiert ist, überdurchschnittlich viele davon mit einem Migrationshintergrund. Hamann erkennt in diesen Bündnissen die Umriss einer offenen solidarischen Gesellschaft. Auch wenn die Herangehensweise von vielen Akteur*innen Züge von Paternalismus zeigen, entstehe in der Begegnung zwischen denen, die kommen, und denen, die schon da waren, ein dynamisches Feld der Verhandlung von Differenz, die den Kern unserer postmigrantischen Gesellschaft ausmache. Auch wenn sie der öffentlichen Diskursverschiebung nach rechts wenig entgegenzusetzen hätten, verhinderten viele Willkommensinitiativen das Kippen der Stimmung in den Kommunen. Gleichzeitig bildete sich bei Millionen von Menschen ein Bewusstsein für die soziale Frage, ein Gespür für eine offene Gesellschaft sowie eine kritische Haltung zum Grenzregime. Diese transformatorische politische Bildung werde durch die Geflüchteten herbeigeführt und damit eine wesentliche Vorstellung davon erzeugt, wie die Gesellschaft von morgen sein könnte.

Rainer Bauböck lenkt in seinem Gespräch den Blick auf die Möglichkeiten und Grenzen neuer Formen von europäischer und transnationaler Citizenship. Mit dem Verweis auf Hannah Arendts Diktum des »Rechts, Rechte zu haben« denkt Bauböck über die Verbindung von Mobilität und Staatsbürgerschaft nach. Das Leben in transnationalen Räumen müsse für eine demokratisch verfasste Souveränität die Möglichkeit von mehrfachen Bürgerrechten in mehreren, meist zwei Staaten beinhalten. Auch unterhalb der Ebene der Öffnung nationalstaatlicher Grenzen gäbe es dafür weitreichende Möglichkeiten wie Visaverzichtsabkommen, Anerkennung von Mehrstaatigkeit, Kommunal-Bürgerschaften, wechselseitiges Recht auf Einwanderung und Niederlassung. Der inklusive Umbau des Wohlfahrtsstaates im Sinne einer sozialen Europabürgerschaft, die auch die Mobilitätsrechte von Migrant*innen berücksichtigt, sei notwendiger Teil dieses Demokratisierungsprozesses.

Dass Migration nicht geschlechtsneutral ist, sondern gerade für Frauen* besondere Ausgrenzungserfahrung bedeutet, erläutert María do Mar Castro Varela. Gleichzeitig macht sie deutlich, dass gerade aus den Kämpfen von Migrantinnen Kraft und Transformationswille gewonnen wurde. Allerdings seien etwa geflüchtete Frauen* oder LGBT*IQ-Personen in der Begegnung mit hiesigen Solidaritätsbewegungen mit unterschiedlichen und widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert, die sie in der Opferposition gefangen sehen und gleichzeitig als Heldinnen stilisierten, die sich aus den schlimmen Verhältnissen ihres Herkunftslandes emanzipiert hätten. Andererseits würden Frauen* immer wieder gedrängt, ihre spezifischen Gewalterfahrungen und Fluchtgründe zu verschweigen, um nicht die Probleme hiesiger Zustände zu relativieren. Nicht ohne Grund seien gerade die geflüchteten Frauen in den Diskursverschiebungen nach der Kölner Silvesternacht 2015 unsichtbar geworden. Dieser kolonialen Tradition sollte eine feministische Linke kritisch gegenüberstehen und scheinbare Errungenschaften rigoros überprüfen. Dieses Aufbrechen von Selbstverständlichkeiten sei »der größte utopische Gehalt der Migration und der Diaspora«.

Von dem konkreten utopischen Gehalt feministischer Kämpfe von Geflüchteten weiß Denise Garcia Bergt zu berichten. Die von Refugees errungene Sichtbarkeit in der O-Platz-Bewegung und der Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin habe bei vielen engagierten Menschen zu der Erkenntnis geführt, dass »das 21. Jahrhundert das Jahr-

hundert der Geflüchteten ist«. Gleichzeitig mangle es in der Solidaritätsbewegung häufig an Respekt vor den Fähigkeiten und dem Wissen gerade von geflüchteten Frauen, die auf eigene Faust ganze Kontinente durchquert haben und nun wie kleine Kinder behandelt würden. Garcia Bergt erstaunt vor allem die Unfähigkeit der Deutschen, mit Unterschieden umgehen zu können, die auf eine elitäre akademische Weise mit der Einteilung der Menschen in Kategorien wie weiß, schwarz oder POC kompensiert würde. Dieser »German Angst« setzt sie die Notwendigkeit des Austausches zwischen den Protagonistinnen der alten und neuen Migration entgegen, die von ihren jeweiligen Praktiken gegenseitig lernen könnten.

In dem Gespräch mit Bernd Kasperek geht es erneut um das europäische Grenzregime und die Gründe für dessen Krisen. Kasperek erläutert die unterschiedlichen nationalen Interessen, die eine einheitliche europäische Grenzpolitik verhinderten. Aber auch die Produktion von Bildern von der Grenze, etwa die Visualisierung des tausendfachen Sterbens im Mittelmeer, hat den Umgang mit Grenze entscheidend verändert. Dass Leseweisen von Bildern nicht stabil sind, sondern sich dieselben Bilder auch für gegenteilige Politiken nutzen lassen, zeigt die Grenzagentur Frontex, die mit denselben Bildern die Zerstörung von Migrationsrouten legitimiere. Entscheidend, so Kasperek, sei indes ein Verständnis von Grenze als einer Institution der Hierarchisierung sozialer und politischer Rechte auch innerhalb Europas. Die Unterteilung der gesamten Bevölkerung in Gruppen mit unterschiedlichen Zugängen zu Ressourcen macht nicht bei Migrant*innen halt, sondern betrifft alle. Daher sei die Demokratisierung von Grenze eine Aufgabe aller Menschen, die von Ausgrenzung betroffen sind. Migration ist in dieser Perspektive eine Chance, die Gesellschaft des 21. Jahrhundert jenseits des Nationalstaates, aber in dem Versprechen der Gleichstellung zu denken.

Diesen Gedanken greift Manuela Bojadžijev auf, wenn sie die »Entmigrantisierung der Migrationsforschung und Migrantisierung der Gesellschaftsforschung« einfordert. Weder sei Gesellschaft als homogen zu denken, noch verliefen Grenzen an ihren Rändern, sondern mitten durch sie durch. Doch leider erkenne die Linke nicht, dass Migration den grundlegenden Mechanismus von hierarchischer Zuweisung oder der Verweigerung von Rechten sichtbar werden lässt und damit einen positiven Entwurf für soziale Kämpfe bietet. Eine linke Klassenanalyse,

die nicht sieht, dass Armut in erster Linie migrantisch ist, und die die Arbeitenden nicht in ihrer heterogenen Struktur erkennt, laufe unweigerlich auf eine »von rassistischen Begründungsmustern durchzogene Analyse oder Politik« hinaus. Bojadžijev plädiert dafür, den Umgang mit Migration als Seismograph demokratischer Zustände zu erkennen und Migration als eine Form der »Häresie« national verfasster Ordnungen zu begreifen, die eine Chance für linke Gegenmacht biete.

Migration als Chiffre

Die Migrationsforscherin Naika Foroutan über den Siegeszug des Begriffs des ›Postmigrantischen‹, die Sinnhaftigkeit von Leitbildern und Reeducation-Programmen und die Frage, worum es bei der aktuellen gesellschaftlichen Polarisierung überhaupt geht.

Günter Piening: Herzlichen Glückwunsch, Frau Foroutan. Der Begriff der ›postmigrantischen Gesellschaft‹, der Ihrer Arbeit zugrunde liegt, hat eine wahre Blitz-Karriere hinter sich. Viele setzen ihre Hoffnung darauf, dass nun endlich ein Begriff gefunden wurde, der die Gesellschaft angemessen beschreibt und eine gute Basis für Zukunftsentwürfe bildet. Was ist so interessant am Begriff ›postmigrantisch‹?

Naika Foroutan: Der Glückwunsch muss an Shermin Langhoff [Intendantin des Berliner Gorki-Theaters, GP] gehen, die den Begriff aus ihrer künstlerischen Arbeit heraus als subversiven, ironischen Gegenentwurf eingeführt hat, um deutlich zu machen, dass Deutschland nicht aus den Gruppen ›Migrant*innen‹ und ›Nichtmigrant*innen‹ besteht, sondern aus vielen aufeinander aufbauenden, nebeneinander herlaufenden oder sich gegeneinander positionierenden Gruppen und Personen.

Wir haben den Begriff in die Sozialwissenschaften transferiert und versuchen, ihn zu operationalisieren. Das ist gar nicht so einfach. Die Kunst- und Kulturszene kann, ja muss einen Begriff im Ungefähren belassen. Wir aber müssen unsere Begriffe definieren, festzurren, dazu Modelle aufbauen. Das Risiko ist, dass dabei ein Teil dieser subversiven Kraft verloren geht. Vielleicht gelingt es uns aber auch, die Überlastung des Begriffes produktiv zu nutzen, indem wir uns am Ungefähren bzw. an der Ahnung, die dieser Begriff transportiert, wissenschaftlich abarbeiten und dabei aus ganz unterschiedlichen Richtungen den notwendigen gesellschaftlichen Paradigmenwandel beschreiben, um Ungleichheit zu überwinden. Dann würde das ›migrantische‹ im postmigrantischen Begriff als Chiffre für reale und konstruierte, soziale und symbolische Ungleichheiten stehen, deren Überwindung sich die plurale Demokratie zum Ziel setzt.

»Begriffe sind Griffe, um Dinge zu bewegen« heißt es in Brechts Flüchtlingsgesprächen. Was bewegt der Begriff der postmigrantischen Gesellschaft?

Der Begriff entfaltet Kraft auf drei Ebenen: empirisch, analytisch, normativ.

Der empirische Teil ist für uns Sozialwissenschaftler*innen der griffigste Bereich. Das >post< in postmigrantisch steht in dieser Betrachtung für den Moment *nach* der Migration, wenn die Migrant*innen im Land angekommen sind. Wir fragen: Wie verändern sich Gesellschaften, nachdem Migration erfolgt ist? Was passiert mit den Migrierten, was mit denen, mit denen sie agieren, mit der Gesellschaft, wie verändert sich Sprache, Arbeit, Wahrnehmung? Also wie verhalten sich die Akteur*innen? – Und das sind die Einwander*innen und die Alteingesessenen, wobei Alteingesessene auch wieder Migrationshintergründe haben können! Wir betrachten aber auch die Veränderung von Institutionen, Diskursen, Identitäten, Anerkennungsprozessen, Einstellungen, Wissensbeständen, Kontakten, etc.

Hinter den Migrationsschleier blicken!

Der analytische Teil ist komplizierter. >Post< meint hier eher ein >dahinter<. Analytisch geht es darum zu erkennen, wie die Omnipräsenz des Themas Migration – ja diese regelrechte Obsession, die mit ihr einhergeht, wie Riem Spielhaus sagt, – die Gesellschaft vor sich hertreibt und alles andere überdeckt. Klasse, Schicht, soziale Ungleichheit, Sexismus, Gender, Rassismus – all das wurde in den letzten Jahren vor allem mit dem Thema Migration verbunden und thematisiert. Dies sind aber dominante Konfliktlinien, die generell Gesellschaften zugrunde liegen und nicht erst durch Migration entstanden sind. Der postmigrantische Ansatz fordert dazu auf, hinter diesen Migrationsschleier zu blicken, und thematisiert Konflikte, die sehr viel stärker sozialstrukturell begründet sind, auch als das, was sie sind: Klassenkonflikte, Genderungleichheiten oder Rassismus.

Auf der normativen Ebene gilt es, einen moral-philosophischen Ansatz hervorzuheben. Dieser schlägt sich in der Aufforderung nieder, etablierte Prozesse des Ausschlusses, des >othering< sichtbar zu machen. Dabei geht es darum, Leitbilder für eine integrative Gesellschaft zu

entwickeln, die über die künstlichen, etablierten Trennlinien zwischen Migrant*innen und Nichtmigrant*innen hinausweisen. Es geht also nicht darum, Migration unsichtbar zu machen, oder zu leugnen, dass es strukturelle Angebote geben muss, die speziell auf Migrant*innen zugeschnitten sein müssen. Allerdings sind Instrumente der Sprachbildung, Orientierung, Arbeitsplatzsuche, Weiterqualifizierung etc. auch wiederum Bedarfe, die für weite Teile der Gesellschaft individualisiert zugeschnitten werden müssten.

Das ist die große Aufforderung, die in diesem Begriff steckt: gesellschaftsanalytisch und dekonstruktiv vorzugehen und dabei gleichzeitig den strukturalistischen Spin zu wagen, die plurale Gesellschaft in ihren Bedarfen als Ganzes zu adressieren.

Migration ist nur die Chiffre, hinter der sich vielfältige Konflikte im Umgang mit Pluralität verstecken.

So sieht es die Wissenschaft. Aber in der Gesellschaft entwickelt sich die Debatte doch gegenläufig. Diese >künstliche Kategorie< Migration ist doch mächtiger denn je und der wichtigste Treibriemen für das Erstarken des Rechtspopulismus.

Ja, diskursiv erleben wir zur Zeit ein Rollback und eine extreme Polarisierung. Aber läuft die Bruchlinie wirklich entlang der Kategorie >Migration<? Nein. Wenn wir die Entwicklung genauer untersuchen, stellen wir fest, dass die Bruchlinie zwischen Pluralitätsaffinen und Pluralitätsgegner*innen verläuft. Ertrage ich Pluralität, mag ich sie, akzeptiere ich sie? Oder verängstigt sie mich, fühle ich mich damit unwohl oder lehne ich sie gar aggressiv ab? Das ist der Kern der Konflikte in der postmigrantischen Gesellschaft, der die Gesellschaft um zwei Pole gruppiert. Migration ist nur eine Chiffre für Pluralität, hinter der sich vieles versteckt: Umgang mit Gender-Fragen, Religion, sexueller Selbstbestimmung, Rassismus, Schicht und Klasse, zunehmende Ambiguität und Unübersichtlichkeit usw.

Haltung zu Pluralität und neue Allianzen

Pluralisierung entgrenzt bisher vermeintlich klar Abgezirkeltes. Und was macht das Überwinden von Grenzen deutlicher als Migration? Pluralität hat es schon immer gegeben. Dass sie sich bildlich manifestiert, geht

eben auch über Menschen, die anders aussehen, andere Sprachen sprechen. Migration (oder durch Migration Mitgebrachtes, wie z.B. Islam) überlagert bei den Rechtspopulisten alles – Anti-Europa, Anti-Gender, Anti-LGBTQ, Anti-Elite –, weil sie eine Chiffre für das Überwinden von Grenzen ist. Pegida & Co wollen wieder in ihre klar abgezirkelten Grenzen zurück, und das ist nicht nur territorial zu verstehen.

Entlang dieser Kategorie – Haltung zu Pluralität – bilden sich neue Allianzen. Ein Dompropst macht das Licht aus, weil Pegida vor seiner Kirche demonstriert, und vor seiner Kirche marschieren dann auf der No-Pegida-Demo Antifa-Aktivist*innen und Vertreter*innen von Migrant*innenorganisationen neben dem herkunftsdeutschen evangelischen Lehrer und der katholischen Heimatvertriebenen mit einem Schild »Deutschland ist bunt«! Im anderen Lager, den Antagonist*innen, die Pluralität ablehnen – von stark bis latent – finden wir auch ein sehr heterogenes Feld: Nicht nur Rechtsextreme und Salafisten, sondern auch Mittelschicht und »besorgte Bürger« und Teile etablierter Eliten. Wer hätte dort Boris Palmer von den Grünen erwartet oder Sarah Wagenknecht, die beide ihre latente Pluralitätsabwehr im letzten Jahr immer wieder als Teil eines »Man wird ja wohl noch sagen dürfen«-Diskurses inszeniert haben? Selbstverständlich kann man sie auf keinen Fall mit Pegida-Leuten oder Salafisten vergleichen. Es soll nur deutlich werden, dass das Feld der Pluralitätsabwehr heterogen ist, genauso wie das Feld der Pluralitätsoffenheit. Und diese neuen Feldorientierungen, die sich eben außerhalb etablierter Feldzuschreibungen aufstellen, führen zu weiteren zunehmenden Irritationen und Ambivalenzen. Man hat das Gefühl, nichts ist mehr so, wie es immer war.

Diese beiden Lager bilden sich offenbar jenseits von rechts und links, jenseits von migrantisch und nichtmigrantisch, jenseits von alt und jung, jenseits von reich und arm. Es ist eben nicht so, dass die Armen gegen Migration sind und die Reichen, weil sie es sich leisten können, sind pluralitätsaffin. 55 Prozent der AfD-Wähler haben Abitur, 44 Prozent verdienen über 3000 Euro und die meisten arbeiten als Angestellte.¹ Den Diskurs so zu führen, als sei die Pluralitätsabwehr ein Makel der Armen und Ungebildeten, verdeckt den Rassismus der Etablierten. Es ist auch nicht so, dass Migrant*innen alle für Pluralität sind und Nichtmigrant*innen

1 vgl. »AfD: Ostdeutsch, männlich, pessimistisch«. in: FAZ v. 21.11.2015.

dagegen. Viele Migrant*innen der ersten Generation haben sich abwehrend gegenüber der Willkommenskultur geäußert. Es geht, wie bereits beschreiben, um die Akzeptanz oder Abwehr von zunehmender Pluralität. Und zwischen diesen beiden Polen findet ein dynamischer Kreislauf um Anerkennung, Partizipation und um Gleichheits- und Zugehörigkeitsprozesse statt. Dieser dynamische Konfliktzirkel mit seinen Gleichzeitigkeiten ist es, der die postmigrantische Gesellschaft antreibt und die derzeitige Situation so extrem ambivalent erscheinen lässt.

Reicht das Schild »Deutschland ist bunt« aus, um die Pro-Allianz dauerhaft zu stabilisieren trotz aller sozialen, politischen, kulturellen und – ja auch – ethnischen Unterschiede? Was ist das gemeinsame Interesse, der Kitt, der zusammenhält?

Die neuen postmigrantischen Allianzen entstehen, weil die Menschen eine ähnliche Vorstellung von der Gesellschaft haben, in der sie leben wollen. Es heißt nicht mehr allein »Mach meinen Kumpel nicht an«, wo man sich als Herkunftsdeutscher schützend vor den Migranten stellt, sondern: »Wir teilen die gleiche Vorstellung von Gesellschaft und sind Alliierte«.

Kämpfe ohne Paternalismus

Man kämpft *nebeneinander*, Hand in Hand sozusagen, für ein Gesellschaftsmodell, das sich auf das Versprechen der Gleichheit stützt, das schon in der Verfassung verankert ist. Dieses Gesellschaftsmodell – die plurale Demokratie – sieht man durch die aggressiven Positionen der Rechtspopulist*innen angegriffen. Das macht die Kräfteverhältnisse prospektiv sehr viel gleicher als in den bisherigen Solidarisierungskampagnen, die immer auch die Position des Starken und des zu verteidigenden Schwachen markierten. Wenn das gemeinsame Ziel, das formuliert wird, der Schutz der pluralen Demokratie ist und nicht der paternalistische Schutz >des Migranten<, dann ist dies das Postmigrantische, das der Allianz den Kitt gibt, auch wenn es sich dabei um Menschen aus sehr vielen Bereichen mit sehr unterschiedlichen Positionen und Herkunftten handelt. Ob sich das nun dauerhaft stabilisiert, bleibt abzuwarten.

»Deutschland ist bunt« ist ja auch deutlich realitätsnäher als die Weltbilder von Pegida & Co, die etwas Anachronistisches an sich haben. Die Welt der Homogenität, die dort beschrieben wird, ist doch längst eine Fiktion ...

Vorsicht, das sagt man so schnell. Wenn man die Statistik aber genauer anschaut, sehen wir: 95 Prozent aller Migrant*innen und ihrer Nachkommen leben im Westen, 5 Prozent im Osten. Dort ist die Gesellschaft nicht so divers, wie wir Migrationsforscher*innen und ihr Integrationsbeauftragten es immer behauptet haben. D.h. die Menschen dort sind konfrontiert mit einer Deutschland-erzählung von uns Westdeutschen, die überhaupt nicht mit ihrer Alltagserfahrung übereinstimmt. In ihrem Alltag sind sie womöglich noch nie in ihrem Leben einem Migranten begegnet. Und dann erzählen wir, Deutschland sei bunt. Wir haben es mit unterschiedlichen, gleichzeitigen Realitäten zu tun, die wir zu wenig beachtet haben. Wir müssen in unsere Diversitätserzählung auch die homogenen Strukturen einbinden als Teil der Diversität, und nicht wie bisher – ein wenig überspitzt formuliert – als Subkultur.

Sie werben für ein postmigrantisches Leitbild. Warum? Wir haben die Verfassung. Warum reicht nicht der berühmte Habermas'sche »Verfassungspatriotismus«?

Wir sollten darüber nachdenken, ob wir nicht an einem Punkt sind, wo es darüber hinausgehen muss. Wo wir eine Art gesellschaftlichen »Reload«, eine Auffrischung des Verständnisses darüber brauchen, wer oder was wir als Gesellschaft sind. Bürger*in einer demokratischen Gesellschaft zu sein, heißt eben heute nicht nur, die Verfassung zu akzeptieren, sondern auch, sie mit Leben zu füllen, wenn man merkt, dass zentrale Elemente demokratischen Verständnisses von Gleichheit unter Beschuss geraten.

Eine neue Orientierung

Solche Leitbilder, solche Narrative dienen zur Orientierung – auch um im Abgleich mit der Wirklichkeit Defizite in der gesellschaftlichen Ordnung zu adressieren und sich als Gesellschaft daran abzarbeiten. Nehmen wir das Narrativ »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«. Das hat nie die Realität abgebildet, ist aber eine prospektive, nach vorne weisende Messlatte.

Aber ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‹ ist nicht zu denken ohne die Französische Revolution. Kann man ein Leitbild einfach so verabschieden?

Das kanadische Leitbild ›Unity in Diversity‹ ist auch auf dem Verwaltungsweg entstanden und hat neben der symbolischen Wirkung viele gesetzliche Konsequenzen nach sich gezogen und prägt heute die kanadische Gesellschaft. Wir haben in Deutschland auch Erfahrung mit Leitbildern. »Deutschland ist kein Einwanderungsland« war nicht verfassungsmäßig verankert, hatte aber erhebliche Auswirkungen auf die Gesetzgebung und gesellschaftliches Handeln. Und als es hieß, »Deutschland ist ein Einwanderungsland«, folgte die Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechtes, das Zuwanderungsgesetz, das Anerkennungsgesetz und so fort.

Was wäre die Überschrift über dieses neue Leitbild?

»Deutschland, postmigrantisch« selbstverständlich (lacht). Um das auszufüllen, finde ich viele Anknüpfungspunkte in der deutschen Ideengeschichte. Solidarität ist dort z.B. stark verankert, das Wort subsumiert Anerkennung, Chancengleichheit, Teilhabe und Gleichwertigkeit. Das sind Ziele, die nicht abstrakt bleiben müssen, die man operationalisieren kann, wo man fragen kann, was muss geschehen, dass diese Prämissen für alle gelten. ›Teilhabe‹ ist ein sehr funktionales Ziel, da kann man Gesetze schaffen. Eine Klärung des Leitbildes weckt auch Bereitschaft, aktiv zu werden und mitzumachen. Diese Auffrischung unseres Selbstbildes können wir doch alle gebrauchen.

*Wie nehmen es Ihre Zuhörer*innen eigentlich auf, wenn Sie in Vorträgen ein ›Integrationsprogramm auch für Nicht-Einwanderer*innen‹ fordern?*

Halt, ich fordere es für alle, nicht für einzelne Gruppen. Das ist keine leere Provokation. Wir haben ja ein Integrationsgesetz – eigentlich formuliert für Geflüchtete und Neuzuwanderer*innen – de facto aber adressiert an ca. 20 Prozent dieser Gesellschaft mit Migrationshintergrund. Wieso wundern wir uns, wenn es das für 100 Prozent geben soll? Die Aufforderung ist: Hört auf, Teilanforderungen zu stellen, weitet den

Blick auf die gesamte Gesellschaft aus, denkt postmigrantisch, wenn ihr eigentlich das neue Deutschland finden wollt und arbeitet euch nicht an einer Kategorie ab, die ihr kontinuierlich als anders markiert, weil ihr denkt, sie seien Migranten, auch wenn sie seit drei Generationen hier leben.

Was soll ich da lernen?

Die Analyse von Desintegrationsprozessen zeigt, dass – egal ob du rechtsextrem wirst oder Salafist – die zugrundeliegenden Dynamiken ähnlich sind. Es reicht nicht, Diversität und Pluralität zu haben, man muss lernen, damit umzugehen, das Überschreiten etablierter Grenzen, auch wenn es verunsichert, als Dynamik moderner Gesellschaften auszuhalten, ambiguitätstoleranter, wie es so schön heißt, zu werden, ohne naiv zu sein und Konfliktpotenzial zu übersehen. Das ist schwer. Mit Pluralität umgehen zu können, ist keine Selbstverständlichkeit. Bei vielen pegelt es sich durch die Alltagskontakte ein, bei vielen – vor allem bei denen, die diese Erfahrungen nicht machen – aber auch nicht. Also muss man das beibringen, so wie wir in Deutschland durch das große Reeducation-Programm der Alliierten beigebracht bekommen haben, nicht mehr so antisemitisch zu sein wie vor dem 8. Mai 1945.

Wir brauchen ein Antirassismusprogramm, kombiniert mit einem >Ambiguitätstoleranz- und Demokratie-Fach<, um zu lernen, mit geschlechtlicher, sozialer, kultureller, ethnischer, religiöser und nationaler Pluralität umzugehen – für alle! Für die gesamte postmigrantische Gesellschaft sind Migrant*innen nicht per se, weil sie Rassismuserfahrung machen, auch antirassistisch, genau wie Homosexuelle nicht automatisch minderheitenaffin sind. Das muss in Schulen ansetzen, in Verwaltungen, überall. Es gibt rassistisches Wissen, das man mit Fakten abarbeiten kann, auch wenn wir derzeit so viel vom postfaktischen Zeitalter sprechen. Stereotype kann man abbauen, es gibt Trainingsmethoden. Emotionalität und Nähe kann man anteilig erzeugen, dazu gibt es genug Erkenntnis. Natürlich erreicht man nicht alle. Aber man kann sich ja als Ziel setzen, möglichst viele zu erreichen. Und wenn das Schulfach nicht so heißen darf, dann nennen wir es eben »Gesellschaft im 21. Jahrhundert«. Ich glaube fest, dass man vieles erlernen kann, nicht nur kognitiv, sondern auch emotional.

Überschätzen Sie da nicht Bildungsprozesse und unterschätzen sozio-ökonomische Entwicklungen? Marginalisierungsprozesse, Aushöhlung demokratischer Institutionen durch Globalisierung und die Politik des Neoliberalismus?

Wenn ich kurz zum Leitbild zurückkehren darf: Das ist ja nicht als reines Symbol gedacht, sondern schon als eine Richtschnur für die Politik. Der Begriff der >Einwanderungsgesellschaft< etwa ist eng verknüpft mit dem Versprechen von Akzeptanz und Gleichheit – endlich auch für die Einwander*innen.

Gleichheitsversprechen nicht eingelöst

Die demokratischen Gesellschaften lösen dieses Gleichheitsversprechen für alle aber längst nicht ein. Da ist es dann zunächst verlockend zu sagen: Dieses Gleichheitsversprechen, das der Gesellschaft durch die Verfassung gegeben wurde, ist nicht etwa in Gefahr wegen systemischer Fehler in unserer Politik, die strukturelle Ungleichheitsprozesse befördert hat, sondern wegen der Migrant*innen, wegen der offenen Grenzen, weil die jetzt auch alle was vom Kuchen wollen.

Ich behaupte ja nicht, dass ich diese Erfahrung von wachsender Ungleichheit mit Reden aus der Welt schaffen kann, sondern die Politik muss das Versprechen der Gleichheit, das die plurale Demokratie gibt, einlösen oder zumindest deutlich machen, dass sie gegen Ungleichheit antritt, was im Zuge der Neoliberalisierungspolitik des letzten Jahrzehnts nicht wirklich glaubhaft zu vermitteln ist. Es scheint sich aber auch hier etwas zu ändern.

Wir müssen die Idee stark machen, dass Integration eine Gesellschaft als Ganzes betrifft, gegenüber allen, die abgehängt sind, egal ob herkunftsdeutsch oder nicht. Das wird verstanden. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es sehr viel besser funktioniert, mit dem Wort >Desintegration< zu arbeiten, als zum 1000. Mal zu erläutern, wie wichtig Integration ist und wie toll Pluralität und dass Deutschland schon immer plural war. Wenn man Desintegration als Problem adressiert, kommt man automatisch auf die Abgehängten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich, auf abgehängte Regionen und verlässt diese ethnische oder herkunftsbedingte Verengung und schafft neue Anknüpfungsmöglichkeiten.

Abschließend: Warum ist Migration für die Rechte fast immer ein Gewinnerthema und für die Linke fast immer ein Verliererthema?

In den letzten Jahrzehnten haben in der Tat europaweit Parteien fast immer Stimmen gewonnen, wenn sie das Migrationsthema negativ besetzten. Es gibt nur wenig Ausnahmen, Roland Koch zum Beispiel, als er versuchte, seine Anti-Staatsbürgerschafts-Kampagne zum zweiten Mal zu fahren ...

... und in NRW Jürgen Rüttgers mit seiner >Kinder statt Inder<-Kampagne, was haben wir uns da gefreut, als er damit vor die Wand fuhr ...

... aber das sind Ausnahmen. Es gibt offenbar diese leicht abrufbare Aversion, dieses tief liegende rassistische Wissen, das eingehegt wurde durch die Institutionen der Demokratie. Eine derzeit manifeste Kritik an Linksliberalen lautet ja, sie seien moralisierend und politisch korrekt, das empfinde man als Bevormundung. Aber diese Kritik, die von vielen benickt wird, überdeckt, dass dies ja genau eine Grundfunktion der Demokratie ist, diese Einhegung, diese institutionelle Kontrolle von Affekten. Eine große Errungenschaft ist die Übergabe des Machtmonopols an den Staat, um Affektkontrolle herzustellen. Diese Einhegung bröckelt. Man schaue nur in die USA – Trump ist ein wandelnder Affekt.

Freiheitsversprechen und Ich-Verabsolutierung

Das Freiheits-Versprechen der Demokratie kann eben auch enden in einer Ich-Verabsolutierung: »Ich kann machen, was ich will.« Für das Gefühl von Gemeinschaft ist das kontraproduktiv. Vielleicht ist es ein Problem, dass wir in den letzten Jahrzehnten den Begriff der Gemeinschaft so abgewertet haben, irgendwie war das Wort ziemlich altmodisch, etwas, was man asiatischen, orientalischen etc. Gesellschaften zugeschoben hat, die alles kommunitaristisch – also in Gemeinschaft und Clans – denken und Individualismus und freie Persönlichkeitsentfaltung nicht kennen würden. Modern waren hingegen hyperindividualisierte Strukturen. Gesellschaft ist aber nicht nur eine Ansammlung von Individuen, die sich nur punktuell verstehen.

Aber die Menschen, die heute auf die Straße gehen, neue Allianzen bilden, brechen mit diesen Individualisierungen. Das Potenzial hat al-

lerdings leider auch Pegida mobilisiert. Aber im Moment erkennen wir auch eine reaktive Politisierung der Demokrat*innen. Kürzlich las ich den schönen Vergleich, dass erstmals seit Langem die Leute nicht mehr nur auf die Straße gehen, um sich beim Marathon einer Selbstoptimierung hinzugeben, sondern um für demokratische Werte zu demonstrieren. Das ist doch eine schöne postmigrantische Entwicklung.

(Das Interview fand statt am 7.2.2017.)

Empfehlungen zum Weiterlesen

El-Tayeb, Fatima (2016): Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.

Emcke, Carolin (2016): Gegen den Hass. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Foroutan, Naika (2016): Postmigrantische Gesellschaften. In: Heinz Ulrich Brinkmann und Martina Sauer (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer VS, S. 227–255.

Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus/Arens, Susanne/Romaner, Elisabeth (Hrsg.) (2013): Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Yildiz, Erol/Hill, Marc (Hrsg.) (2015): Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.

Die schwierige Solidarität

Peter Birke, Arbeitssoziologe und Gewerkschafter, zum Schwanken der Arbeiterbewegung zwischen Internationalismus und nationaler Abschottung, zum Verhältnis von betrieblichen Kämpfen und Migration und zur Frage, warum die sozialen Bewegungen keinen Abschied vom Proletariat nehmen sollten.

*Günter Piening: Die Arbeiterbewegung und die Migrant*innen – das ist ein schwieriges Verhältnis. Auch viele linke Initiativen haben darum >Abschied vom Proletariat< genommen und suchen strategisch eher Ansatzpunkte in der >Autonomie der Migration<, dem Eigensinn migrantischer Kämpfe. Schlimm?*

Peter Birke: Ich sehe das gar nicht als Gegensatz. Migrantische Kämpfe waren und sind auch immer Klassenkämpfe, es ging und geht immer erstens um die >große< soziale Frage und zweitens um die Durchsetzung von sozialen Rechten einer oder mehrerer Gruppen, deren Position innerhalb der Arbeitswelt prekär ist. Daran ändert sich auch angesichts der Tatsache ja nichts, dass Opponent*innen migrantischer Kämpfe identitär oder rassistisch argumentieren und dass es sich bei diesen Opponent*innen auch um Kolleg*innen handeln kann.

Und ich denke auch, ganz im Gegenteil, dass der Begriff der >Autonomie der Migration< in den vergangenen Jahren an Bedeutung (und auch an neuen Bedeutungen) gewonnen hat. Geprägt wurde er ja in einer Situation, als es um eine Wiederentdeckung der Rebellion von Gastarbeiter*innen der 1960er und frühen 1970er Jahre ging, also wesentlich um die Arbeit von migrantischen sozialen Zentren, um die Wohnkämpfe wie im Frankfurter Westend, vor allem aber sicherlich um die Arbeitskämpfe wie bei Pierburg in Neuss oder Ford in Köln 1973.¹ Vor allem bei Gruppen wie Kanak Attak war die historisierende Aneig-

1 Zum Ford-Streik s. auch »Sechs bis acht Kommunisten, getarnt in Monteursmänteln« auf <http://www.kanak-attak.de/ka/text/fordstreik.html>. Zu den migrantischen Betriebskämpfen der sechziger und siebziger Jahre s. insbesondere Bojadžijev, Manuela 2008: Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster: Dampfboot.

nung dieser Kämpfe zugleich Schaffung von Bezugspunkten für die eigene aktuelle Praxis.

Ich habe das damals skeptisch gesehen, aber nicht, weil der Zugang über die ›Autonomie der Migration‹ als solcher falsch ist, sondern weil mir ein Bezug auf aktuelle Konflikte oft gefehlt hat. Ein Beispiel waren die komplizierten Konstellationen wie auf den Baustellen – als Anfang der 2000er Jahre aus der IG BAU teils mit rassistischen Motiven gegen illegalisierte Arbeiter agiert wurde, sind wir mit einer historisierend-symbolischen Politik alleine nicht viel weiter gekommen. Man muss ja sehen, dass der Kern solcher Konflikte der Versuch war, ›legale‹ gegen ›illegale‹ Arbeiter zu mobilisieren und dass bei Protesten gegen ›Illegalisierte‹ unter anderem auch Menschen aus früheren Generationen von migrantischen Beschäftigten beteiligt waren. Natürlich haben sich Initiativen wie der Polnische Sozialrat in Berlin, Gruppen wie der Blaue Montag aus Hamburg oder aus dem Umfeld der Zeitschrift *express* mit den ›Illegalisierten‹ solidarisiert. Die Frage, wie sich in der betrieblichen Hierarchie auf unterschiedlichen Stufen befindliche Menschen aber auch über solche Erklärungen hinaus im Alltag solidarisieren können, haben wir damals nicht beantwortet.

Migration und Arbeitsmarktpolitik

Und diese Frage ist in letzter Zeit eher wichtiger geworden, finde ich. Im Laufe der 2000er Jahre ist diese Frage aber, in den linken politischen Gruppen, aber auch in der akademisierten Migrationsforschung, kaum bearbeitet worden. 2015 und 2016 haben dann erneut illustriert, wie Migration, Arbeitsverhältnisse und Sozialpolitik verbunden sind. 2016 starteten die Versuche des Staates, die neue Migration zu reglementieren und verwertbar zu machen. Dabei spielen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik eine zentrale Rolle. Entscheidungen zu Aufenthaltsrechten der Geflüchteten, zur Einschränkung der Vorrangprüfung u.a. sollen diese Migration arbeitsmarkt- und sozialpolitisch regulieren. Die Verwertung der Arbeitskraft bleibt zentral, wenn man sich mit migrantischen Kämpfen beschäftigt. Die Herausforderung besteht aktuell darin, die Frage nach betrieblichen Kämpfen wieder in diesen Kontext vom Eigensinn von Migration und der Migrationsforschung zurück-zuholen.

Müsste die Aufforderung nicht eher in die andere Richtung gehen und der Eigensinn der Migration in den Konzepten der Arbeiterbewegung ernst genommen werden? Migration wird dort vorwiegend als Bedrohung, als Kapitalstrategie zur Schwächung der nationalen Arbeiterklasse interpretiert. Es liegen doch unüberbrückbare Interessenkonflikte zwischen den Forderungen nach einem >Recht auf Freizügigkeit< und einer Arbeiterbewegung, die eine Stärkung des Schutzes vor Konkurrenz und Abschottung des nationalen Wohlfahrtsstaates fordert.

Ich würde das nicht so scharf zeichnen. Ich sehe diese Abschottungstendenz, bin mir aber nicht sicher, wie fest sie ist. Man darf sich das nicht so vorstellen, dass es eine relativ homogene >deutsche< Arbeiterklasse gibt und abgegrenzt dazu eine migrantische Unterschichtung. In den betrieblichen Konflikten ist es eher eine vielschichtige Landschaft. Die Frage, wie das Verhältnis zwischen einer in der nationalstaatlichen Logik denkenden Arbeiterbewegung und einer de facto multinationalen Arbeiterklasse organisiert ist, scheint mir vielmehr Tag für Tag neu ausgehandelt zu werden. Es entsteht eine Situation, die offen ist für rassistische Abwehr von Migration insgesamt oder bestimmter Formen der Migration, die aber meines Erachtens genau so offen ist für eine Solidarisierung auf der Grundlage verallgemeinerter Klasseninteressen.

Konflikt und Solidarität am Beispiel der Fleischindustrie

Ich möchte das am Beispiel der Fleischindustrie im Oldenburger Münsterland illustrieren, die wir derzeit untersuchen. Fleischunternehmen aus Dänemark und Holland, wo die entsprechenden Tätigkeiten hochlohning sind, haben ihre Produktion dorthin verlagert. In der unmittelbaren Produktion wird dort fast ausschließlich mit migrantischen Kräften gearbeitet. Die Arbeiterschaft ist extrem segmentiert in unterschiedliche Stufen: feste Beschäftigung, Leiharbeit, Werkvertragsarbeit und dann schließlich Werkverträge, die mit entsandten Beschäftigten zu Niedriglöhnen ausgeführt wird usw. Eine jede Gruppe kann scheinbar schnell ersetzt werden, wenn irgendwo Unruhe entsteht. Protestieren die Werkvertragsarbeiter*innen eines rumänischen Sub-Subunternehmens, sind sie schnell draußen und werden durch eine andere Konstruktion ersetzt. Dass Geflüchtete in dieser Auslagerungskette auftauchen, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Es entstehen de facto nicht nur multinationale Belegschaften, sondern auch permanente Kämpfe um die sozialen und rechtlichen Positionen der Arbeitenden. Die Kapitalseite arbeitet mit diesen Positionen, um die Arbeitskraft mobil, flexibel und möglichst billig auszubeuten. Es kann aber zu Recht vermutet werden, dass in der boomenden Exportindustrie auch eine Abhängigkeit von verlässlichen, eingearbeiteten Arbeitskräften entsteht. Im betrieblichen Alltag ist es keinesfalls so, dass selbst bei Massenarbeit wie in der Zerlegung, Arbeitskräfte einfach ubiquitär ausgetauscht werden können. Die Arbeitenden haben also auch eine Machtposition, die es zu entdecken und zu verteidigen gilt. Das zeigt sich ja an Protesten gegen Lohnbetrug, miese Wohnverhältnisse, schlechte Arbeitszeiten. Zwar gibt es kein Wundermittel, das uns zeigt, wie diese Proteste organisiert und verallgemeinert werden können. Aber wir sollten unser Interesse auf diese Frage lenken. Dazu gehört auch die Frage, welche Rolle Arbeitsrechte und Aufenthaltsrechte aktuell in Arbeitskämpfen spielen können.

Ich würde nie behaupten, dass betriebliche Arbeitsverhältnisse als solche Kollektive hervorbringen. Das wäre völlig falsch. Aber es gibt Konflikte, in denen etwas Gemeinsames entstehen kann. Der Klassenkampf, der da stattfindet, ist also ein Klassenkampf – nicht zwei, nicht drei. Wenn nun Geflüchtete beschäftigt werden, kommt zu dieser Landschaft prekarierteter Beschäftigungsverhältnisse eine weitere Dimension hinzu: extrem unterschiedliche Aufenthaltstitel – zwischen Bleiberecht und Abschiebungsandrohung –, die unterschiedliche Arbeitsrechte generieren. Wir können zumindest vermuten, dass da neue Konkurrenzen und neue Kämpfe entstehen. Es lässt sich kaum vorhersagen *wie* das passiert, aber wir sollten uns als linke Akademiker*innen dafür interessieren.

Wie verallgemeinerbar sind solche offenbar sehr auf lokale Netzwerke angewiesene Ansätze von Solidarität?

Diese Reorganisierung der Arbeit durch Auslagerungsprozesse findet überall statt, auch in der Automobil- und Chemieindustrie, auch in der Altenpflege. Politisch bedeutet das, dass wir nicht mit zwei Klassen konfrontiert sind, dem >deutschen< und dem >migrantischen< Arbeiter, sondern mit Klassen im wirklichen Plural. Alle Strategien, die das Ziel haben, keine Minoritätspolitik zu machen, müssen mit der Herausfor-

derung umgehen, dieser Tendenz zur allseitigen Fragmentierung mit einem gemeinsamen Konzept zu begegnen. Linke Betriebspolitik muss es also auch sein, sich mit korporatistischen Strategien, die in Krisenzeiten Kernbelegschaften mit Kurzarbeit erhalten und die prekär Beschäftigten feuern, auseinanderzusetzen. Solidarische Strategien müssen Probleme von fragmentierter, teilweise entrechteter Beschäftigung angehen, indem sie die Vorstellung stärken, dass es nur eine Belegschaft, nur einen Arbeitskonflikt gibt.

Arbeitskämpfe und soziale Kämpfe

Heute ist es fragwürdig geworden, von Arbeitskonflikten nur im engen, >betrieblichen< Sinne zu sprechen. Meines Erachtens ist eine der wirklich bedeutenden Erkenntnisse aus der Forschung über die historische >Autonomie der Migration< jene, dass die sozialen Konflikte, die dort thematisiert wurden, quer zu dieser Einhegung in betriebliche Verhältnisse liegen. Bei Ford ging es um »eine Mark mehr«, das stimmt, aber zugleich zeigt jede einigermaßen ernsthafte Analyse, dass der große Streik von August 1973 die ganzen Lebensverhältnisse thematisiert hat – auch die Wohnsituation, auch die gesundheitlichen Probleme, die die Arbeit verursachte, auch die Frage, wie man mit wenigen Wochen Urlaub und Wechselschicht den Kontakt zu Familien und Freunden aufrechterhalten kann. Im Grunde greifen Arbeitskämpfe immer über Arbeitskämpfe heraus. In Großstädten kann man doch heute selbst in Auseinandersetzungen um Lohnverhältnisse nichts mehr gewinnen, wenn man nicht berücksichtigt, dass die Mieten so immens gestiegen sind, dass man nicht einmal zur Armutsbevölkerung gehören muss, um seine oder ihre Wohnung nicht mehr bezahlen zu können.

Aber so weit, dass auch die Forderung nach >Bürgerrechten für alle< Teil der gewerkschaftlichen Politik wird, reicht die Offenheit wohl nicht ...

Da wäre ich mir nicht so sicher. Die Forderung nach allgemeinen Bürgerrechten, nach der Abschaffung der Verknüpfung von Aufenthalt und Arbeits- und Lebensmöglichkeiten, so abstrakt wie sie zunächst klingen mag, ist ja durchaus Teil von gewerkschaftlichen Initiativen. Ich glaube, dass da aktuell eine wichtige Auseinandersetzung stattfindet, nicht zuletzt auch innerhalb der Gewerkschaften. Insgesamt haben wir ja aus den

Gewerkschaften kaum Töne gehört, die eine Abwehr der neuen Migration fordern. In dieser Hinsicht waren die DGB-Gewerkschaften in den 1960ern viel reaktionärer als heute. Eher ist es so, dass die Forderungen wie etwa der Migrationsausschüsse bei ver.di und IG Metall nach »gleichen Rechten, gleichen Löhnen, am gleichen Ort« abstrakt bleiben, wenn sie nicht mit betrieblichen Kämpfen verknüpft werden können. Aber man muss da auch Gewerkschafter*innen eine gewisse Ratlosigkeit zugestehen, die hat die Linke ja insgesamt gegenüber der neuen Migration gezeigt. Diese Ratlosigkeit ist wohl auch dem Umstand geschuldet, dass es noch kaum allgemein wahrgenommene Beispiele für die Organisation von Randbelegschaften gibt – den Teilen der Belegschaft also, die ja in einigen Branchen schon die Mehrheit ausmachen. In diesem Kontext macht die Forderung nach sozialen Rechten für alle schon Sinn, weil die staatliche Politik durch Aufenthaltstitel Entrechtungen aufbaut, die für die betriebliche Praxis relevant werden.

Rassismus in den Betrieben

Wie viel Rassismus spielt bei den Belegschaften in die Interpretation der Verhältnisse hinein? Ich erinnere mich an eine Untersuchung aus 2003, dass 19% der Gewerkschaftsmitglieder eine rechtsextreme Einstellung haben.

Es stimmt, viele Gewerkschaftskolleg*innen sind zu Recht erschreckt über die Haltung vieler Beschäftigter zur aktuellen Migration. Man sollte das auch nicht verharmlosen. Heute greift man zwar auch auf Bundesebene mit durchaus fortschrittlichen Positionen etwas in die Diskussion zur aktuellen Migration ein. Aber es gibt eben auch die betriebliche Ebene, wo es schwierig ist, diese moralisch richtige Position zu verankern. Wie aber kann man antirassistische Politik im Betriebskontext entwickeln, welche sozialen Voraussetzungen gibt es? Das ist eine zugegeben sehr schwierige Frage. Ich bin aber überzeugt davon, dass der zweifellos vorhandene Rechtsextremismus in Teilen der Arbeiterschaft nur zurückgedrängt werden kann, wenn man ihn nicht alleine als Ausdruck mangelnder politischer Aufklärung begreift.

Wie wichtig wäre bei dieser Verankerung ein neuer Blick auf Migration durch die organisierte Arbeiterbewegung? Weg vom Bedrohungsszenario der Gastarbeiterära. Die Fakten sind doch eindeutig: Die Qualifikation

*der Einwanderer*innen liegt über der der Autochthonen. Heterogenität selbst ist ein Stück Lebensqualität in modernen Gesellschaften. Täte ein Stück mehr Migrationsforschung der Arbeiterbewegung und der ihr nahestehenden Forschung nicht gut?*

Die gewerkschaftsnahe Arbeitsforschung muss sich meines Erachtens in der Tat vorhalten lassen, dass sie fast immer ihren Bezugspunkt in den autochthonen Arbeiter*innen hatte. In vielen, auch arbeitssoziologischen, Forschungen ist Migration unsichtbar geblieben. In vielen Betriebsfallstudien der 80er, 90er tauchten Migrant*innen nicht auf. Aber inzwischen betonen wir in unserer Forschung doch stärker nicht alleine die Bedeutung migrantischer Subjektivität und den Eigensinn migrantischen Lebens in der Bundesrepublik, sondern wir sehen auch Migration und transnationale Vergesellschaftung als wesentlichen systematischen Faktor in betrieblichen Konflikten. Ähnliches gilt, nur andersherum, in der Migrationsforschung: Dort werden Subjektivitäten von Geflüchteten manchmal sehr stark gespielt – diese Erläuterung dieser Subjektivitäten dient dann letztlich nur dazu zu zeigen, wie nützlich diese Menschen sind ...

Aber ich rede doch nicht von Nützlichkeit – ich rede davon, dass eine auch durch Einwanderung pluralisierte Gesellschaft jenseits des Ökonomischen eine Qualität hat, die auch mitkommuniziert werden muss. Wer will denn zurück in diese muffige Welt der Sechziger, die die AfD in ihrem Programm beschreibt? Oder umgekehrt: Was habe ich mit einem Arbeiter zu tun, der dahin zurück will?

Das meine ich auch nicht, auch wenn ich mir nicht so sicher bin, ob man sich wirklich auf diesen Gegensatz einlassen sollte – die Welt der sechziger Jahre ist ja nun auch eine Welt der Rebellion, darauf sollten wir bestehen. Aber ich meine nicht, dass die Frage nach der Nützlichkeit an sich verwerflich ist.

Nützlichkeitsdiskurse

Man muss sie vielmehr zuspitzen. Wie ist es gemeint, wenn wir die Qualität von Einwanderung betonen, den demokratischen Gewinn, das Positive an Heterogenität? Was erwartet man, was heißt das für den All-

tag? Wenn wir den syrischen Arzt toll finden, weil er gut ausgebildet ist und eine Sprache spricht, die derzeit nachgefragt ist, dann sollten wir das verknüpfen mit der Frage nach der Auseinandersetzung um die Qualität der Arbeit in einem Gesundheitswesen, das von Privatisierung und permanenter Verschlechterung von Arbeitsbedingungen geprägt ist. Dass >Integration< gelingt, ist auch in diesem Fall nicht alleine eine Frage der >Human Resources<, sondern auch eine Frage danach, wie das Gesundheitswesen grundsätzlich so funktionieren kann, dass die dort arbeitenden Menschen so arbeiten können, dass sie die Verantwortung für die von ihnen betreuten Menschen übernehmen können. In der Migrationsforschung wird diese Verknüpfung selten gemacht. Aber das zeigt nur, wie wichtig es ist, Arbeits- und Migrationsforschung zu verzahnen, um diese Verknüpfung mit Konzepten zu untersetzen.

Zurück zur Situation in den Betrieben. Dominieren dort rechtspopulistische Antworten auf die Migration oder eher an Solidarität ausgerichtete Reaktionen?

Beides. Na ja, beides kann ja nicht >dominieren<, aber vielleicht ist die Frage auch falsch gestellt. Solche Haltungen sind von einer großen Ambivalenz geprägt.

Es gibt nicht die eine Stimmung in den Belegschaften. Eribon² spricht sicher mit einem gewissen Recht davon, dass es in einem Betrieb zwei Zeiten gibt: eine Zeit, in der sich verschiedene Gruppen gegenseitig ausschließen, bekämpfen; und eine Zeit, in der sie sich solidarisieren. Für beides gibt es interessenbezogene Fundamente. Diese Ambivalenz finden wir auch in empirischen soziologischen Forschungen. Einerseits werden Einwanderer*innen als Bedrohung, als Lohndrücker*innen gesehen; andererseits gibt es die Forderung nach >gleichen Rechten< in der Arbeit.

Wichtig wäre es, exemplarische Lernprozesse zu organisieren, die diese Widersprüche aufgreifen, ohne sie zu verstärken. Warum, so wäre zu fragen, bleibt eigentlich die Forderung nach sozialen Rechten für alle, dieser alter Grundsatz der Arbeiterbewegung, so abstrakt und wird nur konkret, wenn es ums staatliche Kollektiv geht? Oder: Warum schaffen

2 Eribon, Didier 2016: Rückkehr nach Reims. 7. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

wir es, erfolgreich für den Mindestlohn zu agitieren, während selbst linke Gewerkschafter*innen in einem Automobilbetrieb nicht wissen, wie viel Leiharbeiter*innen es dort gibt?

Vielleicht liegt es daran, dass die Kernbelegschaft davon ausgeht, dass sie die Besserstellung verdient hat und die anderen nicht. Das hat in Deutschland doch eine lange Tradition, die sich bis heute fortsetzt. Ähnliche Haltungen gibt es bei der Frage, wer in den Genuss des Wohlfahrtsstaates kommen soll und wer nicht. Das sind doch tief verwurzelte Leitbilder in der deutschen Arbeiterbewegung, die auf nationale Ausgrenzung und nicht auf internationale Solidarität mit den Habenichtsen verweisen.

Migration und Wohlfahrtsstaat

So einfach ist es nicht, denn die Haltung der Arbeiterbewegung zum nationalen Wohlfahrtsstaat war und ist janusköpfig. Ja, es gibt einerseits die Vorstellung, dass der Wohlfahrtsstaat die Rechte auf Ressourcen nach Staatsbürgerschaften organisiert. Darauf bezieht sich der Rechtspopulismus, der gern protzt, er setze die sozialdemokratische Tradition fort und verteidige die nationalen Ressourcen gegen den Zugriff des Fremden. Es ist sicher richtig, dass der Rechtspopulismus daraus auch eine gewisse Stärke bezieht, siehe etwa die tiefe Verankerung dieser Position in universalistischen Wohlfahrtsstaaten wie in Norwegen oder Dänemark – der Siegeszug der Rechten hat dort ja schon in den 1990er Jahren angefangen. Aber ich bin mir sicher, dass man diese >universalistische< Position auch anders deuten kann. Das zeigt ja schon Marx' Kritik am Gothaer Programm der Sozialdemokratie aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Marx lehnt dort die Vorstellung, dass Arbeit alle Werte schaffe, mit mehr als deutlichen Worten ab. Im Prinzip plädiert er für eine kühle Analyse der Ausbeutung durch Lohnarbeit und setzt sich zugleich für eine Position ein, die Universalismus nicht als merkwürdig verformtes Privileg männlicher Haushaltsvorstände begreift. Diesen Text müssten wir heute neu diskutieren. Die Diskussion um Bürgerrechte für alle und Citizenship kann hier ansetzen, denn Universalismus sagt ja nichts anderes als das: Soziale Rechte gründen sich in der gemeinsamen Existenz in einem Gemeinwesen und müssen darum für alle gelten. Viele Konflikte in der Geschichte der Arbeiterbewegung können im Spannungsverhältnis dieser beiden Pole gelesen werden. Es wäre wichtig, diesen Konflikt

immanent anzusprechen und Positionen, die Wohlfahrt als universales Prinzip verstehen, das ein Recht für alle Anwesenden begründet, zu stärken. Wer diese Diskussion erfolgreich führen will, müsste und könnte an diese universalistischen Wurzeln der Arbeiterbewegung anknüpfen.

Aber wer ist ansprechbar für eine solche universalistische Perspektive? Verweist dies nicht auf die Organisation eines links-demokratischen Projektes jenseits der Arbeiterklasse, wenn es um Freizügigkeit und Citizenship geht?

Das entspräche einer gewissen Tendenz innerhalb der Linken, auf Dissidenz zu setzen, auf eine antinationalistische antirassistische Minoritätspolitik. Das ist inhaltlich sympathisch, gibt aber eine wichtige Position auf.

Die Arbeiter*innen sind total unzuverlässig

Und wie oft haben wir uns eigentlich in den letzten Jahrzehnten schon vom ›Proletariat‹ verabschiedet? »Hello goodbye« – das wird doch langsam öde – es wiederholt sich. Sollten wir nicht lieber offen nach den Möglichkeiten fragen, die wir trotz der Rechtsentwicklung behalten? Denn das, was von oben ›Flüchtlingskrise‹ genannt wird, ist doch nur eine Krise im Rahmen der multiplen Krise. Sie kann nur begriffen werden im Kontext der gesamten Krisenpolitik seit 2010. Mit ihren weltweiten Folgen, hier nur das Stichwort Syrien, mit den Entwicklungen in den Ländern des Nordens. Diese Krisen sind auch für die politische Linke eine Chance, einige Grundfesten der eigenen Politik neu zu überdenken. Wir sollten doch nicht so tun, als hätten wir in Bezug auf Arbeitspolitik alles versucht und seien jetzt zu der Einsicht gekommen, dass es das nicht bringt. Im Gegenteil, wir sollten nicht damit aufhören, sondern mal ernsthaft darüber nachdenken, wo wir *anfangen* könnten. Es wäre schlecht, wenn wir bestimmte Teile, die früher mal als treibende Subjekte der Geschichte mystifiziert wurden, nun völlig aus dem Gesichtsfeld verbannen.

Eribon hat vielleicht recht, wenn er sagt, dass die französischen Arbeiter, die heute Front National wählen, in einigen Jahren vielleicht linksradikal denken. Auch unsere Forschung zeigt, knackig formuliert: Die

Arbeiter*innen sind total unzuverlässig. Die machen an einem Tag das eine, am nächsten Tag das andere. Das heißt nicht, dass es willkürlich ist, sondern zeigt nur, dass in den Kämpfen die widersprüchlichen Orientierungen mitschwingen. Man weiß eben nicht, an welchem Pol sie sich orientieren werden. Es gibt Tendenzen, aber keinen Automatismus. Politik auf der Grundlage von sozialen Konflikten ist heute unglaublich prekär und flüchtig. Dieser Ambivalenzen muss man gewahr werden. Manchmal stellen wir erst auf den zweiten Blick fest, wo wir uns in der Bandbreite zwischen rassistischer Ausgrenzung und Einforderung von universalen sozialen Rechten befinden und wo Anknüpfungspunkte für solidarisches Handeln entstanden sind.

(Das Interview fand statt am 13.1.2017)

Empfehlungen zum Weiterlesen

Moritz Altenried, Manuela Bojadžijev, Leif Jannis Höfler, Mira Wallis (Hrsg.) (2017): *Logistische Grenzlandschaften. Das Regime mobiler Arbeit nach dem »Sommer der Migration«*, Münster: Unrast Verlag.

Peter Birke (2016): Zur sozialen und politischen Neuzusammensetzung der Lohnarbeit. In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 1/2016, VSA Berlin/Hamburg, S.32-37. [<http://www.sofi-goettingen.de/publikationen/publikationen-detailanzeige/pubnr/1349/>].

Peter Birke, Felix Bluhm, Nicole Mayer-Ahuja (2017): Betriebliche Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen. In: *Mitteilungen aus dem SOFI*. Juni 2017, Ausgabe 26, 11. Jahrgang., S. 25. [http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Publikationen/Mitteilungen_aus_dem_SOFI_26.pdf].

Sandro Mezzadra, Brett Neilson (2013), *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*, Durham: Duke University Press.

Wider die autoritäre Transformation Europas

Vassilis S. Tsianos, Migrationsforscher, Kanak-Attak-Aktivist, zur Macht der Migration und ihrem Beitrag für eine radikaldemokratische Erneuerung.

Günter Piening: Im Bemühen, Migration mit marxistischem Instrumentarium zu untersuchen, wird in Deutschland besonders häufig – auch von Ihnen – auf dem italienischen Post-Operaismus aufgebaut. Was macht diesen Ansatz so attraktiv für die Analyse von Migrationsprozessen und deren Transformationspotenzial?

Vassilis Tsianos: Kurz gefasst: Für mich hat Kapitalismuskritik etwas mit den Subjekten der sozialen Kämpfe zu tun und basiert nicht auf Wertkritik und den damit verbundenen Assoziationen bis hin zu diesem verhängnisvollen Geschichtsdeterminismus. Für die Betrachtung der Migration heißt das: Die linke Vorstellung, dass Migrant*innen vorrangig Opfer und Objekte von Kapitalverwertung sind und Migration vor allem dazu dient, die Arbeiterklasse durch Differenzierung der Arbeitskraft und durch Rassismus zu spalten, finde ich nicht angemessen. Migration ist Mobilität von Arbeitskraft. Das Konzept der >Autonomie der Migration< setzt Ausbeutungskritik und die grenzüberschreitende Macht dieser Transit-Subjekte in Verbindung und erlaubt, die dadurch ausgelösten Dynamiken in den >Klassenverhältnissen< der Einwanderungsgesellschaften zu verstehen.

*Ich dachte immer, dass diese Dynamik durch die Klassen selbst kommt und nicht von einer bunten Truppe von Heimatlosen, die von Geflüchteten über Vertragsarbeiter*innen bis zu Jet-Setter*innen reicht.*

Dass wir die Klassenverhältnisse unterbewerten, ist ein immerwährender Vorwurf, aber er ist falsch. Erstens: Migration ist nicht abstrakte Mobilität, ist keine Chiffre für die wundervolle Welt des Kosmopolitismus. Migration hat immer den Stallgeruch des Ghettos, der ethnischen Unterschichtung des Arbeitsmarktes und des globalen Elends. Zweitens: Zwangs-Mobilität und der Kampf für die Freiheit von Festsetzung durch den Patron waren immer ein Aspekt der gelebten Erfahrung der globalen

Arbeiterklasse, besser: -klassen. Wir sehen Migration als eine Klassenkategorie, die die Mobilität im Klassenbildungsprozess mitdenkt. Migration versetzt die Subalternen der Welt in die Lage, die herrschenden metropolitanen Gesellschaften des Nordens herauszufordern.

Warum von Subalternen und Ausbeutungsverhältnissen und nicht von Kapitalismus reden?

Kapitalismuskritik als Kritik warenförmiger Vergesellschaftung ist für mich selbstverständlicher Bestandteil jeder Gegenwartsanalytik, man kann keine ernstzunehmende Analyse der Gegenwart ohne sie betreiben. Aber es gibt eine Reihe von Ausbeutungs- und Diskriminierungsverhältnissen, die nicht deckungsgleich mit dem Projekt der kapitalistischen Verhältnisse sind – rassistische, sexistische, kulturzentristische Verhältnisse, Verhältnisse der Produktion und Regierung von Differenz.

Globale Subalternität

Wenn wir nicht von der Arbeiterklasse reden, sondern von globaler Subalternität, dann suchen wir auch ein Verständnis für die postkoloniale Moderne und ihr Verhältnis zum Kapitalismus. Wir brechen mit dem methodologischen Eurozentrismus einer marxistischen Vulgata, der darin besteht, dass die Geschichte der Arbeiterbewegungen als vorgängig für die Durchsetzung einer universalistischen sozialistischen Befreiungskultur behauptet wird. Das Gegenteil ist der Fall: Es war und ist der globale antikoloniale Kampf der Subalternen, der eine Alternative zur männlich und arbeitszentrierten Vorstellung von Gleichheit etabliert und damit das Verhältnis von race, gender, class neu gefasst hat.

Für mich bleiben diese operaistischen Begrifflichkeiten und Ansätze ziemlich vage und beliebig. Da bin ich leider doch wohl ein Stück Traditionalist geblieben. Worin besteht denn nun die Macht der Migration, ihr transformatorisches, den Kapitalismus transzendierendes Potenzial?

Ohne ein wenig Operaismus geht es aber nicht. Der Operaismus hatte die Fabrik und den Widerstand gegen die Disziplinierungsverhältnisse zum Ausgangspunkt und hat darin die Mächtigkeit der Klasse neu erfunden. Der Widerstand gegen die Kontrolle des Kapitals verräumlichte

sich im Fabrikkampf. Der Postoperaismus geht davon aus, dass das Potenzial für soziale Transformation die Wände der Fabrik hinter sich gelassen und die gesamte gesellschaftliche Produktion und Reproduktion erfasst hat. Ein Stichwort wäre etwa die Entgrenzung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, ein anderes die Entgrenzung von Residualismus, da sind wir bei der Migration – der erwünschten wie der nicht erwünschten.

In der Migration sammeln sich Erfahrungen im Umgang mit dem Nord-Südgefälle und vor allem mit dem Grenzkontrollregime und dem Überwachungsstaat. Die Institution der Grenze ist eine der letzten totalen Disziplinierungsinstitutionen der europäischen Gesellschaften. Eine Grenzkritik zu artikulieren, die nicht abstrakt bleibt, sondern die gelebten Erfahrungen der Transit-Migrant*innen und ihre Form der Grenzunterwanderung zur Basis hat – ohne diese Erfahrungswelt zu heroisieren oder exotisieren wie im klassischen linken Internationalismus – das macht die Stärke dieses Ansatzes aus.

Aber was verändern diese Kämpfe um Grenze in den Kräfteverhältnissen der europäischen Gesellschaften, in der EU insgesamt?

Die Praxis der Grenzüberschreitung ist per se Politik. Migration hat mit drei Aspekten zu tun, die bei den nationalisierten Arbeiterklassen nicht vorkommen: Grenze, Zugehörigkeit, Differenz. Diese Grunderfahrungen bringt die Migration als Mobilität innerhalb der Prozesse der Klassenzusammensetzung ein. Die Art und Weise, in der Migration das europäische Grenzdogma attackiert, ist ein aktiver Beitrag zur Demokratisierung der Grenze und der europäischen Gesellschaften insgesamt. Genau das ist ihr Beitrag zur großen Transformation.

Linke Politik hieße letztlich, das Mosaik dieser gelebten Erfahrung der Migration in Formen zu überführen, die Verbindungen mit anderen politischen und sozialen Bewegungen ermöglichen. Die internationale Migration, so wie wir sie durch die Verhinderungsanstrengungen an der europäischen Grenze wahrnehmen, stellt die Frage, wie wir mit der autoritären Transformation der europäischen Gesellschaft umgehen. Das ist das zentrale Demokratisierungsprojekt, für das wir hier zuständig sind, und nicht die Festgenommen an der Grenze. Ich sehe in den digitalisierten und anderen migrationspolitischen Kontrollpraktiken Testläufe für

gesamtgesellschaftliche Anwendungen. Das ist ein großes Terrain für uns metropolitanen Politiksubjekte mit und ohne Migrationshintergrund.

Nun zeigt sich die alteingesessene europäische Arbeiterklasse gar nicht erfreut über diese konstitutive, das Grenzregime in die Defensive zwingende Macht der globalen Subalternen. Man sieht darin mehr eine Konkurrenz, die die eigene Durchsetzungsfähigkeit schwächt, als einen Träger von Kompetenzen zur Erweiterung des Terrains.

Die europäische Arbeiterbewegung war immer geprägt von einer gewissen Unentschiedenheit im Umgang mit den globalen Subalternen. Aber es waren die britischen Arbeiter*innen, die auf Zucker in ihrem Tee verzichtet haben, es waren die französischen Arbeiter*innen, die die ersten gemeinsamen lokalen Aktionen mit algerischen Gastarbeiter*innen versucht haben. Erst die Blockade der gelebten Erfahrung der transnationalen Zusammensetzung der Klassen führte zu Nationalismus, Antisemitismus und Antimigrantismus.

Eine schlimme Rolle spielt dabei die Entwicklung des europäischen Wohlfahrtsstaates. Jede Form der Einführung vom Wohlfahrtsstaat war verbunden mit einem bewussten Umgang damit, wer ausgeschlossen wird. Das waren die Frauen, das waren die polnischen Arbeiter*innen im wilhelminischen Reich, die noch kolonialen Arbeitssubjekte in Frankreich und England. Die Einführung einer graduellen Egalität zugunsten des weißen Facharbeiters war immer geprägt von rassistischen, sexistischen und auch klassenmäßigen Ausschlüssen.

Verlassen wir ein wenig die Arbeiterklasse und betrachten den Bezug von zivilgesellschaftlichen und linken Gruppen auf die Kämpfe der Migration. Was wäre linker Transnationalismus heute?

Transnationalismus ist kein Internationalismus, kein ideologisches Projekt zur Erreichung einer Einheit, wie es etwa im Begriff ›Solidarität‹ aufgehoben ist. Ich komme aus einem Teil der griechischen eurokommunistischen Linken, der niemals gute Erfahrungen mit Solidarität hatte. Solidarität war immer verbunden mit Formen von Abhängigkeit im Namen einer egalitären Adressierung, die de facto zur Korruption derjenigen führten, die die Solidarität annahnten.

Linker Transnationalismus

Wir sollten einen Schritt zurückgehen und Formen der Intimität, ja der Komplizenschaft betrachten, Formen der Übernahme von Verantwortung auch für Dinge, die man nicht sofort versteht. Das würde ich unter linkem Transnationalismus verstehen. Transnationalismus bedeutet etwa, eine transnationale Liebschaft – und die Konsequenzen zu tragen; bedeutet, plurilokal zu leben und zu kämpfen; bedeutet, diese ganze Palette von Belastungen auszuhalten, die man haben kann, wenn man mit transnationalen Subjekten umgeht – die große Familie, die plötzlich abends uneingeladen in die Wohnung kommt und nicht weggeht, die Schulden, die nicht zurückbezahlt werden, kulturelle Exzesse der Veruneindeutigung.

Ist das nicht ein wenig zu kleinteilig, um die deutsche, die europäischen Gesellschaften zu demokratisieren, um gleiche Rechte für alle durchzusetzen und dafür zu sorgen, dass >kein Mensch illegal< leben muss?

Ich kann mir keinen auf Emanzipation ausgerichteten Transnationalismus vorstellen, der nicht imstande ist, auch auf die basalen Formen der Sozialität der Subalternen einzugehen.

Optimistisch stimmt mich, dass dieses ja millionenfache Praxis ist, und sie findet nicht mehr in den Hinterhöfen der Republik statt, sondern im Zentrum dessen, wo Demokratie, Differenz und postnationaler Republikanismus ausgehandelt werden. Ich rede von den 20 Prozent in Europa, die selbst Migrationsgeschichte haben. Rechnen wir auch die sozialen Verhältnisse dazu, die nicht direkt mit Migration zu tun haben, sehen wir, dass eine demografische Mehrheit in diesen Prozessen der Intimität, des In-Beziehung-Setzens eingebunden ist. Die aktuelle Form der Migration ist eben nur ein Teilaspekt der gesamten Migrationsherausforderung. Deshalb ist die Figur der postmigrantischen Gesellschaft so ergiebig.

Eure Solidarität ist immer eine begrenzte.

*Da wären wir ja schon bei der Willkommensbewegung, der nachgesagt wird, dass sie den Erfahrungsraum der postmigrantischen Gesellschaft regional und sozial ausdehnt und Lernerfahrungen vertieft und verbreitet. Kritiker*innen heben demgegenüber den Paternalismus und Rassismus in dieser Bewegung hervor. Wie ist Ihr Verhältnis zur Solidaritätsbewegung?*

Ich habe widersprüchliche Gefühle. Ich war bei der Überreichung von Kleidung durch eine ältere mehrheitsdeutsche Lady dabei. Aber die syrische Geflüchtete wollte diese nicht annehmen – Klassenstolz. Und ich merkte, wie sauer diese sich Solidarisierende war. Das ist für mich extrem deutsch. Eure Solidarität ist immer eine begrenzte, hat mit Überlegenheits-Habitus zu tun.

Bauchschmerzen bereitet mir auch die Überthematization der Figur der Flucht auf Kosten der Geschichte und Gegenwart der Migration. Ich habe ein Problem, wenn wir nicht mehr über die Situation der Gefängnisse und den überproportionalen Anteil von Gefangenen mit Migrationsgeschichte reden oder wenn wir Racial Profiling wie dieses Jahr in Köln nicht thematisieren können.

Ich sehe aber auch die vielen anderen Geschichten – die Autokonvois, die unbescholtenen Bürger*innen, die sich plötzlich als Schlepper*innen kriminalisiert sehen – das sind großartige Momente eines postmigrantischen Transnationalismus. Aus dem Blickwinkel der postmigrantischen Gesellschaft könnte man sagen: Es ist das erste Mal, dass die deutsche Mehrheit ein Verständnis von Migration entwickelt hat, das nicht kriminalisierbar war, wo die Migrant*innen nicht unter dem Generalverdacht eines >falschen Asylanten< standen. Sie waren zum ersten Mal richtige >Refugees<!

Und dann häuften sich die Angriffe, kam die Normalisierung rassistischer Gewalt in Wort und Tat. Und die vom Neoliberalismus prekarisierten Underdogs laufen zur AfD, weil sie fürchten, die paar Cent, die sie verdienen, mit den Habenichtsen von draußen teilen zu müssen ...

Das ist Quark. Wenn wir die soziale Textur der AfD anschauen – mit und ohne Sachsen – fällt auf: 1. Die Geschlechterverhältnisse – betroffene Männlichkeit. 2. Es geht um Mittelklasse, z.B. in Sachsen die Handwerker und Selbstständigen im Kontext von schrumpfenden Städten. Diese Mittelschicht, die Angst davor hat, dass sie nicht mit der gleichen Geschwindigkeit hinzugewinnt wie zuvor, ist die soziale Basis von Brexit, Trump und AfD.

Der Neoliberalismus vor seiner autoritären Phase

Der Neoliberalismus ist angegriffen und baut nach einer vergleichsweise liberalen Phase, in der mit Toleranz- und Diversitätskonzepten und der

Durchsetzung des Integrationsparadigmas die brauchbaren Teile der migrantischen Arbeitskraft in die Leistungsgesellschaft eingepasst wurden, jetzt auf oligarche Formen der Hegemonie. Er wird reaktionär, ohne die neoliberale Verwertungslogik zu ändern. Dabei spielen die konservativen Reformeliten eine zentrale Rolle. Die treibenden Kräfte tragen Namen wie Thilo Sarrazin, nicht wie Karl Malocher. Das sind diejenigen, die neue Grenzen haben wollen, die in Europa eine national verfasste Leistungsgesellschaft anstreben, die wieder über race und white supremacy funktioniert.

Auf jeden Fall muss eine auf Emanzipation und Menschenrechte ausgerichtete Migrations- und Partizipationspolitik diese Entwicklungen in den Fokus nehmen, denn der Rechtsruck bestimmt derzeit die Spielräume. Eine linke Antwort ist, dass eine bessere Sozialpolitik die beste Prävention gegen Rassismus und antimigrantische Stimmungen ist. Stimmen Sie zu?

Als wir vor Jahren erstmals vom Prekariat gesprochen haben als dem neuen Gesicht der Arbeitsgesellschaft, war der erste politische und strategische Reflex der linken Parteien in Europa: Ein besserer Sozialstaat muss her!

Dieser Reflex der linken Parteien hat mich nie besonders überzeugt. Die Geschichte des Sozialstaates ist auch die Geschichte der europäischen Disziplinargesellschaft. Wir können nicht darüber reden, ohne die Vergewaltigung der Kinder in den Heimen, ohne die Bekämpfung jeder Autonomie der Jugend, ohne den autoritären Umgang mit Abtreibung, die Kämpfe um die Liberalisierung von Drogen, ohne die Kämpfe für plurale familienähnliche Formen mitzuberücksichtigen. Der Sozialstaat ging immer auf Kosten der Subalternen und der Differenz.

Die Bemühung um Umverteilung und einen starken Wohlfahrtsstaat nimmt immer etwas in Kauf: Der Preis für ein Stückchen soziale Sicherheit ist die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung. Das kann nicht die Antwort eines linken Projektes sein. Das können auch die Nationalist*innen machen, und das machen sie ja auch.

Unsere Stärke ist die Verbindung von Gleichheit und Freiheit, die Verbindung eines radikaldemokratischen Gestaltungsbegehrens mit einer flächendeckenden, auf Nachhaltigkeit orientierten sozialen Partizipation und Inklusion. Der Wohlfahrtsstaat ist reformierbar nur unter

der Bedingung, dass wir ihn radikaldemokratisch gestalten. Dieses gilt gerade für die postmigrantischen Gesellschaften mit ihren verschachtelten Ein- und Ausschlüssen.

(Das Interview fand statt am 17.1.2017)

Empfehlungen zum Weiterlesen:

Dimitris Papadopoulos, Niamh Stephenson, Vassilis Tsianos (2008): *Escape Routes. Control and Subversion in the 21. Century*. London: Pluto Press.

Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos (2005): »Mapping the order of New Migration: Undokumentierte Arbeit, Regime der Mobilität und das Ende der Reservearmee«. In: *Peripherie* 97/98, S. 35-64.

Vassilis S. Tsianos (2015): »Feldforschung in den »Mobile Commons««, in: *ZfM Zeitschrift für Medienwissenschaft*, ZfM 12, 1/2015, S. 115-125.

Sandro Mezzadra & Brett Neilson (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham,: Duke University Press.

Sandro Mezzadra (2009): »Italy, Operaism and Post-Operaism«, in: Immanuel Ness (Hrsg.): *International Encyclopedia of Revolution and Protest*. Oxford: Blackwell Publishing, S.1841-1845.

Warum Migration provoziert

Der Erziehungswissenschaftler und Rassismustheoretiker Paul Mecheril zu den Triebkräften des aktuellen Rassismus und zur Frage, warum Solidarität in der Weltgesellschaft nur eine Solidarität unter Unverschwisterten sein kann.

Günter Piening: Das Empfinden von Bedrohung scheint die wesentliche Triebkraft des aktuellen Rassismus zu sein. Wovon fühlen sich die Leute eigentlich bedroht? Und warum gerade jetzt?

Paul Mecheril: Der aktuelle Rassismus ist der Versuch, die in die Krise geratene weiße Vorherrschaft zu stärken. Bedroht ist die Selbstverständlichkeit, die unhinterfragte Legitimität der Vorherrschaft Europas in kulturellen, künstlerischen, zivilisationsbezogenen Fragen, und die Assoziation dieses Europas mit Whiteness. Das Aufflammen von Gewalt und anderen rassistischen Praktiken und der sogenannte Rechtspopulismus sind also Ausdruck von Krisenhaftigkeit, Ausdruck davon, dass ein Kampf als notwendig angesehen wird, der die Verhältnisse so wieder herstellt, wie sie in der Phantasie dieser Leute schon immer gegolten haben.

Migration provoziert, weil weiße Privilegiertheit infrage gestellt wird.

*Warum spielt Migration in den Bedrohungsszenarien diese herausragende Rolle? Doch nicht nur, weil hier Konkurrent*innen um Arbeit und Wohnung auftauchen ...?*

Bedroht ist diese hegemoniale Position aufgrund von unterschiedlichen Entwicklungen. Migration spielt darin eine wichtige Rolle. Die migrationsgesellschaftliche Realität verweist ja darauf, dass immer mehr Menschen ihr geopolitisches Selbstbestimmungsrecht in Anspruch nehmen. Es wird jetzt offenkundig, dass die soziale Frage eine globale Frage ist. Das spüre ich nicht nur auf der kognitiven Ebene. Es wird nicht nur mein Status problematisiert, sondern ich erfahre meine Rolle in der Welt, ich erfahre, wie sehr ich von der Ungleichheit der Welt profitiere, welches relativ schöne Leben ich führe. Ich erfahre, dass die Lebenschancen zum Großteil durch die geopolitische Situation bestimmt werden, in der ich

mich ohne mein Zutun befinde, meine privilegierte Situation also unverschuldet – oder unverdient – ist. Migration bringt die Kontingenz meiner eigenen Privilegiertheit ins Spiel. Das Moment der Bedrohung ist also nicht nur materiell, sondern hat diese stark affektiv-symbolische Seite.

Eine paradoxe Wut auf das Leiden Anderer

Das Bedrohungsgefühl könnte durch die Infragestellung der Privilegienverhältnisse thematisiert werden. Aber die derzeit zu erlebende Reaktion ist das Gegenteil, ist diese allgegenwärtige Gewalt und die paradoxe Wut auf die Leiden Anderer. Wir, die wir geopolitisch privilegiert sind, verzeihen den Flüchtlingen, dem ›Abfall der Weltordnung‹, wie der Soziologe Zygmunt Bauman es formuliert hat, - eine Ordnung, die nicht unwesentlich von westlichen Akteuren und Instanzen errichtet wurde und von der der Westen unermesslich profitiert -, wir verzeihen den Flüchtlingen nicht, dass sie leiden und uns mit ihrem Leid in den gut eingerichteten Vierteln unseres Wohlstands im wahrsten Sinne zu Leibe rücken. Deshalb müssen sie dämonisiert, herabgewürdigt und letztlich entmenschlicht werden.

›Unsere bedrohte Identität‹ ist ein beliebtes Bild mit einer offenbar sehr großen Mobilisierungswirkung. Was ist diese Identität?

Identität ist ein Phänomen der Macht. Die Behauptung, identisch zu sein, kohärent zu sein, ist eine Behauptung, die, soll sie funktionieren, in vielfältiger Weise die Ausübung von Macht benötigt. Sie basiert auf Formen der Selbstbemächtigung. Wenn in der Identitätsbeanspruchung auch noch Superiorität eine Rolle spielt, dann wird auch das zweite Moment dieses Machtspiels deutlich: Für die Behauptung meiner eigenen Superiorität benötige ich die Inferiorität der Anderen.

In diese Identitätsspiele ist immer diese symbolische Machtdimension eingeschrieben. Macht und Dominanz kommen zu Identität nicht dazu, sondern sind Konstitute von Identität, vor allem jener selbstaufwertenden Identität, die das westliche Denken so prägt. Im Zusammenhang mit den Diskursen zur Gefährlichkeit der Geflüchteten – Terrorismus, Sexualität – kann man dies wunderbar beobachten. Europa befindet sich aus mehreren Gründen in einer grundlegenden Krise und inszeniert sich unter Ausblendung, oder sagen wir lieber im Spiegel der Toten im Mit-

telmeer, die dort ihr Leben als direkte Folge europäischer Grenzpolitik verloren haben, als Ort des auserwählten Guten, der Werte, als Hort der Geschlechteregalität, zynischerweise der Menschenrechte und im Lichte und Spiegel einer ausgeprägten und zunehmenden sozialen Ungleichheit doppelzünftig als Raum der Gerechtigkeit. Für diese Inszenierung brauchen wir die Anderen, ihre Hässlichkeit, ihre Gefährlichkeit, ihre Unzivilisiertheit. Auch deshalb wird so intensiv und ausgiebig über Geflüchtete gesprochen – ein wunderbares Feld der Krisenbewältigung.

Deutschland tut sich besonders schwer, Rassismus zu thematisieren, heißt es. Woran liegt das?

Die Gründung der Bundesrepublik war von dem Versuch gekennzeichnet, in der Proklamation eines Neuanfangs die nationalsozialistische Vergangenheit hinter sich zu lassen. Rassismus als Diagnose gegenwärtiger Verhältnisse war in Deutschland ab der Stunde Null lange Zeit wenig aushaltbar. Dies wirkt nach wie vor. Jüngst zeigte sich dies in der öffentlichen Debatte um rassistische Sprache und Muster in Kinderbüchern und noch viel mehr in der Heftigkeit, in der darauf reagiert wurde, dass es sich um strukturellen und institutionalisierten Rassismus handele, der im Laufe der Ermittlungen zu den Morden durch den NSU deutlich wurde. Der Hinweis darauf, es handele sich möglicherweise um rassistische Vorkommnisse, an denen öffentliche Institutionen und Akteure beteiligt sind, stößt besonders in Deutschland sehr schnell, zuweilen automatisiert auf Zurückweisung. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Geschichte hat der Rassismuskritik zu einem abwehrenden Umgang mit rassistischer Gewalt geführt, der zugespitzt dem Muster folgt, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Zugleich wird im kritischen Sprechen über Rassismus Deutschland gelegentlich zu einem kulturell homogenen Raum, der sich von anderen Räumen unterscheidet. Hier wäre ich vorsichtig. Rassismus ist eine Logik der Identitätsbehauptungen, also muss Rassismuskritik sehr wachsam sein, nicht in diese Falle zu tapen.

Menschenrechtsdiskurs und Rassismus

Man tut sich eben nicht nur in Deutschland schwer, Rassismus zu thematisieren. Man tut sich unter Bedingungen eines rhetorischen universalis-

tischen Menschenrechtsdiskurses, der Diskriminierungs- und Herabwürdigungsverbote artikuliert, paradoxerweise allgemein schwer, Rassismus anzuerkennen, weil die Anerkennung, ja selbst die Inmöglichsstellung von Rassismus zu einer grundlegenden Legitimationskrise führt. Das ist eine generelle Paradoxie: Dass die Behauptung von universellen Formen von Gerechtigkeit mit einer verminderten Sensibilität für das Gegenteil verbunden ist, weil dies in der Programmatik schwer darzustellen ist.

Eine weitere Relativierung: Unter den gegenwärtigen Bedingungen haben wir ein was die biographischen Zusammenhänge, die geopolitischen Verweise, was die Erinnerungskulturen angeht, die in diese Imagination Deutschland eingebracht werden, ein so plurales Deutschland, dass eine Monogeschichte Deutschlands selbst in kritischer Absicht problematisch wird.

Es ist also nicht hilfreich, von einem ›deutschen Sonderweg‹ zu sprechen. Die Schwierigkeiten, über Rassismus zu sprechen, sind immer innerhalb ihrer Kontexte zu klären. In der Analogie zum Diktum der Rassismustheorie, dass es nicht einen Rassismus, sondern viele Rassismen gibt, könnte man sagen: Es gibt viele kontextspezifische, auch mikrokontextspezifische Schwierigkeiten in der Thematisierung von Rassismus.

Eines aber ist doch bemerkenswert: die unerwartet breite Solidarität mit den Geflüchteten in Deutschland ...

Ist das Solidarität? Ich würde eher von Barmherzigkeit reden. Fokussiert wird – auch in der wissenschaftlichen Reflexion, zum Beispiel in der Pädagogik – auf die Zielgruppe, ›die Geflüchteten‹, denen Hilfe und Integrationsunterstützung angeboten wird. Dieses doppelte Manöver – man fokussiert die Zielgruppe der Anderen und versucht, sie in einen imaginierten nationalen Zusammenhang einzugliedern – ist in seiner Einseitigkeit hochproblematisch. Im ärgsten Ergebnis führt es zu einer Entmündigung des Anderen und zur Stabilisierung des Privilegierten, der lernt, besser mit der eigenen Privilegiertheit umzugehen, sie besser in Worte zu fassen, noch effektiver seine Betroffenheit zu kultivieren.

Solidarität statt Barmherzigkeit

Die Alternative wäre die Ermöglichung von Bildungs- und Lernprozessen, die diese Zielgruppenorientierung transzendieren, die allgemeiner

Natur sind und die globale Ungleichheit als Thema aufrufen, das alle etwas angeht, von dem alle angegangen worden sein sollten. Das würde ich Solidarität nennen. Solidarität in der Weltgesellschaft ist eine Solidarität unter Unverschwisterten, eine Solidarität, die nicht mehr im Modell von Gemeinschaft – wie traditionelle Gewerkschaften oder die Idee der Nation – ausbuchstabiert wird, sondern sich auf Andere bezieht, mit denen ich zwar in einem praktischen Zusammenhang stehe – etwa über mein Hemd mit der Näherin in Bangladesch –, die aber geografisch oder kulturell-sozial weit entfernt sind. Wie können wir hier in Europa gut leben, ohne dass dafür Kinder und Frauen in Bangladesch unter erbärmlichsten Bedingungen arbeiten müssen? Meines Erachtens ist das die ethische Frage des 21. Jahrhunderts.

Das ist mehr und anderes als jene Barmherzigkeit, die in Deutschland als eine Art nationaler Selbstgenuss im Sommermärchen der Barmherzigkeit 2015 gefeiert wurde. Solidarität ist mehr und anderes, da es den Anderen auch als politisches Subjekt anerkennt, das für sich sprechen kann und darf.

Grundlage für Solidarität generell ist in meinem Verständnis das Erkennen von gemeinsamem Interesse. Wenn ich aber mein T-Shirt nicht mehr für 7,99 € bekomme, sondern 20 € dafür zahlen soll, verletzt das zunächst einmal mein Interesse. Wie schafft man es dennoch, diese >Solidarität unter Unverschwisterten< aufzubauen?

Die Relevanz gemeinsamer Interessen und der Umstand, dass ich Interessen, die Andere und ich teilen oder teilen könnten, in Rechnung stelle für mein Handeln, funktioniert nur dann, wenn ich erkannt habe, dass mich der Andere etwas angeht. Das ist eine Art zirkuläre Figur, aus der wir nicht herauskommen. In dem Moment, wo der Andere mich nichts angeht, kann ich meine Interessen totalisieren. In dem Moment, wo die Andere mich nichts angeht, ist es unmöglich, eine Solidarität unter Unvertrauten aufzubauen.

Hier spätestens kommt also Pädagogik ins Spiel. Deren Maximen und Leitlinien sind heute ausgerichtet auf die Ausbildung von als Humankapital tauglichen Subjekten, die der mehr und mehr total werdenden ökonomistischen Logik dienlich sind. Diese können, ja dürfen eine Bezugnahme auf Andere letztlich auch nur instrumentell entwickeln.

Es bräuchte eine andere Pädagogik, eine, die dem materiellen und identitären Paradigma nicht verhaftet ist, die sich zum Anliegen macht, wie es etwa Hartmut von Hentig formuliert, dass Menschen lernen, Menschliches von Unmenschlichem zu unterscheiden, dass sie ein Sensorium entwickeln für das Leid des Anderen, aber auch für die Genussfähigkeit der anderen Person. Wie können wir in der global relativ privilegierten Region Mitteleuropas leben angesichts des Leidens, der massiven Entrechtungs- und Missachtungserfahrungen in vielen Teilen der Welt, deren Situation nicht unmaßgeblich auch mit europäischer Ökologie-, Ökonomie- und Rüstungspolitik verknüpft ist? Was geht mich der Andere an? Diese zentralen Fragen von Bildung in der Migrationsgesellschaft, die in Zeiten von PISA und dem Deutsch-lern-Wahn keine große Rolle spielen dürfen, gehören ins Zentrum von Bildung.

Aber Vorstellungen von einer anderen, ganzheitlichen Pädagogik, wie sie Hartmut von Hentig und andere entworfen haben, konnten sich nicht durchsetzen, sondern sind – um es schlicht zu sagen – an den übermächtigen Interessen der Ökonomie an verwertbarer Arbeitskraft gescheitert. Warum sollen heute die Chancen für diese paradigmatische Neuausrichtung besser sein als in den reformgerigteren 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts?

Der Kampf um die prinzipielle Ausrichtung von Bildung wird heute unter den Bedingungen der Krise einer Hegemonie geführt. Die Krise besteht in vielfältigen Momenten. Mehr und mehr sickert etwa in das Bewusstsein der Menschen ein, dass sie ein falsches Leben führen. Man fühlt sich entfremdet, im Burnout, und fragt sich »Wozu mache ich das eigentlich?«. In dieser Hilflosigkeit, aus dem Hamsterrad herauszukommen, und in anderen mehr und mehr bedrückten Lebensformen artikuliert sich in einer zuweilen sehr undifferenzierten Art und Weise Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Das sind kleine Beispiele für die Krisenhaftigkeit, die mit der Totalisierung kapitalistischer Logik entsteht. In dem Moment, in dem es nicht mehr das Äußere des Kapitalismus gibt, steigt seine Krisenhaftigkeit.

Für eine andere Pädagogik

Die globalen Verflechtungen sind nicht abstrakt, wir sind konfrontiert mit praktischen Verweisen auf diese Zusammenhänge, sie werden leib-

lich spürbar. Diese Erfahrungen zu thematisieren, dafür eine Sprache zu finden, ist eine pädagogische Aufgabe und kann in Lern- und Bildungsräumen gelingen. Lernen heißt, sich eine andere Praxis über Einübung anzueignen. Lernen ist nicht beschränkt auf die Anhäufung von Wissen. Ich will das Informiertsein und das Wissen nicht aus den Köpfen austreiben. Das ist eine wichtige, aber nicht allein ausreichende Dimension. Es geht auch um die Dimension des Affektiven. Die Furcht, die sich etwa im Umgang mit Migration artikuliert, zeigt uns die Bedeutsamkeit von Affekten in Lernprozessen, es geht um die Auseinandersetzung mit der Herkunft und der Angemessenheit der eigenen Gefühle und Affekte. Darum gehört eine ›migrationsgesellschaftliche Herzensbildung‹, wie ich dies nennen möchte, zum Leitbild einer neuen Pädagogik dazu.

Wo sind Orte, an denen Lernprozesse in Ihrem Sinne stattfinden?

Als reflexiver Pädagoge, der zu sein ich mich bemühe, muss ich immer vor der Gefahr der Pädagogisierung gesellschaftlicher Verhältnisse warnen. Mein pädagogischer Ansatz ist darum ein doppelter: Ich bin überzeugt, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse durch pädagogische Arbeit beeinflussen lassen – und zugleich warne ich davor, gesellschaftliche Veränderungen auf die Organisation von Lernprozessen zu reduzieren.

Enden wir also positiv. Es gibt unendlich viele Orte des Lernens. Beispielsweise in politischen Bewegungen, die von Geflüchteten mitgetragen werden, maßgeblich mitorganisiert werden, in denen unterschiedlich positionierte Menschen eine gemeinsame, nicht definatorisch festgezurrte Idee des guten Lebens entwickeln und verfolgen. Mit Blick auf die Universität erlebe ich, dass viele Studierende aufgewühlt und angefixt sind durch die globale Situation und sich in einer intensiven Art und Weise damit auseinandersetzen, und das heißt immer auch mit ihrer eigenen Position, so wie sie ist und so wie sie sein sollte. Dort, wo diese kollektiven Auseinandersetzungen offen stattfinden, entstehen und gelten interessante neue Lernräume.

(Das Interview fand statt am 10.3.2017).

Empfehlungen zum Weiterlesen

María do Mar Castro Varela/Paul Mecheril (2016): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld: transcript.

Sabine Hark/Paula-Irene Villa (2017): Unterscheiden und Herrschen. Bielefeld: transcript.

Fatima El-Tayeb (2016): Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigran-tischen Gesellschaft. Bielefeld: transcript

Zygmunt Bauman (2005): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Ham-burger Edition.

Eine neue soziale Bewegung?

Ulrike Hamann, Berliner Migrationsforscherin und Aktivistin im Kampf um Wohnraum, zu den politischen Lernprozessen in der Willkommensbewegung und darüber, warum sich die Linke diesen Initiativen mit Demut nähern sollte.

Günter Piening: Sie haben in Ihrer Forschung das Entstehen und den Charakter der Willkommensinitiativen mit Schwerpunkt Berlin, Brandenburg und Sachsen untersucht.¹ Handelt es sich dabei, ein wenig schlicht gesprochen, eher um eine karitative oder um eine politische Bewegung?

Ulrike Hamann: Es gibt seit langer Zeit Solidarität mit Geflüchteten. Früher, in den Neunzigern, haben die Initiativen die Auseinandersetzung mit dem Grenzregime aus einer starken politischen Motivation geführt. Aber es gab auch immer lokale, eher karitativ arbeitende Gruppen. Wie schnell 2015 die vielen neuen Initiativen entstanden und handlungsfähig wurden, war aber für viele überraschend.

Man muss jedoch, wenn man ihren Charakter einschätzen will, die Ebenen, auf denen sie wirken, unterscheiden. Das sind die gesellschaftliche, die kommunale und die persönliche Ebene.

Die neuen Initiativen repräsentieren nach wie vor ein breites Spektrum. Aber der Anteil der mehr aus den bürgerlichen Schichten kommenden, vorher nicht politisch engagierten Menschen ist deutlich gestiegen. In einer repräsentativen Studie² wurde festgestellt, dass sich 15,6 Prozent der Gesamtbevölkerung mit Hochschulabschluss engagieren, hingegen nur 5,6 Prozent mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss. Man kann

1 Ulrike Hamann, Serhat Karakayalı, Mira Wallis, Leif Jannis Höfle (2016): Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Berlin.

2 Die Daten sind entnommen den beiden Untersuchungen: Petra Angela Ahrens (2017): Skepsis und Zuversicht. Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland; sowie: Karakayalı, Serhat/Kleist, Olaf J. (2016): Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht. Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.

diese Zahlen damit erklären, dass höher Gebildete womöglich ein stärker ausgeprägtes Verständnis von gesellschaftlicher Teilhabe haben, aber es stellt sich gleichwohl die Frage, inwieweit die Strukturen offen sind für Menschen ohne Hochschulabschluss und wie sie stärker in das Engagement eingebunden werden können. Der Anteil von Engagierten mit Migrationshintergrund von 24 Prozent liegt über dem gesellschaftlichen Durchschnitt und zeigt, dass sich die Migrationserfahrung auf die Bereitschaft zur Solidarität positiv auswirkt.

Insgesamt hat sich jede*r zehnte Bundesbürger*in auf die eine oder andere Weise engagiert, das ist eine beachtliche Zahl. Dabei hat nicht nur die Berichterstattung über Krieg und Flucht und das Sterben im Mittelmeer viele aktiviert, sondern auch das Bedürfnis, Gesellschaft gestalten zu wollen (97 Prozent). Dazu kam, gerade in ostdeutschen Kommunen, der Wunsch, den rechten Parolen und der Anti-Einwanderungsstimmung etwas entgegenzusetzen – etwa 90 Prozent der Engagierten sehen in ihrer Tätigkeit eine Stellungnahme gegen Rassismus. Die Praxis der Willkommensbündnisse hat bis Ende 2015 den Diskurs um Einwanderung und Flucht stark verändert und beinahe ein Selbstverständnis der offenen solidarischen Gesellschaft etabliert. Auch als der Medienhype nachließ und nach den Kölner Ereignissen zu Silvester 2015 die Stimmung endgültig kippte, ließ das Engagement kaum nach. Die Initiativen haben sich davon nicht beeinflussen lassen. Ungeachtet des anhaltenden Engagements konnten die Initiativen allerdings dem Diskurswechsel ›nach Köln‹ nichts entgegenzusetzen und sie haben ihre Arbeit im gesellschaftlich unsichtbaren Bereich fortgesetzt. Ihre Stärke der guten lokalen Verankerung ist gesamtgesellschaftlich gesehen gleichzeitig ihre Schwäche, weil sie über eine lokale Hegemonie nicht hinauskommen.

Politisch sind die Initiativen nicht in einem festen Raster zu verorten. Sie sind zu einem hohen Grad selbstorganisiert. Alle zeichnen sich durch ein sehr pragmatisches Gespür für ihre Arbeit aus. Die Initiativen betrachten sich nicht im klassisch linken Sinne als ›autonom‹ – als unabhängig vom Staat –, sondern sind sehr daran interessiert, mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten.

Welche Vorstellungen von Einwanderung, von heterogener Gesellschaft, prägt diese Gruppen? Sind es mehr Assimilierungsbilder oder – wenn man so will – postmigrantische?

Die Bewegung ist selbst sehr heterogen, abhängig von den lokalen Gegebenheiten. Heterogenität wird positiv aufgenommen, man geht mit einer großen Neugier in die Begegnung mit Geflüchteten und anderen Engagierten. Das wird immer wieder betont – 94 Prozent haben Interesse an anderen Kulturen und wollen mehr über die Welt erfahren und 92 Prozent betonen, dass ihnen die offene Gesellschaft und der soziale Zusammenhalt wichtig sind. Gerade die Engagierten, die keine oder wenig Erfahrung mit Migration hatten – etwa in ostdeutschen Kommunen –, sind unheimlich neugierig und erleben einen neuen Umgang mit Differenz, wodurch sie lernen, auch eigene Defizite zu erkennen. So berichteten in unserer bundesweiten Befragung von Koordinator*innen der ehrenamtlich Engagierten diese von einer starken Nachfrage von Weiterbildungsangeboten für interkulturelle Bildung.

In der Mittler*innen-Position

Nichtsdestotrotz sehen sich viele Engagierte in einer Mittler*innen-Position, in der sie sich die Aufgabe zuschreiben, die für die deutsche Gesellschaft nach ihrer Ansicht relevanten Werte zu vermitteln. Dabei wird beispielsweise viel über Geschlechtervorstellungen von Geflüchteten nachgedacht und häufig eine Differenz unterstellt. Dementsprechend sind dann auch Überraschungsmomente groß, wenn die vorherrschenden Vorurteile durch Geflüchtete nicht bestätigt werden.

Es gibt also beides. Es gibt die Haltung »Wir müssen ›unsere‹ Werte weitergeben, die diese Gesellschaft ausmachen« und gleichzeitig werden die eigenen Werte hinterfragt, interessiert man sich dafür, wie andere mit Situationen umgehen. Es ist im besten Sinne ein äußerst dynamisches Feld der Verhandlung von Differenz, das, so würde ich es vorsichtig optimistisch ausdrücken, Teil der postmigrantischen Gesellschaft ist, solange es offen für den Irrtum bleibt und nicht versucht, eine dominante Wir-Erzählung zu erzeugen.

Der Eindruck eines die Initiativen prägenden Paternalismus ist also falsch?

Natürlich gibt es das. Wie soll es auch anders sein, denn alle Engagierten sind Teil dieser Gesellschaft, die geprägt ist von Kolonialismus und Ras-

sismus. Aber der Umgang mit Geflüchteten bringt Irritationen, zwingt zur Reflexion der eigenen Standards. Viele Unterstützer*innen kommen aus einem eher bildungsbürgerlichem Milieu und erfahren – womöglich zum ersten Mal in ihrem Leben – was strukturelle Diskriminierung bedeutet und was Menschen, die nicht so gut gestellt sind wie sie selbst, in den Institutionen erleben. Das heißt noch nicht, dass eine Kritik an strukturellem Rassismus artikuliert wird, aber die Ansätze sind da. Eine Begleiterscheinung des Paternalismus ist ja auch eine Erwartung von Dankbarkeit von den Geflüchteten gegenüber den >Helfenden<. Interessanterweise ist diese Erwartungshaltung unter den unter 30-Jährigen viel stärker verbreitet (64 Prozent), als unter den über 60-Jährigen (39 Prozent), denen man kulturell vielleicht noch eher einen Hang zum Paternalismus unterstellen würde.

Wird der Begriff der >Integration< kritisch reflektiert?

Integration – klar, den Begriff gebrauchen alle, weil er Teil des Diskurses über Migration und Flucht ist. Aber die Vorstellung, was sich dahinter verbirgt, verändert sich. Es entsteht eine Idee davon, dass sich die Gesellschaft ändern muss und dass sie selbst als Subjekte Teil dieser Veränderung sind. Es gibt nicht immer eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff an sich, aber es gibt eine veränderte Vorstellung davon, was >Ankommen< heißen kann und wer welche Aufgaben übernehmen muss. Integration wird also nicht als Einbahnstraße und auch nicht mehr als einseitiger Imperativ wahrgenommen.

Solche positiven Einschätzungen über die Lernprozesse in der Willkommenskultur gerade auch in Ostdeutschland höre ich immer wieder. Aber wo finde ich dies im öffentlichen Diskurs? Der läuft doch genau in die gegenteilige Richtung ...

Dieser Diskursverschiebung hin zu einer negativ geprägten Diskussion über Einwanderung haben diese Initiativen wenig entgegengesetzt. Das hat auch uns überrascht, dass es kaum Öffentlichkeitsarbeit gab, kein Bedürfnis, sich öffentlich zu äußern. Ich habe danach in den Interviews gefragt. Fehlende Zeit, fehlende Ressourcen werden als Ursachen angegeben. Viele gehen in der Eins-zu-Eins-Betreuung auf und erfahren das

persönlich als sehr positiv. Es scheint die Kraft oder das Interesse zu fehlen, diese Erfahrung nach außen zu tragen.

Wenig Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit

Gerade in Ostdeutschland sehen viele Aktive ihre Arbeit als direkte und konkrete Antwort auf AfD und Pegida. Eine Ehrenamtliche in Dresden drückte das in etwa so aus: »Ich wohne an dem Platz, an dem sich Pegida jeden Montag versammelt. Die Ohnmacht, ihnen dabei zusehen zu müssen und nicht genug Gegendemonstranten mobilisieren zu können, hat mich im wahrsten Sinne des Wortes krank gemacht. Um diese Ohnmacht zu überwinden, habe ich begonnen, mich für Geflüchtete zu engagieren. Ich wollte nicht nur *gegen* etwas sein, sondern auch *für* etwas aktiv werden.« Die Engagierten, die wir in Dresden interviewt haben, organisieren Begegnungsräume, lernen Geflüchtete kennen und fangen an, das als wohltuend zu empfinden. Das heißt, es passiert wenig Auseinandersetzung im öffentlichen Raum, sondern es geschieht auf eine bestimmte Weise ein Rückzug in selbstgeschaffene halbprivate Wohlfühl-Räume. Das ist unter den lokalen Gegebenheiten nachvollziehbar, aber im gesamtgesellschaftlichen Rahmen erschreckend, wenn Solidarität und Unterstützung nicht mehr in der Öffentlichkeit sichtbar werden können, aus Angst vor rechter Hegemonie. Auch Geflüchtete haben uns in Dresden berichtet, dass sie den öffentlichen Raum in der Innenstadt an Montagen, also wenn Pegida sich trifft, meiden. Ich finde das ist ein inakzeptabler Zustand, dass der öffentliche Raum so stark von rechts besetzt ist, dass er aus Angst vor Gewalt nicht von allen genutzt werden kann.

In vielen Analysen wird die Willkommensbewegung als neue soziale Bewegung mit großem Transformationspotenzial gehypt. Ist das gerechtfertigt?

Ich würde das noch nicht als soziale Bewegung bezeichnen. Mit solchen Projektionen muss man vorsichtig umgehen. Soziale Bewegungen formulieren Forderungen nach politischer und sozialer Teilhabe. In diesem Sinne gibt es unter den vielfältigen regionalen Initiativen keine Verständigung. Es gibt gewisse Vernetzungsversuche, aber letztlich wirken die Initiativen vor Ort. Nicht mehr aber auch nicht weniger. Sie nehmen eine bestimmte Funktion wahr und verhindern teilweise ein Kippen der

Stimmung vor Ort. Viele Aktive wollen gar nicht darüber hinausgehen, es sind eben überwiegend Bürger*innen, die Gutes tun wollen, das ist noch keine politische Bewegung.

Wachsendes Bewusstsein über Diskriminierung

Allerdings gibt es in einigen Bereichen ein wachsendes Bewusstsein für drei gesellschaftliche Fragen. Das ist zum einen die soziale Frage, wo zumindest eine Sensibilität gerade auch unter den besser Gebildeten dafür entsteht, welcher strukturellen Diskriminierung man im deutschen Sozialsystem ausgesetzt ist, wenn man auf Transferleistungen angewiesen ist. Diese Sensibilität kann weiter gefördert werden, denn gleichwohl scheint mir das Interesse für sozial Abgehängte, die nicht geflüchtet sind – ob mit oder ohne Migrationserfahrung – in den Initiativen relativ gering zu sein. Zum zweiten gibt es eine deutliche Haltung für die offene Gesellschaft, in der sicherlich noch immer Paternalismus und Rassismus zu finden ist, wo allerdings auch gleichermaßen Auseinandersetzungen und Lernprozesse stattfinden. Zum dritten gibt es durch die Begegnung der Engagierten mit Menschen mit Fluchterfahrung eine Auseinandersetzung mit dem Grenzregime und der Asylpolitik. Dadurch entsteht keine eindeutige Forderung nach offenen Grenzen für alle, aber ein Wissen um die Gewalt und Gefährlichkeit des aktuellen Grenzregimes. Eine Bildungsarbeit, die die Initiativen dort abholt, wo sie stehen und gemeinsam mit Geflüchteten die Erfahrungen auf den Fluchtrouten systematisch analysiert und daraus Forderungen entwickelt, kann ganz konkrete politische Solidarisierungen erreichen.

Die Bewegung, die sich entlang der Fluchtrouten und der Grenzen organisiert hat, ist sicher politischer. Aber auch die vor Ort ehrenamtlich Engagierten haben ihre Auseinandersetzung mit dem Grenzregime. Sie hören die Geschichten, die Geflüchtete mitbringen, sie fiebern mit, wenn Familienmitglieder noch auf der Fluchtroute sind, sie wehren sich gegen Abschiebungen. Diese Art politische Bildung im Kleinen, selbstständig, nicht organisiert, passiert durch die Geflüchteten selbst.

Können solche politischen Lernprozesse von außen gefördert werden?

Neben praktischen Fragen, die mit Ressourcen zusammenhängen, braucht es Räume, in denen die verschiedenen Erfahrungen der Engagierten

gierten und Geflüchteten reflektiert werden. Hier wären unter anderem die politischen Stiftungen gefordert.

Dabei ist aber wesentlich, wie sich Stiftungen, Parteien und außerparlamentarische Linke ins Verhältnis zu so einer Bewegung setzen. Häufig steht am Anfang die Frage: »Wie kann man diese Menschen politisieren?«. Das kenne ich aus der mietenpolitischen Bewegung: »Nachbarn politisieren!« In diesem Ansatz schwingt eine gewisse Arroganz mit, wenn das Gegenüber nicht als politisches Subjekt erkannt wird, das eigene Erfahrungen hat und aus einem Alltagsbewusstsein eine Analyse der Verhältnisse entwickelt hat, das seine Erfahrung mit Politik, Verwaltung, Ausgrenzung und Inklusion gemacht hat. Es stellt sich hier eher die Frage, welche gemeinsame Sprache entwickelt wird, um Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und soziale Widersprüche zu benennen und zu kritisieren.

Denn auch wenn den meisten Initiativen ein Bewusstsein für ihren eigenen politischen Impact fehlt: Im Lokalen setzen sie sich stark damit auseinander, was passiert, wenn die Rechten stärker werden, wenn rechte Argumente plötzlich die Kommune spalten. Das Politische ist damit diesen Initiativen inhärent. Sie haben Gegenstrategien entwickelt in einer direkten Konfrontation mit rassistischen Argumenten. Von diesen konkreten Erfahrungen über politische Auseinandersetzung unter großem Druck können auch Linke viel lernen, wenn wir uns dazu ins Verhältnis setzen ohne zu belehren.

Ein wichtiger Aspekt in einem solchen Lernprozess wäre für mich das In-Beziehung-Setzen, bzw. die Verknüpfung mit anderen Auseinandersetzungen – z.B. um Wohnung oder für Bürgerrechte für alle. Welche Ansätze sehen Sie hier?

Das ist eine große Lücke. Die meisten Menschen in diesen Initiativen haben relativ wenig Bezug zu den Kämpfen der Geflüchteten wie auch zu anderen sozialen Kämpfen. Man sieht das selbst in Berlin. Die mietenpolitische Bewegung z.B. hat sich geöffnet für die Fragen der Geflüchteten und – teilweise gemeinsam mit Geflüchteten – die Wohnraumversorgung für Geflüchtete mit in ihre Forderungen und politischen Praktiken aufgenommen. Die Willkommensinitiativen sind da außen vor geblieben, selbst jene, die sich mit der Wohnraumversorgung von Geflüch-

teten beschäftigen. Die Möglichkeit, die dramatische Unterversorgung mit Wohnraum für Transferleistungsempfänger*innen insgesamt zu thematisieren, wurde nur selten genutzt.

Grenzen des Engagements

Dabei sind die Felder, in denen sich die Initiativen bewegen, identisch. Etwa die Folgen des Abbaus des Sozialstaats und die Auseinandersetzung damit, dass Initiativen größtenteils Arbeit machen, die eigentlich Aufgabe des Staates sind, oder auch die Auseinandersetzung mit Genderrollen in der Carearbeit. Solche Verknüpfungen kommen nicht von selbst, die müssen initiiert werden.

Aber wir müssen auch fragen: Mit welchem Recht verlangen wir dieses Mehr ...? Nehmen wir *Moabit hilft*, die Initiative, die nach dem vollkommenen Versagen staatlicher Institutionen in Berlin die Aufnahme von Geflüchteten organisiert hat. Sie müssen sich nicht um die allgemeine Wohnungspolitik kümmern, und sie können es auch nicht, weil sie mit der alltäglichen Arbeit zu 150 Prozent ausgelastet sind.

Zusammenfassend: Hat die Willkommensbewegung eine starke transformatorische Kraft?

Das wird sich zeigen, das können wir vielleicht in fünf Jahren beantworten. Für mich gehört das, was derzeit lokal passiert, zur Etablierung der postmigrantischen Gesellschaft – die Auseinandersetzung mit Heterogenität im Alltäglichen, die Auseinandersetzung mit Rassismus und mit eigenen Positionierungen. Es gibt ein erhöhtes Potenzial an Erfahrung, was die Gesellschaft von morgen sein wird.

Das sind Fragen an die Menschen, die politisch gestalten wollen. Wie können die Erfahrungen systematisiert werden, gemeinsame Forderungen entstehen? Wenn man so will: Das transformatorische Potenzial liegt in diesen Alltagserfahrungen in ganz neuen, bisher von Konflikten der postmigrantischen Gesellschaft ziemlich unberührt gebliebenen Teilen der Gesellschaft. Da werden Alltagserfahrungen und Wissen akkumuliert, die Grundlage für eine erhebliche Qualifizierung eines transformatorischen Projekts sein können.

Dabei geht es auch um die Anerkennung ihrer Arbeit und der Bedeutung für die Demokratisierung dieser Gesellschaft. Voraussetzung für

diesen Austausch ist es jedoch, den Initiativen mit Offenheit und einer gewissen Neugier zu begegnen. Man muss sie da abholen, wo sie gerade stehen. Was man nicht verlangen kann, ist, dass sie sich zu allen anderen sozialen Kämpfen ins Verhältnis setzen. Das führt nicht weit.

(Das Interview fand statt am 11.1.2017)

Empfehlungen zum Weiterlesen

Ulrike Hamann, Serhat Karakayali (2016): Practicing Willkommenskultur: Migration and Solidarity in Germany, *Intersections*. In: *East European Journal of Society and Politics*, 2 (4): 69-86. [<http://intersections.tk.mta.hu/index.php/intersections/article/view/296>]

Ahrens, P. A. (2015): Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Sozialwissenschaftliches Institut. Dezember 17, Hannover. [https://www.ekd.de/download/20151221_si-studie-fluechtlinge.pdf Accessed: 25-12-2016]

Rudolf Speth, Elke Becker (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. *Opusculum 92*. Berlin: Maecenata Institut.

Ulrike Hamann, Serhat Karakayali, LeifJannis Höfler, Laura Lambert, Leoni Meyer/Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (2017): Pionierinnen der Willkommenskultur. Strukturen und Motive des Engagements für Geflüchtete. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. [https://www.bim-fluchtcluster.hu-berlin.de/de/5-pionierinnen-der-willkommengesellschaft/forschungsbericht_pionierinnen-der-willkommengesellschaft/at_download/file]

Bürgerrechte statt Ausschluss

Rainer Bauböck, Politikwissenschaftler und Mit-Koordinator des European Union Democracy Observatory on Citizenship, zu Grenzen des Weltbürgertums, zur Notwendigkeit neuer Konzepte von europäischer Bürgerschaft und zur Frage, warum in Zeiten des Neoliberalismus ein Wirbelsturm Staatenlose hinterlässt.

Günter Piening: Was umfasst das »Recht, Rechte zu haben« heute, vor dem Hintergrund globaler Migrationsbewegungen, aber auch vor dem Hintergrund des sozialen Abstiegs und der Marginalisierung großer Teile der autochthonen Bevölkerung?

Rainer Bauböck: In ihrem Buch über die Ursprünge totalitärer Herrschaft hat Hannah Arendt 1951 Staatsbürgerschaft als das »Recht, Rechte zu haben« bezeichnet. Sie wies damals darauf hin, dass die Nazis den deutschen Juden*Jüdinnen erst die Staatsbürgerschaft entzogen, bevor sie sie ausrotteten. In Arendts Sicht waren allgemeine Menschenrechte ein leeres Versprechen für jene, die von keinem Staat als Staatsbürger*innen anerkannt wurden. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg fand dieses Argument viel Aufmerksamkeit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte deklarierte schon 1948 ein Recht auf Staatsangehörigkeit. Staatenlosigkeit ist noch immer ein gravierendes Problem, aber die meisten Migrant*innen besitzen ja die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes. Ein Recht auf Einbürgerung ist im Völkerrecht jedoch nur ganz schwach entwickelt – und im Wesentlichen reduziert auf ein Diskriminierungsverbot aufgrund rassischer, ethnischer oder religiöser Kriterien.

Das Recht, in zwei Staaten Rechte zu haben

Internationale Migrant*innen, die sich auf längere Zeit in einem anderen Staat niederlassen, haben aber in der Regel starke Bindungen sowohl an das Herkunfts-, als auch das Aufnahmeland. Um ihre Lebenspläne zu realisieren, brauchen sie das »Recht, in zwei Staaten Rechte zu haben«, einschließlich des Rechts auf Mobilität zwischen diesen. Nur der Zugang zur Doppelstaatsbürgerschaft sichert diese. Was aus der Sicht

der einheimischen Bevölkerung wie ein ungerechtfertigtes Privileg erscheint, ist nichts anderes als die Berücksichtigung der Tatsache, dass Migrant*innen – im Unterschied zu sesshaften Bürger*innen – in transnationalen Räumen leben und daher mehrere Staaten für den Schutz ihrer Rechte verantwortlich sind.

Die überwiegende Mehrzahl der Herkunftsstaaten toleriert inzwischen Doppelstaatsbürgerschaft und auch bei Einwanderungsstaaten gibt es einen klaren Trend zur Akzeptanz. In Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Norwegen wird dagegen in diskriminierender Weise zwischen jenen unterschieden, die per Geburt Doppelstaatsbürger*innen sind oder deren Herkunftsland die Ausbürgerung verweigert, und jenen, die bei der Einbürgerung eine fremde Staatsangehörigkeit abgeben müssen.

Citizenship bedeutet allerdings mehr als Staatsangehörigkeit. Die amerikanische Soziologin Margaret Somers hat jene Afroamerikaner*innen, die 2005 im vom Hurrikan Katrina verwüsteten New Orleans von den Evakuierungsteams zurückgelassen wurden, als ›Staatenlose‹ im Sinne Arendts bezeichnet. Sie waren eine sozial so weit marginalisierte Bevölkerungsgruppe, dass sich der Staat selbst für die Rettung ihrer Menschenleben nicht mehr zuständig fühlte. Die Kombination von galoppierender sozialer Ungleichheit und Segregation, welche diese für die Mehrheitsbevölkerung unsichtbar macht, erzeugt tatsächlich eine Form der Rechtlosigkeit, welche die Legitimität staatlicher Herrschaft infrage stellt.

Selbst die Superreichen, für die fast überall die Grenzbalken geöffnet werden, müssen sich zunächst die richtigen Pässe besorgen.

Wäre eine Art Weltbürgertum eine Lösung?

Solange es ein internationales System unabhängiger Staaten gibt, kann Staatsbürgerschaft nicht durch Weltbürgerschaft ersetzt werden. Selbst die wenigen Superreichen, für die in fast allen Staaten die Grenzbalken geöffnet werden, müssen sich zunächst die richtigen Pässe besorgen. Arendt hat insofern noch immer recht: Weltbürgerschaft auf der Basis universeller Menschenrechte bleibt eine Utopie, wenn Menschen nicht als Staatsbürger*innen ihre Rechte von bestimmten Regierungen einfordern können.

Welche Folgen hat es für Gesellschaften, wenn – wie in Deutschland – rund 10 Prozent insgesamt und in den Ballungsräumen wie Berlins Innenstadtbezirken mehr als 20 Prozent der Bevölkerung langfristig von Wahlentscheidungen ausgeschlossen werden?

Unter den heutigen Umständen scheinen die Folgen dieses Ausschlusses nicht dramatisch. Die meisten dieser Menschen haben einen relativ sicheren Aufenthaltsstatus und dieser sichert ihnen weitgehende Gleichstellung bei den zivilen Freiheitsrechten und sozialen Wohlfahrtsrechten. Es gibt auch seitens der Migrant*innen keine vergleichbare Mobilisierung für das Wahlrecht, wie es sie für die Einführung des Frauenstimmrechts oder in den 1960er Jahren für die Abschaffung rassistischer Diskriminierung in amerikanischen Südstaaten gab.

Recht auf lokales Wahlrecht für alle Bewohner*innen

Anders ist die Situation auf kommunaler Ebene zu beurteilen. In Europa gibt es kommunale Wahlrechte nicht nur für EU-Bürger*innen in den anderen Mitgliedsländern, sondern in insgesamt 14 Staaten ein staatsangehörigkeitsneutrales lokales Wahlrecht für alle, die sich in einer Gemeinde niederlassen. Auch in Südamerika gibt es diese Form der kommunalen Wohnbürgerschaft in immerhin acht Staaten. Dieser demokratiepolitische Trend hat in meinen Augen gute normative Gründe. Kommunen haben offene Grenzen und keine Kompetenz in der Einwanderungspolitik. Sie sind vielmehr für die Integration hochgradig diverser Gesellschaften zuständig und müssen für alle Bewohner*innen öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitstellen. Aus der Sicht der kommunalen Selbstverwaltung ist die Unterscheidung zwischen Staatsangehörigen, EU-Bürger*innen und Drittlandsausländer*innen eine willkürliche und daher diskriminierende Kategorisierung, die ihnen von der nationalen Gesetzgebung aufgezwungen wird.

Ich plädiere für ein Mehrebenenmodell der Bürgerschaft, in dem der politische Kern von *Citizenship*, nämlich das Wahlrecht, an den Status der Mitgliedschaft gebunden bleibt. Auf staatlicher Ebene wird die Staatsbürgerschaft per Geburt oder durch Einbürgerung erworben und geht bei Auswanderung nicht verloren. Das Wahlrecht kann daher auch von Auswanderer*innen ausgeübt werden. Auf lokaler Ebene wird die Kommunalbürgerschaft dagegen durch Begründung eines Wohnsitzes

erworben und das Wahlrecht hängt daher nur von diesem ab und geht auch mit der Auswanderung aus der Gemeinde wieder verloren.

Wie kann eine europäische Citizenship so gefasst werden, dass eine neue >europäische Apartheid<, wie Balibar es nennt, verhindert wird?

Die europäische Unionsbürgerschaft ist ein historisch relativ einzigartiges Experiment, auch wenn sich in Lateinamerika heute vergleichbare Modelle mit Personenfreizügigkeit und supranationalen gewählten Parlamenten entwickeln. In meiner Sicht ist nicht die Ableitung der Unionsbürgerschaft von der Staatsbürgerschaft in einem Mitgliedsland das Problem – diese Konstruktion ist unvermeidbar für eine Staatenunion, die selbst kein Projekt des Nationenbaus verfolgt. Daraus ergibt sich auch, dass das Wahlrecht zum Europaparlament ebenso wie das Recht auf freie Einwanderung und Niederlassung in einem anderen Mitgliedsland nicht ohne Weiteres auf alle Drittstaatsangehörigen ausgeweitet werden kann. Die Union würde sich damit in Richtung auf einen gesamteuropäischen Staat bewegen, der weder in den europäischen Verträgen vorgesehen ist, noch auf ausreichende Zustimmung in der europäischen Bevölkerung stoßen würde.

Folgen von sozialem Abstieg und Verlust an Mobilität

Die wirklichen Probleme sind erstens die extrem unterschiedlichen Zugangschancen zur Unionsbürgerschaft durch die Staatsbürgerschaftsgesetze der Mitgliedsländer und zweitens das Entstehen einer Kluft zwischen mobilen und immobilen europäischen Bürger*innen, welches durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und die Initiativen der Kommission noch verstärkt wird.

Was das erste Problem betrifft, so erscheint es paradox, dass jeder Mitgliedsstaat völlig frei ist zu bestimmen, wer Unionsbürger*in wird und sich danach in allen anderen Mitgliedsstaaten niederlassen und dort Arbeit suchen darf. Eine gewisse Harmonisierung durch die Verhinderung diskriminierender Blockaden der Einbürgerung ebenso wie der Vergabe von europäischen Pässen an die entfernten Nachkommen von Auswanderer*innen in Übersee scheint geboten.

Das zweite Problem ist noch viel gravierender und droht die Union von innen her zu zerstören. Das Projekt der europäischen Integration

hat von Anfang an auf Personenfreizügigkeit und die schrittweise Erweiterung der Rechte mobiler Europäer*innen gesetzt. Bis 2004 überwogen die Klagen, dass es zu wenig Mobilität in Europa gäbe und daher auch zu wenig Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaften. Seit der Osterweiterung steigt die Mobilität, mit dem Effekt, dass die sesshafte Bevölkerung oft nicht mehr zwischen Drittstaatsmigrant*innen und mobilen Europäer*innen unterscheidet und die Unionsbürgerschaft als Bedrohung sieht und nicht als Chance begreift. Wenn es der EU nicht gelingt, eine europäische Bürgerschaft auch für jene zu entwickeln, die ihre angestammten Lebenswelten durch sozialen Abstieg und Einwanderung bedroht sehen und denen die materiellen und kulturellen Ressourcen für europäische Mobilität fehlen, dann werden diese Mehrheiten Populist*innen an die Macht bringen, die das europäische Integrationsprojekt beenden. Es braucht also, wie auch Kommissionspräsident Juncker vor Kurzem erkannt hat, eine soziale Europabürgerschaft, die nicht nur den mobilen Europäer*innen zugutekommt.

Wie weit muss Citizenship soziale Rechte, ja soziale Gleichheit umfassen?

Schon Aristoteles wusste, dass die gleichberechtigte Beteiligung am politischen Gemeinwesen nur dann möglich ist, wenn Armut durch den Staat bekämpft wird und wenn Bildung eine öffentliche Aufgabe ist. Von der griechischen Polis bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Antwort auf dieses Problem, dass dann eben jene, die von abhängiger Arbeit leben und nicht durch Steuern zum Staatseinkommen beitragen, auch keine gleichberechtigten Staatsbürger*innen sein können. Der Sozialstaat des 20. Jahrhunderts lieferte eine andere Lösung. Demokratische Partizipation für alle wurde in gewisser Weise ausgedünnt und weitgehend auf die Beteiligung an Wahlen reduziert, aber das Wahlrecht wurde dafür auf zuvor ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen ausgedehnt. Die allgemeine Schulpflicht, die allgemeine Wehrpflicht, die staatliche Armenfürsorge und Sozialversicherung sollten es ermöglichen, dass auch sozial ungleiche Bevölkerungsschichten sich dennoch als in der Demokratie Gleichberechtigte wahrnehmen können. Diese >soziale Bürgerschaft<, wie sie der britische Soziologe T. H. Marshall nannte, beseitigte nicht die durch kapitalistische Marktwirtschaft erzeugte Ungleichheit, machte sie aber durch Inklusion akzeptabel. Insofern sind soziale Rechte,

wenn auch nicht vollständige soziale Gleichheit, eine Grundbedingung für Citizenship.

Diese Grundlage wurde durch den Neoliberalismus aber ziemlich zerlegt ...

Der neoliberale Umbau des Sozialstaats hat diesen zwar nicht vollständig zerstört, aber seine Prinzipien ausgehöhlt. An die Stelle unbedingter Sozialleistungen trat die Bedarfsprüfung; das gemeinsame Grundbildungssystem für alle wurde von einem sozial segregierten Schulsystem abgelöst, in dem Bildungsprivilegien wieder hochgradig vererbbar sind; die staatlichen Gesundheitseinrichtungen werden von privaten Anbietern für qualitativ bessere Dienstleistungen konkurrenziert. Höhere Bildungs- und Einkommenschichten optieren für alternative Leistungsanbieter auf privaten Märkten; der globale Steuerwettbewerb verringert die fiskalischen Ressourcen für den Sozialstaat während die demografische Entwicklung den Bedarf gleichzeitig dramatisch erhöht. Die Folge ist, dass Sozialleistungen zunehmend weniger als Bürgerrechte verstanden werden, die gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen sollen, sondern als Instrumente der Kompensation für und Kontrolle über Bevölkerungsgruppen, die als unproduktiver Ballast gelten.

Grundsätzlich bleibt das Dilemma, dass >offenere Grenzen< und Teilhabe an den nationalen und europäischen Rechtsansprüchen in einem Spannungsverhältnis stehen, was sich vor allem an der Diskussion um die Auswirkungen der Einwanderung auf den >Wohlfahrtsstaat< zeigt. Wie kann dieser Konflikt austariert werden?

Diese beiden Ansprüche sind tatsächlich schwer mit einander zu vereinbaren. Ein inklusiver Umbau des Wohlfahrtsstaates im Sinne der sozialen Bürgerschaft könnte am ehesten durch ein unbedingtes Grundeinkommen gelingen. Damit dieses nicht zu massiven Verschlechterungen für jene führt, die heute auf Sozialversicherungsleistungen angewiesen sind, muss die Höhe eines solchen Grundeinkommens im Verhältnis zum Medianeinkommen im jeweiligen Land bestimmt werden. Damit entstehen aber starke Anreize für die Abwanderung von Vermögen, das zur Finanzierung eines relativ hohen Grundeinkommens in reichen Staaten massiv

besteuert werden muss, und für die Zuwanderung von Migrant*innen, deren Staaten nur ein wesentlich geringeres Grundeinkommen finanzieren können. Auf dieses Dilemma hat der belgische Sozialtheoretiker Philippe van Parijs hingewiesen. Einer seiner Lösungsvorschläge sieht die Kombination eines europäischen minimalen Grundeinkommens mit zusätzlichen national variablen Grundeinkommen vor, wodurch die Dynamik von Ab- und Zuwanderung zumindest abgemildert werden könnte.

Wenn Abschaffung von Grenze erst einmal ziemlich utopisch erscheint: Wie viel Öffnung, wie viel Demokratisierung des Grenzregimes ist unter diesen Bedingungen möglich?

Grenzregime sind grundsätzlich nicht *demokratisierbar*, wenn sie die Außengrenzen von Demokratien regeln, sofern es keine übergeordnete demokratische Gemeinschaft gibt, in der diese Grenzen ›internalisiert‹ werden und dadurch zum Objekt demokratischer Entscheidungen werden können. Es gibt jedoch demokratische Prinzipien, die eine schrittweise *Öffnung* von Grenzen begünstigen und ermöglichen.

Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass Doppelstaatsbürgerschaft Freizügigkeit zwischen zwei Staaten realisiert. Da es gute demokratische Gründe für die Toleranz von Doppelstaatsbürgerschaft gibt, können auf diesem Weg Grenzen für jene geöffnet werden, die die stärksten Bindungen an mehrere Staaten haben und daher auch Mobilitätsrechte zwischen diesen am stärksten brauchen. Zweitens müssen demokratische Staaten ihren eigenen Staatsbürger*innen nicht nur die freie Ausreise gestatten, sondern sie haben auch Pflichten, deren Chancen auf Einreise in andere Staaten zu fördern. Daher stellen sie nicht nur Reisepässe aus, sondern verhandeln Visaverzichtsabkommen. Warum sollte es nicht möglich sein, dass Staaten sich darüber hinaus auf ein wechselseitiges Recht auf Einwanderung und Niederlassung verständigen, wie das etwa zwischen den nordischen Staaten und zwischen Irland und Großbritannien schon vor dem EU-Beitritt der Fall war und auch heute noch zwischen Australien und Neuseeland? Drittens ist das europäische Modell einer Staatenunion mit intern offenen Grenzen und einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft mit Freizügigkeitsrechten grundsätzlich auch in anderen Kontinenten realisierbar.

Offene Grenzen sind keine Lösung für die globale soziale Ungerechtigkeit

Diese drei Wege zur Öffnung von Grenzen sind insofern realistisch, als sie mit den Interessen demokratischer Staaten vereinbar sind, die primär dem Gemeinwohl ihrer Bürger*innen verpflichtet sind. Ob diese Pfade in einer neuen Ära des protektionistischen Nationalismus auch realpolitische Chancen auf Verbreiterung haben, ist durchaus fraglich. Sie liefern natürlich auch keine Lösung für die globale soziale Ungerechtigkeit eines massiven zwischenstaatlichen Wohlstandsgefälles und der Zwangsmigration aufgrund von Verfolgung, Vertreibung, Gewalt und Hunger. Offene Grenzen sind jedoch keine Antwort auf diese Herausforderungen. Sie verlangen einerseits nach einer globalen Menschenrechtspolitik, die auf die Bedingungen für den Schutz universeller Rechte in den Ursprungsländern abzielt, und andererseits nach einer Flüchtlingspolitik, die Asylrecht mit Umsiedlung aus Krisengebieten verbindet, in denen jeder staatliche Schutz versagt hat.

(Das Interview fand statt am 26.1.2017)

Empfehlungen zum Weiterlesen

- Rainer Bauböck (2017): *Democratic Inclusion*. Rainer Bauböck in Dialogue (mit Antworten von Joseph Carens, David Miller, David Owen, Iseult Honohan, Sue Donaldson and Will Kymlicka, Peter S. Spiro). Manchester: Manchester University Press.
- Rainer Bauböck (2017): *Demokratische Repräsentation in Mobilen Gesellschaften* In: Lena Karasz (Hrsg.): *Migration – Die Macht der Forschung*. Kritische Wissenschaft in der Migrationsgesellschaft. Wien: ÖGB Verlag, S. 115-135.
- Rainer Bauböck (2013): *Migration als Bürgerrecht: Weltbürger, Europäer und Staatsbürger*. In: Reinhard Neck und Heinrich Schmidinger (Hrsg.): *Migration*. Wissenschaft, Bildung, Politik, Bd. 15. Wien: Böhlau Verlag, S.107-131.
- Lea Ypi, Sarah Fine (Hrsg.) (2016): *Migration in Political Theory. The Ethics of Movement and Membership*. Oxford: Oxford University Press.

In kolonialer Tradition

Die Politikwissenschaftlerin und Pädagogin María do Mar Castro Varela zu den Schwierigkeiten von Migrantinnen, über ihre Gewalterfahrungen zu sprechen, zur mobilisierenden Kraft von Utopien und zur Frage, warum Konservative so gerne Frauenrechte verteidigen, wenn es um Migration geht.

Günter Piening: Wir reden immer von >der Migration<. Sollten wir nicht lieber von zwei Migrationen reden – eine der Frauen und eine der Männer?

María do Mar Castro Varela: Vorweg: In den Queer Studies wird zu Recht eine heteronormative Konstruktion hinterfragt und problematisiert, die von einer natürlichen Zweigeschlechtlichkeit ausgeht. Das ernst nehmend, muss eine komplexere Analyse von Migration zugrunde gelegt werden. Aber gut.

Die Geschichte der Migration nach dem 2. Weltkrieg war in Deutschland lange Zeit eine rein männliche Erzählung. >Migrant<, das war der >Gastarbeiter<, der junge, heterosexuelle, weiße Mann, der (s)eine Ehefrau und Familie nachholte. Dieses Bild hat sich in der Migrationsforschung lange gehalten und die Analysen dominiert.

In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts erschienen dann erste Studien innerhalb der feministischen Migrationsforschung, die gewissermaßen eine Arbeit an einer Gegengeschichte darstellten. So wurde sichtbar gemacht, dass bereits in der ersten Phase nach dem 2. Weltkrieg mindestens 30 Prozent der Einwander*innen in Deutschland weiblich waren. Auch handelte es sich hierbei nicht, wie so häufig unterstellt wird, nur um nachziehende Ehefrauen und Mütter, sondern häufig um autonom wandernde Frauen, die teilweise auch dem familiären und gesellschaftlichen Druck in ihren Herkunftsländern entfliehen wollten. Sie waren nicht immer Nachziehende – es gab auch die umgekehrte Situation: Erst migrierten sie und dann reisten die Männer nach. Diese Arbeiten haben viel dazu beigetragen, den herrschenden Blick, der weibliche Migration unsichtbar macht oder migrantische Frauen* nur in einem Opferdiskurs einfriert, zu erweitern und diese als politische Subjekte wahrzunehmen.

Sie haben 2007 in dem Buch Unzeitgemäße Utopien die Utopien der zweiten Generation untersucht. Das liegt ja sehr nahe: Migration ist Ausbruch und Aufbruch, aktiv werden für bessere Verhältnisse. Welche Rolle spielen solche Utopien für die Migrantinnen?

Am Anfang meiner Gruppendiskussionen konnten die Interviewten nur über ihre Diskriminierungserfahrungen sprechen. Das ist nicht verwunderlich, denn Utopie als politisches Konzept setzt eine gute sozio-politische Analyse voraus und beginnt häufig mit der eigenen Positionierung. Anders gesagt: Man kann über Utopien nur nachdenken, wenn vorab das konkrete Hier und Jetzt untersucht wird. Dann im Verlauf der Diskussion wurden nach und nach bescheidene Entwürfe produziert und der Glaube daran, dass man was verändern kann, sichtbar. Dahinter schien eine große Kraft und Handlungsmächtigkeit durch.

Erst Analyse schafft Transformationswillen

Das ist eine generelle Figur: Aus der Möglichkeit, Diskriminierung artikulieren zu können, entsteht Kraft und Transformationswille. Wenn ich weiß, dass das So-wie-es-ist nicht schicksalhaft ist, sondern eine gewordene Situation, dann ist klar, dass dieses Hier und Jetzt zu verändern ist. Das ist Hoffnung.

Migrantinnen haben diese Kraft. Schon der Entschluss, das Herkunftsland, die Familie, den vertrauten Kontext zu verlassen, deutet auf Handlungsmacht – agency. Denn wir sollten nicht vergessen, dass auch unter desolatesten Bedingungen, etwa in einem völlig zerstörten Land oder bei einer Hungerkatastrophe, die Entscheidung, die Subjekte treffen, heißen kann, *nicht* zu migrieren. Das Weggehen ist darum Handlungsmacht. Es macht Hoffnungsfähigkeit sichtbar. Eine Hoffnung, dass etwas anderes möglich ist. Diese Hoffnung wird praktisch realisiert. Zum Teil bleibt das ein partikulares Unternehmen: »Ich will etwas für mich und meine Familie tun« – zum Teil geht es aber auch weit darüber hinaus. Dann geht es um soziale und politische Transformation. Das ist Potenzialität.

Es wird viel zu wenig thematisiert, welche Energie in Migrant*innen-Communitys vorhanden ist; wie viel Lebenswille und Ideen spürbar sind, zu was Geflüchtete und Migrant*innen in der Lage sind. In den Medien begegnen wir eher einem depressiven Bild, welches Flucht und Migration lediglich grau in grau zeichnet.

Die Übermächtigkeit des Fluchtdiskurses seit 2015 hat dieses Opfer-Bild noch einmal verstärkt. Hat sich die Situation der Migrantinnen seitdem grundlegend geändert?

Geflüchtete Subjekte und Migrant*innen – ganz gleich welchem Geschlechts – sind einem verschärften Migrationsregime ausgesetzt. Bei weiblichen Subjekten und trans* Personen kommen weitere potenzielle Gewaltverhältnisse hinzu, die ihre Situation extrem verschärfen können. Auf der Flucht und in der Unterbringung kommt es bekanntermaßen immer wieder zu Vergewaltigungen. Die Netzwerke sind oft sehr patriarchalisch strukturiert. Auch die Bewegung der Geflüchteten ist weitgehend männerdominiert. Selbst die Unterstützer*innen haben eher junge Männer im Blick, unter anderem, weil diese häufiger englisch sprechen. Für weibliche Subjekte ist es schwieriger, in den Arbeitsmarkt zu kommen. Zudem sind sie oft zusätzlich für Kinder verantwortlich.

Nach wie vor wird nicht verstanden, dass auch weibliche Geflüchtete politische Gründe für die Flucht haben können, dass sie oft fliehen müssen, weil sie sich mit den politischen Machthabern angelegt haben. Und wie lange hat es gedauert, bis in Deutschland ›Geschlecht‹ als Verfolgungsgrund anerkannt worden ist! Es gab und gibt großen Widerstand gegen Diskurse, die dies thematisieren. Gegen diese Grundstimmung können sich die wenigen Widerstandsgruppen von geflüchteten Frauen, die sich nach dem Sommer 2015 gründeten, nur schwer durchsetzen.

Dabei ginge es doch genau darum, diese Gewalterfahrungen auch öffentlich stärker sichtbar zu machen ...

180-Grad-Wendungen – etwa von *nicht* sichtbar zu sichtbar – sind immer fragwürdig. Jeder Widerstandsdiskurs, der die Erfahrungen von Gewalt gegen Migrantinnen und geflüchtete Frauen*– oder auch LGBT*IQ-Personen – thematisiert, muss mit grundsätzlichen Dilemmata umgehen. So muss bedacht werden, dass die Diskurse um Migration und Flucht sich unter den Bedingungen einer rassistischen Gesellschaft artikulieren. Dies mobilisiert etwa ein Reden von *den* ›unterdrückten Frauen‹. Eine Folge davon ist, dass geflüchtete Frauen* von Gewalt auf der Flucht oder in den Unterkünften nicht sprechen wollen, weil sie

nicht in diesen Opferdiskurs gezwängt werden wollen und auch nicht die eigene Community diffamieren möchten.

Wenn Migrantinnen ihre Gewalterfahrung thematisieren, gibt es auch in der feministischen Linken zwei simplifizierende Reaktionen: Die einen mahnen an, den Opferdiskurs zu unterlassen, weil auch die deutsche Gesellschaft geprägt ist von Sexismus und Rassismus. Das gerät dann schnell zu einem Kulturrelativismus, der wiederum problematisch ist, denn die Frauen* sind in den Herkunftsländern häufig vor extremen Gewaltverhältnissen geflohen. Die anderen sehen in der Migration der Frauen* den Beweis, wie schlimm es woanders auf der Welt ist und wie emanzipiert wir doch hier in Europa seien. Migrantinnen werden in Rollen gedrückt, die sie nicht begehren, weil diese durch Ambivalenz gekennzeichnet sind – Heldinnen, Widerstandskämpferinnen, gedemütigte Opfer. Allesamt problematisch.

Für die Rechte ist paradoxerweise die Thematisierung von Frauenrechten im Migrationskontext ein Thema, mit dem sie gerade auch an liberale und alternative Milieus anschlussfähig werden. Die Sichtbarkeit traditioneller Frauenbilder, der Terror im Namen des Islam, Gewalt gegen Frauen wie in Köln, die stärkere Präsenz von Jung-Männergruppen auf den Straßen; all das verunsichert viele – und nicht nur Frauen* –, die in den Emanzipationsdebatten der 70er groß geworden sind, und bringt uns alle in die Defensive. Wie kommen wir aus dieser Defensive heraus?*

Dieses diskursive Vorgehen und seine Wirkung sind für jemand, der wie ich postkoloniale Kritik betreibt, nicht paradox, sie sind »shocking but not surprising«, wie es Gayatri Chakravorty Spivak einmal so schön formuliert hat. Das hat eine lange Tradition. Die angebliche Nicht-Emanzipation der kolonialisierten Frau diente der kolonialen Macht häufig dazu, die Kolonialisierung ethisch zu legitimieren. Die Briten sahen es etwa als ihre Mission an, die Unterworfenen zu zivilisieren. Und so diente das Verbot der Witwenverbrennung als Beweis für die Rückständigkeit der Kolonisierten und eine Intervention in das Rechtsgefüge und die damit einhergehende Unterwerfung wurde als nicht nur legitim, sondern als ethisch notwendig erachtet. Der Diskurs allerdings sprach von der Befreiung der kolonisierten Frauen. Das war irreführend und taktisch sehr klug.

Eine lange koloniale Tradition

Nun ist viel passiert in den letzten dreihundert Jahren. Wir können kaum von einem gleichbleibenden Diskursgeflecht sprechen. Doch bleibt es erschreckend zu beobachten, dass die Funktionalisierung eines Emanzipationsdiskurses immer noch funktioniert. Heute wird ein sehr brutales Migrationsregime damit legitimiert, dass behauptet wird, dieses sei notwendig, um liberale Ideen zu retten. Die Rede ist dann von der Gefahr, dass die erreichte Emanzipation der Frauen* zurückgeschraubt würde. Im Namen von Frauenrechten finden rechte Politiken Zustimmung. Leider folgen nicht wenige Feministinnen dieser Logik.

Spivak hat differenziert analysiert, welche Position hier strategisch trägt. Zum Handeln der Briten in Indien etwa sagt sie: Ja, das Verbot der Witwenverbrennung war wichtig. Aber, machen wir uns nichts vor, das war nicht der Grund, weswegen die Engländer das Gesetz gegen die Witwenverbrennung einführten. Der wahre Grund lag darin, Herrschaft zu legitimieren. Das sollte nun nicht dazu führen, brutale sexistische Praxen zu verteidigen. Eher geht es darum, die Funktionalität der politischen Praxen zu durchschauen.

Nur komplexe Untersuchungen können einer Funktionalisierung des Emanzipationsdiskurses zur Legitimation von Herrschaft begegnen, zumal die Funktionalisierung paradoxerweise auch Effekte zugunsten feministischer Positionen hat. Das sehen wir an der Debatte nach der Silvesternacht 2015 in Köln. Auch wenn es eigentlich nicht um Frauenrechte, sondern um die Dämonisierung der Anderen und um die Legitimation der Verschärfung des Grenzregimes ging, profitieren wir gesellschaftlich davon. Denn seitdem ist ›Gewalt gegen Frauen‹ wieder Thema. Die gab es auch vorher, aber es war eben kein Thema, welches als spannend genug erachtet wurde, in Talkshows besprochen zu werden.

Der Emanzipationsdiskurs wird benutzt, um das verschärfte Migrationsregime zu legitimieren.

Das Problematische daran ist, dass ›nach Köln‹ eine bestimmte Täter-Gruppe ins Visier genommen wird. Die Anforderung an linke Feministinnen ist es also, im Sinne der postkolonialen Theorie die Prozesse zusammenzudenken – Sexismus und Rassismus, Imperialismus und Liberalismus. Wenn wir diese komplexeren Untersuchungen vornehmen,

laufen wir nicht mehr so schnell in politische Sackgassen. Dann kann etwa zur Situation der Frauen* in Saudi Arabien eine Position entwickelt werden, die nicht mehr hin und her schwankt zwischen dem »Dort ist es alles so schrecklich« und »Aber hier ist auch viel Unterdrückung«. Und es sind eben diese komplexen Strategien des Denkens, die es erlauben, einem Fatalismus zu entgehen und transformativ tätig zu werden.

Diese Komplexität mag an den Hochschulen und in kleinen Zirkeln funktionieren. Aber die Wirkmächtigkeit der Rechten liegt ja gerade in Simplifizierung und einfachen Botschaften. Welche Strategien sind hilfreich, um zumindest in diesem aufgeklärten, urbanen, alternativen Milieu Widerständigkeit gegen die Verlockungen rechter Diskurse aufzubauen?

Zunächst gilt es, anzuerkennen, dass in diesen Milieus lange Zeit die eigenen rassistischen Bilder und Praxen kein Thema waren. Innerhalb der feministischen Bewegung ist der Rassismus seit den 1980er Jahren zwar immer wieder thematisiert worden, jedoch nicht so systematisch, wie es notwendig wäre, um die rassistischen Residuen, die im Untergrund lauern, nicht immer wieder hochkochen zu lassen. Nicht nur für die feministische Bewegung gilt: Man muss eine gnadenlose Kritik an dem machen, was politisch erreicht worden ist, und die hehren partikularistischen Ziele aufgeben. Hat sich erst einmal die Haltung durchgesetzt »Wir arrangieren uns mit dem, was uns hier geboten wird, das ist ja immerhin schon mal was«, dann wird das mit dicken Mauern und diffizilen Strategien verteidigt. Da braucht man neue Feinde. Allianzpartner*innen finden viele immer noch eher bei den eigenen Männern als beispielsweise in Migrantinnenselbstorganisationen.

Die Wut mit viel Geduld kombinieren

Um diese Auseinandersetzung mit der Komplexität und Kompliziertheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, diesem historisch Gewordensein, kommt keine feministische und keine linke Strategie herum. Die Dinge in ihrer ganzen Dichte darzustellen und trotzdem zu vermitteln: Das ist die Arbeit, die Voraussetzung für neue Allianzen, die viel zu wenig gemacht wird.

Dabei darf man die Allianzpartner*innen nicht immer nur da suchen, wo es nett ist. Da hat die Linke gnadenlos versagt. Man muss um

Bündnisse kämpfen. Natürlich kann man den Leuten keinen Text von Derrida in die Hand drücken und hoffen, dass sie dann ihre eigene Subjektivierung erkennen. Es ist eine kluge Vermittlungsarbeit notwendig. Und das ist eine wichtige politische Aufgabe: Vermitteln, um Wissensproduktion zu ermöglichen.

Ich sehe meine Rolle – und die Rolle der Intellektuellen insgesamt – darin, eine Zumutung zu sein. Es stimmt eben nicht so, dass man >den einfachen Menschen< – wie es immer heißt – nichts zumuten darf, dass es zu kompliziert sei, dass sie das nicht verstehen können und es deswegen ablehnen. Aber es erfordert Geduld, gleichzeitig auch Mut, den >5-Freunde<-Kreis zu verlassen. Man muss die Wut, die spürbar ist, entwickeln und kombinieren mit viel, viel Geduld und Sinn für Rhythmus und Affekte.

Kommen wir noch einmal auf Ihr Utopie-Buch zurück. Gibt es noch kraftvolle Utopien als Richtschnur für diese Kämpfe der Migrationsgesellschaft, woher kommen sie?

Utopia bedeutet der Ort, der nicht erreicht werden kann, und gleichzeitig der gute Ort. Utopie darf nicht missverstanden werden als Idee einer >perfekten Welt<. Das Utopische ist der Transformationswille selbst, der dann entsteht, wenn erkannt wird, dass es doch anders sein kann.

Das Hinterfragen als solches und das selbstkritische Hinschauen (was ist der Status quo von emanzipativer, linker und liberaler Arbeit?) ist bereits utopisch aufgeladen. Denn es weckt Hoffnung, dass es doch noch anders geht, eine gerechtere Welt möglich ist. Diese Einsicht, dieses Wissen ist es, dass uns von rechter und neoliberaler Politik genommen werden soll. Das sehen wir gerade im Zusammenhang mit Migration. Immer nur dieses Zeigen von Verzweiflung, immer nur das Zeigen der Armen, der Opfer und das Verschweigen, wie viel diese Menschen mitbringen. Ich vertraue darauf, dass die Menschen, die nach Europa migrieren und flüchten, Wissen und Praxen mitbringen, dass dieses Wissen und diese Strategien artikuliert werden und viel von dem, was uns als selbstverständlich erscheint, ins Wanken gerät. Dieses Aufbrechen von Selbstverständlichkeiten ist der größte utopische Gehalt der Migration und der Diaspora.

Interessant ist, dass ich seit 2015 wieder verstärkt auf das Utopie-Buch angesprochen werde, das lange Zeit niemanden interessierte. Offenbar wird das Nachdenken über Utopie wieder interessant in einer zugespitzten politischen Situation, die viele aus der eigenen Gemütlichkeit aufweckt und diesen gepflegten Zynismus des »Da kann man nichts machen, da muss man die Zähne zusammenbeißen« nicht mehr erlaubt. Die Suche nach einer utopischen Kraft ist spürbar.

(Das Interview fand statt am 13.3.2017.)

Empfehlungen zum Weiterlesen

- Bloch, E. (1979): *Revolution der Utopie. Texte von und über Ernst Bloch*, Hg. V. Helmut Reinike. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Castro Varela, María do Mar; Mecheril, Paul (Hrsg.) (2016): *Die Dämonisierung der Anderen: Rassismuskritik der Gegenwart*. Bielefeld: transcript.
- Castro Varela, M. (2007): *Unzeitgemäße Utopien. Migrantinnen zwischen Selbsterfindung und Gelehrter Hoffnung*, Bielefeld: transcript.
- Castro Varela, M., Dhawan, N. (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. 2. komplett aktualisierte und erweiterte Auflage, Bielefeld: transcript.
- Castro Varela, M., Dhawan, N. (Hrsg.) (2009): *femina politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft: Feministische Postkoloniale Theorie. Gender und Dekolonisierung 2* (2009).
- Castro Varela, M., Dhawan, N. (Hrsg.) (2011): *Soziale (Un)Gerechtigkeit. Kritische Perspektiven auf Diversity, Intersektionalität und Antidiskriminierung*, Münster/Hamburg/London: LIT.

Besser als jede Schule

What's left? Die Aktivistin und Filmemacherin Denise Garcia Bergt zu den (Er-)Folgen des Geflüchteten-Camp auf dem Berliner Oranienplatz, zum Umgang mit Rassismus in der Bewegung und zur Frage, warum Dolmetscher*innen manchmal wichtiger sind als Resolutionen und Programme.

*Günter Piening: Das Camp auf dem Oranienplatz, die Zelte auf dem Weißekreuzplatz in Hannover, die Märsche nach Berlin und Brüssel – alles Geschichte. Die Akteur*innen sind in Notunterkünften und Heimen isoliert oder kriminalisiert oder untergetaucht. Hat es sich gelohnt? Was haben die Aktionen gebracht?*

Denise Garcia Bergt: Erstens: Sichtbarkeit. Vor diesen Kämpfen war Solidaritätsarbeit weitgehend eine Arbeit ohne Geflüchtete. Durch die Aktionen sind sie selber als Akteur*innen wahrgenommen worden. Das hat die Unterstützungsbewegung verändert. Heute ist es kaum noch legitim, eine Aktion oder eine Veranstaltung zum Thema ohne die Beteiligung von Geflüchteten selbst zu machen. Heute gibt es viel mehr gedolmetschte Veranstaltungen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste. Die Erkenntnis, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Geflüchteten ist, hat den linken Alltag verändert.

Zweitens: Die Kämpfe haben sehr viele junge Leute gerade aus dem Umfeld der Linken aktiviert – und auch qualifiziert. Zum Oranienplatz kamen Menschen, die etwas gesucht haben, für das zu kämpfen sich lohnt. Die meisten sind groß geworden in der Behütetheit dieser deutschen Gesellschaft mit all ihrem Überfluss. Und dann sind plötzlich diese Refugees da, mit denen sie >was< machen wollen. Da ist sehr viel Verständnis über sich und die Welt und sehr viel Kompetenz für politische Arbeit entstanden, Verständnis auch dafür, dass dieses nicht Arbeit für die >armen Flüchtlinge< ist, sondern für einen selbst. Auf dem Oranienplatz wurde mehr gelernt als in jeder deutschen Schule.

Auf dem Oranienplatz wurde mehr gelernt als in jeder deutschen Schule.

Auch über den Umgang mit Rassismus ...?

Koloniales Denken und Rassismus spielen eine große Rolle. Das zeigte sich häufig ganz schlicht an fehlendem Respekt. Da ist diese ältere Frau, die es geschafft hat, den Verhältnissen in Nigeria zu entkommen, die große Wüste und das gefährliche Libyen zu durchqueren, dann diese Scheiß-Grenze zu überwinden, immer bedroht von Gewalt und Zwangsprostitution - und dann kommt ein Mädchen, das es vielleicht gerade mal aus der deutschen Provinz in die Großstadt geschafft hat und behandelt diese Frau, als sei sie ein Kind, das nicht wüsste, wie es um die nächste Straßenecke kommt.

Auch im Umgang mit Sprache zeigte sich Respektlosigkeit. Die Sprachbarriere ist eine sehr praktische Barriere, die zu überwinden sehr zeitfressend und nervenaufreibend ist. Aber das ist Voraussetzung für Austausch. Und dann werden Geflüchtete zu Aktionen und Veranstaltungen eingeladen, bei denen es keinen Dolmetscher gibt! Für mich ist das Bullshit, nur Legitimation für eine Geldausgabe und für den Foto-Nachweis, dass man etwas Gutes >für Flüchtlinge< gemacht hat. Wir müssen den Leuten, die wir einladen, die Möglichkeit geben, jedes Wort zu verstehen. Dann können sie überhaupt erst verstehen, mit wem sie eine Allianz bilden sollen.

Wie haben Sie als jemand, die in Brasilien groß geworden ist, die Thematisierung von Rassismus in der linken Bewegung in Deutschland erlebt?

Wenn das thematisiert wurde, dann meistens in eurer typisch deutschen, elitären, akademischen Form, die ich mir nur dadurch erklären kann, dass ihr den Umgang mit diesen Unterschieden nicht gewohnt seid. Da sucht man erst nach Begriffen – »Diese hier ist sicher eine Person of Color«, »Aber ist dieser Mann noch POC oder doch schon weiß?« – bevor man anfängt, konkret was zu machen. Unglaublich viel Zeit wurde mit solchen Fragen verbracht. Manchmal hatte ich den Eindruck, dass gerade linke Leute regelrecht besessen waren von dieser Farbsache und vor der Angst, rassistisch zu sein – und darum absurderweise den Kon-

takt mit den Geflüchteten ganz gemieden haben. Die gleiche Panik erlebe ich oft in den Augen von Menschen, wenn sie englisch sprechen sollen. Sobald ihr unsicher werdet, müsst ihr erst mal diskutieren, damit ihr wieder auf sicheres Terrain kommt. Das scheint eine Art linke *German Angst* zu sein. Brasilien ist nun wirklich nicht frei von Rassismus, aber wir gehen anders damit um. Man setzt sich zusammen, redet, hört zu, nennt die Dinge beim Namen.

Sie waren Teil des Frauenblocks auf dem Oranienplatz. Wie ist die Situation der geflüchteten Frauen heute?

Der Oranienplatz war sehr männerdominiert. Es war wie überall: Die Männer reden immer – egal, wie viele Frauen da sind. Der Zusammenschluss der Frauen war sehr wichtig, um sich Raum zu verschaffen. Auch in der besetzten Schule, in die ein Teil der Oranienplatz-Leute wechselten, haben wir die Frauentage aufgebaut. Für die, die auf die Notunterkünfte verteilt wurden, wurde es schwierig, den Zusammenhang aufrechtzuerhalten. Uns wurde der Zutritt zu den Heimen verwehrt.

Die Gruppe, die weitergearbeitet hat, hat sich zunächst auf die Dokumentation der Erfahrungen geflüchteter Frauen und ihrer Forderungen konzentriert. Wir versuchen auch, wichtige Materialien mehrsprachig herauszubringen, damit sie von den Geflüchteten genutzt werden können. Das wäre auch eine Anforderung z.B. an die Linke. Publikationen, z.B. über die Geschichte der sozialen Kämpfe auch für die Geflüchteten zugänglich zu machen.

Aktuell gibt es eine sehr spannende Entwicklung. Bei uns machen auch Frauen der Gastarbeitermigration mit – Kurdinnen, Polinnen und andere. Der Austausch zwischen alter und neuer Migration ist ein wichtiges Element von Empowerment. Damit die Newcomerinnen handlungsfähig werden, müssen sie wissen, was für Auseinandersetzungen es gegeben hat, um Wohnungen, um Arbeit, um Frauenrechte.

Es hat eben nicht alles erst mit dem Camp auf dem Oranienplatz begonnen. Es gab eine Menge Dinge vorher, die die Bedingungen geschaffen haben, dass dieser Ort diese Bedeutung für die Geschichte der Refugee-Bewegung erhalten konnte.

(Das Interview fand statt am 23.1.2017)

Empfehlungen zum Weiterlesen

International Women Space (2015): In Unseren Eigenen Worten. Geflüchtete Frauen erzählen von ihren Erfahrungen. Berlin: Eigenverlag.

Pierpaolo Mudu, Sutapa Chattopadhyay (Hrsg.) (2017): Migration, Squatting and Radical Autonomy. Oxford: Routledge.

Hansjörg Dilger, Kristina Dohrn (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit International Women Space (2016): Living in Refugee Camps in Berlin. Women's Perspectives and Experiences. Berlin: Weißensee Verlag.

Demokratisierung der Grenze

Der Migrationsforscher Bernd Kasperek zur Krise des europäischen Grenzregimes und zur Frage, ob Humanität als Grundhaltung für ein offenes Europa ausreicht.

Günter Piening: 2015 geht in die Geschichte des europäischen Grenzregimes ein als das Jahr des Kontrollverlustes, das große Krisenjahr. Wie weit ist die EU mit der Reorganisation ihrer Grenzpolitik vorangekommen?

Bernd Kasperek: Um das zu beantworten, muss die Analyse schon vor 2015 ansetzen. Denn die Ankunft der vielen Menschen in Europa in 2015 ist nur eine Komponente, seit 2011 hat es verschiedene Krisen innerhalb des Grenzregimes gegeben, die noch nicht behoben sind.

Einerseits ist die Strategie der Externalisierung gescheitert. Die Kooperation mit den Staaten außerhalb Europas funktionierte ab 2011 nicht mehr so, wie man sich das vorgestellt hat. Da soll nun der Türkei-Deal als Blueprint für ähnliche Abmachungen mit Ägypten, Libyen, Tunesien und anderen Staaten dienen. Der Türkei-Deal hat aber einen spezifischen Kontext, ob das verallgemeinerbar ist und in langfristige Politik übersetzt werden kann, ist noch offen.

Unterschiedliche Interessen in Europa

Zweites Element des Scheiterns ist der fehlende politische Konsens darüber, wie man mit Migration umgeht. Es gibt verschiedene ökonomische Interessen. Die Agrar- und Bauwirtschaft im Süden Europas, die großen Gemüseanbaugebiete in Süd-Spanien, Italien, früher auch Griechenland, sind abhängig von der Ausbeutung migrantischer Arbeitskraft. Die migrationspolitische Strategie im Süden war die Schaffung einer durchlässigen Grenze mit einem gleichzeitigen Regime von Illegalisierung. Das Interesse der nördlichen Länder ist mehr auf die High-Skilled-Migrant*innen gerichtet und es wurden sehr elaborierte Verfahren entwickelt, um solche Personen nach Europa zu bekommen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und gleichzeitig sollte Illegalität verhindert werden.

Es gibt auch historisch gewachsene Unterschiede – etwa welche Tradition es im Asylrecht gibt und wie man sich gegenüber dem interna-

tionalen Flüchtlingsschutz verhält. Die nördlichen Länder haben eine längere Tradition im Umgang mit Migration und haben die Erfahrung gemacht, dass der Versuch einer Schließung der Grenze nicht den gewünschten Effekt erzielt, während andere Staaten – allen voran derzeit Ungarn – immer noch versuchen, mit der harten Linie migrationspolitische Erfolge zu erzielen.

Es gibt in Europa also keinen migrationspolitischen Konsens, und das blockiert die Entwicklung eines konsistenten europäischen Migrationsregimes.

Bei dem Legitimationsverlust der europäischen Grenzpolitik haben Bilder eine große Rolle gespielt – die Schlauchboote im Mittelmeer, das angespülte tote Kind in der Ägäis, die Märsche entlang der Autobahn. Welche Rolle spielte diese Bilderproduktion für die Mobilisierung von Solidarität? Und wo sind die Bilder geblieben?

Bilder sind wichtig, aber letztlich kommt es auf die Deutung von Bildern an. Über das Sterben im Mittelmeer gab es lange Zeit keine Bilder und wenig konkrete Informationen. Erst Initiativen wie *Forensic Oceanography* aus England oder später das *AlarmPhone*¹ lieferten die Bilder und vor allem ihre Daten und Informationen schufen den Ausgangspunkt für Empörung und politischen Druck.

Frontex nutzt die Bilder vom Sterben

Schwierig ist, dass bei Bildern die Interpretationsebene kaum zu beherrschen ist. Die Dokumentation des Sterbens und des Leidens löste eine Welle humanitärer Empörung aus. Alle waren sich einig: »Den Menschen muss geholfen werden«. Das war richtig und notwendig. Aber mit diesem Appell an Humanität lieferte man auch die Grundlage für eine neue Legitimationsstrategie des Grenzregimes. Das Diktum »Menschenleben –müssen –gerettet werden« zieht sich mittlerweile durch alle migrationspolitischen *policy papers* und wird als Begründung angeführt, warum etwa vor Libyen Militäreinsätze durchgeführt werden. Es wird zwar auf Schlepper und Schleuser abgestellt, aber im Hintergrund bleibt die Argumentation: »Weil es um die Rettung von

1 s. <https://alarmphone.org/de/>

Menschenleben geht, müssen wir notfalls auch zu militärischen Maßnahmen greifen, um diese Überfahrten zu stoppen.« Das erzeugt dann kaum noch Widerspruch. Bilder sind also zweischneidig, man kann sich nicht nur auf die Bilderproduktion verlassen, man muss sie einordnen, erklären.

Auf der anderen Seite hat das Ausbleiben der Bilder dazu beigetragen, dass die Folgen der europäischen Migrationspolitik wieder leichter verdrängt werden können. Was wäre eine erfolgreiche Strategie, dieser Verdrängung zu begegnen, europäische Migrationspolitik und ihre mörderischen Folgen wieder zum Politikum zu machen, ohne in die Bilderfalle zu gehen?

Eine allgegenwärtige Institution zur Schaffung von Ungleichheit

Unser Verständnis von Grenzregime muss sich erweitern. Auf der einen Seite müssen wir über die Grenzen Europas hinaus denken und arbeiten. Was bedeutet das Grenzregime für die Gesellschaften in Libyen oder Tunesien oder in der Türkei? Wir müssen Allianzen suchen, was auch unser Verständnis von europäischem Grenzregime ändern wird. Wenn sich das Grenzregime entgrenzt, dann muss es unsere Wissensproduktion auch.

Auf der anderen Seite müssen wir analysieren und kritisieren, was innerhalb Europas passiert. Das Grenzregime funktioniert in beide Richtungen. Die Ankunft in Europa bedeutet schon lange nicht mehr, dass man es >geschafft< hat. Da tun sich neue Barrieren auf – Regeln des Zugangs zum Arbeitsmarkt, der Rechtsstatus, Regeln zur Einschränkung des Familiennachzuges, die Umverteilung nach der Dublin-Doktrin, bis hin zur Verschärfung der Abschiebemaschinerie. Die Wirkungen des Grenzregimes nach innen und nach außen sind Skandal genug, um zu mobilisieren.

Aber fehlt es nicht genau hier, an der Zusammenführung von außen und innen, an Strategien, wie diese Prozesse gemeinsam gedacht werden können, wie gemeinsame Aktionen aussehen können?

Um die Kämpfe als gemeinsamen Kampf zu begreifen, wäre zunächst zu fragen: Wer verbündet sich hier eigentlich? Dieses kann man nicht

beantworten, wenn man Migrationspolitik als humanitäre Herausforderung begreift, sondern nur, wenn sie als Politik zunehmender Hierarchisierung von sozialen und politischen Rechten innerhalb Europas thematisiert wird, die uns alle betrifft.

Hierarchisierung von Entrechtung betrifft alle

Da bin ich dann letztlich bei der Frage, wie ich mich zum europäischen Projekt verhalte. Wenn die neoliberale Prägung so weitergeht, dann wird die Hierarchisierung von sozialen und politischen Rechten nicht nur Migrant*innen betreffen, sondern mehr und mehr auch die europäische Bevölkerung. Ob Migrant*in oder Alteingesessene*r – wir werden verstärkt unterschiedliche Gruppen in der Bevölkerung bekommen, die mit ganz verschiedenen Kategorien von Rechten ausgestattet sind, sehr unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen haben. Wenn man von Grenze als sozialer Institution spricht, reden wir also nicht über eine bestimmte Architektur mit Stacheldraht und Mauern, sondern wir thematisieren die weiterreichenden Effekte des Grenzregimes. Grenzregimekritik beschränkt sich eben nicht auf territoriale Grenzziehungen, sondern thematisiert Grenzziehungen allgemein innerhalb der Gesellschaft ...

... und »no nation, no border« wäre dann letztlich die klassenlose Gesellschaft, wie es früher so schön hieß. Gibt es bis dahin Zwischenlösungen etwa im Sinne einer »Demokratisierung von Grenze«, wie Étienne Balibar sie fordert?

»No nation, no border« ist in der Tat keine Politik, aber ist vielleicht eine Utopie, die die richtige Frage aufwirft, wie wir zu einem Moment kommen, wo eine bestimmte Kategorisierung von Menschen keine Rolle mehr spielt.

Wenn wir über »Demokratisierung des Grenzregimes« nachdenken, müssen wir berücksichtigen, dass Grenze die Zone ist, wo Europa mit dem Rest der Welt in Kontakt tritt. Hier werden Entscheidungen getroffen, die nur von der Seite der europäischen Staaten demokratisch legitimiert sind. Wenn in diesem großen Grenzraum substanzielle Entscheidungen über das Schicksal von Menschen getroffen werden, dann bedeutet das auch, dass diese Menschen in diese Entscheidung miteinbezogen werden müssen. Wir können es uns aus demokratischen Gesichts-

punkten nicht leisten, über andere Menschen hinweg zu entscheiden. Die Frage ist, was bedeutet das konkret?

Demokratie jenseits des Nationalstaats denken

Voraussetzung für Veränderungen wäre, einen gesellschaftlichen Diskurs darüber zu führen, was Migration für uns bedeutet und wie wir damit umgehen. Das ist bisher noch nicht wirklich passiert. Die Debatte ist beherrscht von Zerrbildern, ja regelrecht apokalyptischen Bildern. Ein Effekt davon ist die zunehmende Autoritarisierung der europäischen Politik, der Anstieg des Rassismus, ein neuer Rückgriff auf nationale Legitimierungsmuster.

Wenn wir uns die Frage stellen, was Gesellschaft im 21. Jahrhundert ausmacht, dann ist Migration ein Teil der Antwort darauf. Man kann es sich nicht mehr leisten, Gesellschaft nur in einem Rahmen von Nationalstaat zu denken.

Ganz wichtig dabei ist die Tatsache, dass Migration nicht nur eine Zukunft hat – die, die kommen werden – sondern dass Migration auch eine Vergangenheit hat – es sind ja bereits viele Menschen angekommen. Diese müssen hineingenommen werden in die Diskussion, ihre Erzählungen über Barrieren und ihre Vorstellungen zum Abbau der gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten ernst genommen werden. Das wäre ein Prozess, der zu einer Demokratisierung führen würde, nicht nur an der Grenze, sondern auch im Inneren.

Dieser Debatte müsste ja durch Forderungspakete und Kampagnen eine Richtung gegeben werden. Mir fallen da Legalisierungskampagnen, Abrüstung des Visaregimes, Kampagnen für legale Korridore oder auch Bleiberechtskampagnen ein. Sehen Sie das auch so? Wie setzt man eine europaweite Debatte darüber in Gang trotz regional unterschiedlicher Ausgangssituationen?

Im Grunde geht es hier um zwei Strategien, die gleichzeitig verfolgt werden müssen, und die auch gut zusammengehen. Die erste dreht sich um die Einwanderungsgesellschaft, die plurale Gesellschaft. Diese ist zwar schon in weiten Teilen Europas Realität, ihr wird aber zu wenig Rechnung getragen. Hier bedarf es in der Tat umfassender Legalisierungskampagnen, einer Ausweitung des Wahlrechts und einer neuen Politik

der Repräsentation der Einwanderung. Die zweite Frage stellt sich jedoch im Hinblick auf die aktuellen Migrationen und die Grenze.

Endlich das Sterben beenden

Eine der obersten Prioritäten ist es, endlich das Sterben an den Grenzen Europas zu beenden. Auch eine europäische Grenzschutzagentur wie Frontex ist dazu offensichtlich nicht in der Lage, da sie immer zwischen dem eigentlichen Mandat, die Grenzen zu >schützen<, und der moralischen Verpflichtung, Menschenleben zu schützen, gefangen ist. Hierzu braucht es meiner Meinung nach unbedingt einen zivilen europäischen Seenotrettungsmechanismus, der gut ausgestattet ist und der Aufgabe, Menschenleben zu retten, nachkommen kann. In der Konsequenz bedeutet das natürlich erst mal, dass mehr Personen in Europa ankommen werden. Diesen müssen Möglichkeiten gegeben werden, sich niederlassen zu können. Nicht unconditionell, aber auch nicht unter den ausbeuterischen Bedingungen der Illegalisierung wie wir sie aktuell haben. Neben dem Flüchtlingsschutz müssen weitere legale Einreisewege geschaffen werden, etwa zum Studium oder auch der Arbeitsaufnahme. Gegebenenfalls ließe sich das auch in einem ersten Schritt geografisch ausdifferenzieren, etwa bezogen auf die direkte Nachbarschaft der EU, etwa Nordafrika.

Könnte man nicht die EU selbst als gelungenes Beispiel dafür anführen, dass der Abbau von Grenzen funktionieren kann, ohne dass alles zusammenbricht?

Die EU ist in der Tat ein Beispiel dafür, wie nationale Grenzen verschwinden oder zumindest durchlässig werden. Das EU-Projekt ging von Anfang an von einer rechtlichen Gleichstellung aus, die Anerkennung einer >europäischen Staatsbürgerschaft< stellt das Ideal von Maastricht dar. Das steht ja nun so auch in unseren Pässen: »Bürger*in Europas«. Dieses Primat der Gleichstellung der EU-Bürger*innen bietet sich als Ausgangspunkt an, weil Ausgrenzungsprozesse kritisiert und Forderungen nach weiterreichender Gleichstellung begründet werden können. Das scheint mir erfolversprechender als das Paradigma der Andersartigkeit und der rechtlichen Ungleichstellung zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Höre ich hier auch eine indirekte Kritik an der europäischen Linken heraus, für die die EU selten ein Ort von Gleichheitsrechten und häufiger Agent des Neoliberalismus und der Ungleichheit ist?

Diesen positiven Bezug auf das europäische Gleichstellungsversprechen hat man verpasst. Das kann man bis in die Sozialdemokratie verfolgen. Es gab zu wenig Versuche, eine linke Bewegung von unten für und in Europa zu etablieren. Die Parteien sind kaum über ihre nationalen Grenzen und Interessen hinausgegangen. Ein europäischer Gewerkschaftsverband existiert zwar formal, ist aber nie zur politischen Kraft etwa für eine Europäisierung der Sozialgesetzgebung und der sozialen Sicherungssysteme geworden. Wenn diese Fragen in der Hand der Mitgliedstaaten geblieben sind, hat das auch damit zu tun, dass nie ernsthaft ein linkes europäisches Projekt entworfen und wirklich in den Mittelpunkt linker Politik gestellt worden ist.

Europäische Errungenschaften

Es gibt Errungenschaften in Europa wie diese rechtliche Gleichstellung als EU-Bürger*in, die vielleicht aus einem anderen, neoliberalen Kalkül zustande gekommen sind, sich also quasi hinterrücks durchgesetzt haben, die man aber als Linke*r nichtsdestoweniger begrüßen und in Zeiten wie diesen verteidigen muss.

*Basis dieser europäischen Bewegung wäre sicher auch eine Vernetzung der vielen Initiativen und Projekte in den >Hotspots< und entlang der Fluchtrouten sowie in den EU-Ländern, die für die Rechte der Einwander*innen eintreten. Welche Formen der Zusammenarbeit gibt es, was ist da möglich, wie kann das gefördert werden?*

Es gibt sehr große regionale Unterschiede und die Gruppen sind stark in den lokalen Kontext eingebunden. Vernetzung ist sehr arbeitsintensiv, wenn daraus ein gemeinsames Projekt entstehen soll. Vernetzung darf nicht mit Einschränkungen verbunden sein, sondern muss so gestaltet werden, dass es einen Mehrwert für die lokale Arbeit bringt. Es hilft nicht, zu sagen, wir wollen ein linkes Projekt für Europa beflügeln, sondern man muss konkrete Ergebnisse erzielen, die auch die lokalen Gruppen weiterbringen.

Gibt es positive Beispiele?

Die Arbeit der antirassistischen Gruppen in Deutschland in den 2000er Jahren war sehr erfolgreich. Man hatte starke lokale Kämpfe, aber man hat es auch geschafft, im Verbund zu agieren. Das hat sich nicht nur auf Deutschland beschränkt. Das Netzwerk der antirassistischen Gruppen in Europa war zwar fragil, ist aber ein gutes Beispiel dafür, wie transnationale Mobilisierung möglich ist. Die Verstetigung solcher Prozesse ist eine Frage von Ressourcen, aber auch von Zuhörenkönnen, was die anderen wollen. Ein Beispiel: Unsere Freund*innen in der Türkei sagen, sie brauchen zur Zeit eine Unterstützung bei dem Aufbau sicherer Kommunikationskanäle. Auch wenn das nicht unmittelbar mit dem Projekt Migration zu tun hat, müssen wir solche Notwendigkeiten aufgreifen.

(Das Interview fand statt am 7.4.2017.)

Empfehlungen zum Weiterlesen

Sabine Hess/Bernd Kasperek/Stefanie Kron/Mathias Rodatz/Maria Schwertl/Simon Sontowski (Hrsg.) (2016): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin, Hamburg: Assoziation A.

Bernd Kasperek (2017): Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration. Eine kritische Einführung. Berlin: Bertz+Fischer.

Étienne Balibar (2003): Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen. Hamburg: Hamburger Edition.

Madjguène Cissé (2002): Papiere für alle. Die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich. Berlin, Hamburg: Assoziation A.

Christian Jakob (2016): Die Bleibenden: Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern. Berlin: Ch. Links.

Bernd Kasperek (2016): Migrationspolitik und migrationspolitische Ansätze in Europa und der Europäischen Union. Athen, download unter https://rosalux.gr/sites/default/files/publications/migratino_politics_de_web.pdf

Gesucht: Ein neues linkes Koordinatensystem

Die Migrationsforscherin Manuela Bojadžijev zum Verhältnis von Klasse und Rassismus und zu den Aufgaben und Perspektiven linker Migrationspolitik.

Günter Piening: Mehr denn je werden die Fragen der Produktion von gesellschaftlichen Aus- und Einschlüssen unter dem Label >Migration< verhandelt und entlang dieser Konflikte bilden sich die politischen Lager. Sollten wir nicht aufhören, von >linker Migrationspolitik< zu reden? Es geht doch um Grundfragen der Gesellschaftspolitik.

Manuela Bojadžijev: Im Rahmen einer über Monate systematisch geführten gemeinsamen Diskussion zu den Engpässen kritischer Migrationsforschung im Labor Migration des Instituts für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität haben wir diese Forderung nach einer solchen Verschiebung in die Formel »Entmigrantisierung der Migrationsforschung und Migrantisierung der Gesellschaftsforschung« übersetzt. Dieser seit 20 Jahren überfällige Perspektivenwechsel gilt nicht nur für die Forschung.

Aber geändert hat sich wenig. Gedacht wird immer noch in Kategorien wie >Innen< und >Außen<, in national verfasstem Raum mit einer bestimmten mehrheitlich nationalen Bevölkerung. Die Regeln zur Einwanderung und zur Staatsbürgerschaft sichern diesen Raum durch Ausschluss und bringen ein grundlegend undemokratisches Moment in unsere Gesellschaften. Wenn wir wollen, dass unsere Gesellschaften Demokratien sind, werden wir Abschied nehmen müssen von der Vorstellung einer homogenen Bevölkerung, in die hinein etwas integriert wird.

Demokratisierung heißt schneller Zugang zu Rechten

Das betrifft zum einen das Grenzregime. Es ist politisch sehr ergiebig, Grenze als differenzierte und differenzierende Institution zu sehen. Grenze ist nicht nur >außen< an Rändern, sondern überall, wo im Zusammenhang mit Einwanderung Rechte zugewiesen werden – in den Kontrollen auf den Bahnhöfen, auf der Ausländerbehörde, aber eben auch in Bezug auf die Zugänge zum segmentierten und transnationalen

Die Linke muss ein anderes Koordinatensystem entwickeln

Besonders folgenreich ist, wenn von Linken die Aufnahme von Geflüchteten als eine Überforderung der unterprivilegierten deutschen Bevölkerung gesehen wird. Erstens ist das empirisch jenseits aller Realität, denn Armut in Deutschland ist migrantisch. Strategisch landet man also im Niemandsland, denn wer sagt, er oder sie vertritt die Unterprivilegierten und verschätzt sich völlig, wer das ist, der spricht niemanden an. Es hat aber auch massive Auswirkungen auf die migrantische Bevölkerung. Der Rassismus in der deutschen Politik und die Erfahrung, dass sie nicht vertreten werden, stärken auch dort autoritäre Strukturen. Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft, und da von einer deutschen Bevölkerung auszugehen, ist kontrafaktisch. D.h. linke Politik muss ein anderes Koordinatensystem entwickeln.

Wie wäre in diesem anderen Koordinatensystem der Zusammenhang von sozialer Frage und Rassismus, von Klasse und Rassifizierung so zu entwickeln, dass er Ausgangspunkt für tragfähige linke Politiken sein kann?

Klassenpolitik wird zu einer Art Identitätspolitik für Deutsche umgedeutet

Das ist eigentlich ganz leicht erklärt. Diese Argumente sind schon seit einer Ewigkeit verfügbar, auch wenn sie selbstverständlich stets aktualisiert werden müssen. Sie werden aber ignoriert, vergessen, nicht priorisiert etc. Die Zusammenhänge lassen sich zum Beispiel beim Soziologen W. E. B. Du Bois nachlesen. Seit Ende des 19. Jahrhunderts gibt es seine Studien zur Situation der Schwarzen in den USA. Seine und auch die Überlegungen anderer sind seitdem immer wieder erneuert worden – in allen Bewegungen, die sich gegen Rassismus zur Wehr gesetzt haben und die einen Sinn für seine strukturelle Dimension entwickelten.

Rassismus wird viel zu häufig allein als gesellschaftliche Differenzkategorie betrachtet und von der strukturellen Ungleichheit unserer Wirtschaftsweise getrennt. Diese Ungleichheit versteht man aber gar nicht, wenn man nicht Rassismus als ihr integrales Element nachzeichnet.

Narrative der Ungleichheit

Wenn wir die Narrative dieser Ungleichheit aktuell verfolgen, ob in populären Kulturen oder linken Analysen und Theorien, so wird diese Ge-

schichte als eine ›der Deutschen‹ erzählt, was sich wahr anfühlt, auch wenn es jenseits der Fakten liegt. Es geht mir hier zunächst um Selbstverständlichkeiten, um einfache demografische Tatsachen. Ein Beispiel: Wenn wir in manchen Städten Deutschlands einen Anteil von über 50 Prozent Kindern mit Migrationshintergrund in den Schulen finden und denen etwas von Integration und Interkultur erzählen, dann erzählen wir dem mehrheitlichen Teil der Schülerinnen und Schüler, dass sie erst später dazu gehören werden, wenn man sie integriert hat oder wenn sie sich angepasst haben. Und das ist noch das bessere Narrativ – wir haben ja auch die Rede über die ›Umvolkung‹ wieder hören müssen. Wem das nicht absurd scheint, ist nicht von dieser Welt bzw. lebt in Welten, die von Segregation gekennzeichnet sind. Nun wird dieses Narrativ von ›den Deutschen‹ und der Ungleichheit gegenwärtig weiter ausgeschmückt mit Geschichten über Verluste (im Einkommen, im Zugang zu Bildung und Wohnraum etc.). Und damit kein Missverständnis entsteht: Es handelt sich um reale Verluste, an denen kein Zweifel besteht. Nur beruhen die Rechte und Vorteile immer schon auf dem graduellen Ausschluss der Anderen oder ihrer Niedrigstellung. Und die Verluste jener Niedriggestellten finden keine Erwähnung. Um es mal theoretischer zu sagen: Klasse ist keine neutrale Operation eines marktförmig organisierten Ortes, sondern im durchdringenden Sinne eine politische Operation, die eine Rassialisierung der Klassen provoziert. In dem besagten Narrativ wird Klassenpolitik – also die Parteinahme der Unterworfenen – zu einer besonderen Art der Identitätspolitik (für Deutsche) umgedeutet, statt als Politik gegen Ausbeutung. Eine solche Klassenanalyse, die nicht alle Arbeitenden und ihre heterogene Struktur, die Ergebnis der strukturellen Ungleichheit ist, berücksichtigt, stellt dann – man muss es mal so drastisch sagen – ein Zeugnis für eine von rassistischen Begründungsmustern durchgezogene Analyse oder Politik dar. Deshalb ist die Geschichte der Rassifizierung, und was sie für unsere Gegenwart bedeutet, so relevant, denn sie umfasst die Arbeitenden, die ausgeschlossen wurden, und jene, die zurückbleiben. Sie hat eine größere nicht eine kleinere Reichweite, denn es handelt sich nicht um eine parteiliche Identitätspolitik.

*Machen wir es praktisch. Sie haben 2008 eine vielbeachtete Untersuchung über die Streiks der Gastarbeiter*innen vorgelegt. Wie entstand damals Solidarität, und wie ist es heute?*

Es handelt sich immer um ähnliche Figuren. Diejenigen, die von Ausbeutung und Unterdrückung besonders betroffen sind, sind auch diejenigen, die Gesten der Kooperation und der Solidarität aufbringen müssen. Auslösend für solidarische Aktionen seit den 1960er Jahren war stets die Geste der migrierten gegenüber den deutschen Arbeitenden. Nur wenn sie hartnäckig soziale, kulturelle, politische Grenzen überbrückten, konnten die Projekte erfolgreich sein. Das ist ungerecht, weil diejenigen, denen es sowieso schon schlecht geht, diejenigen sind, denen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung zukommt.

Solidarität in Zeiten logistischer Netzwerke

Heute ist es allerdings viel heterogener. Produktionsprozesse (und selbst Reproduktionsprozesse) organisieren sich, digital vermittelt, mehr und mehr in Form von logistischen Netzwerken über Raum und Zeit hinweg. Dieser Logistifizierung unseres Lebens wird auch die mobile Arbeit unterworfen. Subalterne können auf ganz neue Weise für nur kurze Zeit an einem bestimmten Ort eingesetzt, dann wieder obsolet werden. Deshalb hat uns in den letzten Jahren interessiert, wie auch die Art und Weise, in der Migrant*innen ihre Mobilität und ihre praktische Integration in den manchmal recht mobilen Alltag organisieren, unter Berücksichtigung logistifizierter Praktiken gedacht werden kann. Stichworte wären hier der Einsatz von sozialen Netzwerken, aber auch die Rolle digitaler Endgeräte bei der Organisation von Mobilität, von Widerstandspraktiken – beim Finden solidarischer Unterstützung bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit, in der Versorgung durch Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen, im Zugang zum Transport und zu Sprache.

Was bleibt also von der viel beschworenen konstitutiven, die Gesellschaft demokratisierenden >Macht der Migration<?

Migration macht kenntlich, was sich nicht subsumieren lässt unter die gegenwärtige Ordnung im Sinne eines national verfassten Staates. Migration stellt die kritische Nachfrage in dem Sinne, wie sie diese Ordnung herausfordert. Migration – nicht die Gruppe >die Migranten< – können wir uns in gewisser Weise als Form der Häresie dieser Ordnung vorstellen, weshalb sie auch so viel Gegenmacht hervorruft. Sie setzt demokratische Grundfragen auf die Agenda, Fragen der Bürgerschaft, des Ausschlusses,

der Teilhabe, und nicht nur in Bezug auf Rechte. In diesem Sinne habe ich sie als Seismograph demokratischer Zustände bezeichnet.

Das andere ist die Frage der Rolle der mobilen Arbeit. Kann die Arbeitskraft komplett subsumiert werden? Ist Flucht aus der Arbeit ein Akt der Subjektivierung? Und wie verstehen wir das heute unter veränderten Bedingungen einer stark finanzialisierten Ökonomie, dem Ausbau logistischer Produktions- und Distributions-Netzwerke und einer Governance-Struktur der Politik. Migration ist ein Effekt dieser globalisierenden Effekte, sie folgt darauf – und geht ihnen voraus. In jedem Fall aber ist es unvorstellbar, dass wir sie zum Stillstand bringen oder wirklich lenken könnten. Es geht nicht nur um die Bedeutung der Flucht aus bestimmten Produktionsverhältnissen, sondern auch um Fragen der täglichen Organisation derjenigen Arbeiter*innen, die aufgrund rechtlicher Titel unter anderen Bedingungen arbeiten müssen als andere.

Die Frage der Arbeit wird neu gestellt

Wer über Migration redet, wird selbstverständlich auch die Frage der Arbeit wieder neu stellen müssen. Und wird das nicht nur beim Stichwort >offene Grenzen< und den Gefahren der Unterschichtung des Arbeitsmarktes mitdenken, sondern auch etwa bei der Frage nach dem Verhältnis von Produktion und Reproduktion, von Leben und Arbeit, d.h. bei der Frage, was wir noch oder alles als bezahlte Arbeit definieren. Und wie wir die Rechte derer sichern, die keinen Zugang dazu haben oder nur in >bullshit jobs< gezwungen werden, die vorwiegend der Ausübung von autoritären und disziplinierenden Maßnahmen dienen – Stichwort wäre hier etwa das bedingungslose Grundeinkommen. Unter diesen Bedingungen ist Demokratie nicht national zu denken. Den Menschen alle bürgerlichen und sozialen Rechte gewähren, damit sie hier leben können, das erfordert eine neue demokratische Vergesellschaftungsform.

Bedingungsloses Grundeinkommen, Demokratisierung der Grenzen, schneller Zugang zu Staatsbürgerschaft und sozialen Rechten – das wäre in der Tat eine Gesellschaft, die den Namen >demokratisch< verdient. Aber verträgt der Kapitalismus so viel Teilhabe und so viel Demokratie?

Da wird es an das Eingemachte gehen. Über die damit verbundene Aushandlung politischer und sozialer Rechte würde auch die Frage nach

Arbeitsmarkt. Wie und nach welchen Regeln diese umfassende Institution ›Grenze‹ arbeitet, muss in den demokratischen Entscheidungsprozess zurückgeführt werden.

Demokratisierung in diesem umfassenden Sinne heißt vor allem auch, dass die Leute schnell über alle Rechte verfügen müssen, dass wir Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit umorganisieren, damit die, die kommen, daran schnell teilhaben können.

Zentrales Anliegen linker ›Migrationspolitik‹ sollte es also sein, die unter dem Abschottungsparadigma autoritär gewordenen europäischen Demokratien demokratisch zu erneuern.

Derzeit scheinen aber eher autoritäre Antworten auf die europäische Krise beim Wahlvolk beliebt zu sein. Macht die Linke etwas falsch?

Die Linke stellt sich, selbst dort, wo sie nicht glaubt, den Abschottungspolitiken das Wort reden zu müssen, den mit Fragen der globalen Migration verbundenen Verschiebungen unzureichend. Man hat keinen positiven Entwurf. Man hat eine humanistische Haltung oder eine naive, oder eine, die der politischen Situation ausweicht, oder eine utopistisch radikale Position. Aber es fehlt an konkreten positiven Positionen und den Bildern, den Narrativen, die das erläutern.

Stattdessen haben manchmal linke und rechte Argumente eine ähnliche Grundierung, besonders wenn es um die Thematisierung von Migration und Sozialstaat geht ...

Ja, leider. Ich halte das für eine fatale Strategie. Aber neben einer rein strategischen oder taktischen Bewertung im politischen Feld spielen auch kulturelle Fragen der Organisation eine Rolle. Wer sind Linke? An wen treten sie heran? Wem hören sie aktiv zu? Welche sozialen Welten kennen sie? Jenseits des proklamatorischen Internationalismus gibt es hier manchmal erschütternde Antworten.

Das ist übrigens ein Phänomen, das weit über die Linke hinausgeht. Leider wissen wir bislang viel zu wenig darüber, in welchem Maße wir es mit kulturellen und sozialen Segregationen zu tun haben. Das hat auch viel damit zu tun, dass die oftmals alten Institutionen der Arbeiterschaft immer noch als national gedacht werden.

Gerechtigkeit neu gestellt werden. Damit wird es grundsätzlicher. Die Wahrheit ist wohl, dass dieser Prozess auch die Frage des Privateigentums nach sich zieht. Aber auch diese Diskussion hatten wir bereits in den letzten Jahren, als über das Aufkommen digitaler Plattformen die Frage des >Teilens< neu gestellt wurde. Inzwischen sind die Hoffnungen diesbezüglich weitgehend verflogen und man spricht vom >Plattformkapitalismus<. Das Thema ist sicher da – und neue Mittel auch.

(Das Interview fand statt am 21.2.2017)

Empfehlungen zum Weiterlesen

- Bojadžijev, Manuela (2008): Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster: Dampfboot.
- Bojadžijev, Manuela; Altenried, Moritz; Höfler, Leif; Mezzadra, Sandro; Wallis, Mira (Hrsg.) (2017): Logistische Grenzlandschaften. Das Regime mobiler Arbeit nach dem >Sommer der Migration<. Münster: Unrast.
- Bojadžijev, Manuela; Altenried, Moritz (2017): »Virtual Migration, Racism and the Multiplication of Labour«. In: *spheres. Journal for Digital Cultures*, No.4, 2017.
- Bojadžijev, Manuela (2015): »Rassismus ohne Rassen, fiktive Ethnizitäten und das genealogische Schema. Überlegungen zu Étienne Balibars theoretischem Vokabular für eine kritische Migrations- und Rassismusforschung« [*»Racism without Races, fictive Ethnicities and the genealogical scheme. Étienne Balibars theoretical vocabulary for a critical migration and racism studies«*]. In: Paul Mecheril und Julia Reuter (Hrsg.): *Schlüsselwerke und Referenztheorien der Migrationsforschung*. Wiesbaden: VS Springer Verlag, S. 275-288.

Über die Autor_innen

Massimo Perinelli, Historiker, hat von 2001-2016 an der Universität zu Köln geforscht und gelehrt. Seit 2016 arbeitet er als Referent für Migration bei der Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin. Er ist seit 1998 Mitglied bei Kanak Attak, war 2013 Mitbegründer der Kölner Initiative *Keupstraße ist überall* und Mitinitiator des Tribunals *NSU-Komplex auflösen* 2017.

Günter Piening ist Soziologe und Journalist. Von 1994 bis 2003 war er Ausländerbeauftragter des Landes Sachsen-Anhalt, von 2003 bis 2012 Integrationsbeauftragter des Senats von Berlin. Seitdem ist er freiberuflich publizistisch und in der politischen Beratung tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Migrationspolitik und Demokratie.

Naika Foroutan ist stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Im Juni 2015 wurde sie zur Professorin für >Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik< durch die Humboldt-Universität zu Berlin berufen. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die postmigrantische Theoriebildung mit dem Ziel, einen Erkenntnistransfer in Politik, Zivilgesellschaft und Medien zu leisten.

Peter Birke ist Historiker und Politologe und arbeitet am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Seine Forschungsschwerpunkte sind historische Arbeitssoziologie, Arbeit und Migration, Stadtsoziologie und urbane soziale Bewegungen.

Vassilis Tsianos ist Professor an der Fachhochschule Kiel. Seine Arbeitsbereiche sind Soziologie der postmigrantischen Gesellschaft, Rassismuskritik, Stadt- und Migrationssoziologie und Digitale Grenzen Europas. Er gehört zu den Initiator*innen von Kanak Attak, deren Manifest den Startschuss für eine Umorientierung der Migrationsforschung legte. Tsianos ist im deutschsprachigen Raum einer der führenden Analytiker der Kämpfe um Grenze und der Kämpfe der Migration.

Paul Mecheril ist Professor für Migration und Bildung am Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Direk-

tor des dortigen Center for Migration, Education and Cultural Studies (CMC). Seine Veröffentlichungen über Rassismus, Differenz, Bildung haben die Fachdiskurse in Deutschland maßgeblich beeinflusst. Letztveröffentlicht (gemeinsam mit María do Mar Castro Varela): *Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart*.

Dr. Ulrike Hamann ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich Diversity and Social Conflict des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität und Mitglied des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschichte und Gegenwart des Rassismus, Flucht/Migration und die Wohnungsfrage. Sie ist aktiv in der Berliner Mieteninitiative *Kotti & Co.*

Rainer Bauböck ist Professor für soziale und politische Theorie am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Zuvor war er Mitarbeiter am Institut für Europäische Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration, Multikulturalismus, Nationalismus, Staatsbürgerschaft und politische Theorie. Er ist einer der Koordinatoren des Global Citizenship Observatory, einer Dokumentations- und Forschungsplattform über Citizenship-Politiken in allen Staaten der Welt.

María do Mar Castro Varela ist Politikwissenschaftlerin und Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich Kritische Migrationsforschung und Postkolonialismus. Die Analyse von Machtachsen und Asymmetrien in gesellschaftlichen Verhältnissen zieht sich durch ihre Forschungsarbeit. Auch auf ›Europa‹ wirft sie einen kritischen Blick und stellt fest: Migration nach Europa ist nicht unabhängig von der Macht und Gewalt kolonialer Prozesse zu denken.

Denise Garcia Bergt ist Aktivistin, Journalistin und Filmemacherin. Sie wurde in Brasilien geboren und zog 2008 nach Berlin, wo sie begann, am Dokumentarfilm ›Residenzpflicht‹ zu arbeiten. Sie war aktiv in der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* und im Camp auf dem Berliner Oranienplatz. Im Dezember 2012 gründete sie zusam-

men mit anderen Aktivistinnen den International Women's Space in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin, die von Geflüchteten und Aktivist*innen besetzt wurde. Ende 2015 gab sie das Buch *In unseren eigenen Worten* mit Texten von und über Frauen heraus.

Bernd Kasperek ist Migrationsforscher und Aktivist mit Schwerpunkt auf der Untersuchung von Grenzregimen. Er ist Gründungsmitglied des Netzwerks für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung *kritnet* und einer der Leiter des Forschungsverbundes *bordermonitoring.eu*. Anfang 2017 erschien seine Untersuchung *Migrationspolitik und migrationspolitische Ansätze in Europa und der Europäischen Union*.

Manuela Bojadžijev ist Juniorprofessorin für Globalisierte Kulturen an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Leuphana Universität Lüneburg und Beauftragte des BIM-Vorstands für internationale Kooperationen. Sie gehörte 1997 zu den Mitbegründer*innen von Kanak Attak. Migrantische Kämpfe sind seit jeher Schwerpunkt ihres Forschungsinteresses. Aktuell konzentriert sie sich auf die Frage, wie die heterogenen Akteur*innen der Arbeitsmigration den infrastrukturellen Ausbau und die logistische Reorganisation des europäischen Grenzregimes beeinflussen.